

einer eigenen Ausbildung zu unterziehen, um erstens die Produktion zu steigern und zweitens auch die Existenzmöglichkeiten dieser kleinen oder mittleren Betriebe gegenüber der Großindustrie zu behaupten. Viele so kleiner und auch mittlerer Betriebe sind nicht in der Lage, sich solche Maschinen gleich einzustellen, daher haben die Lehrlinge auch nicht die Möglichkeit, auf solchen Maschinen zu praktizieren, wohl aber können die Lehrlinge bei diesen kleinen Meistern sich ein Universalwissen aneignen, weil sie dort alle Arbeiten, von der kleinen bis zur größten, machen müssen. Da hingegen die Großbetriebe sich immer mehr auf die Spezialisierung einer Sparte einstellen, muß durch die Einführung von Berufsschulen den Lehrlingen die Möglichkeit gegeben werden, sich für die Bedienung neuzeitlicher Maschinen, sofern solche Maschinen vorhanden sind, auszubilden. Andererseits bringt aber auch das Universalwissen der kleinen Handwerksmeister und die Einschulung und Bedienung solcher Maschinen dann eine gute Mischung mit sich und wird sich beruflich vorteilhaft auswirken. Weiters hat auch der Lehrling, der nur die Gewerbeschule besucht, wie es vielfach noch der Fall ist, wo man gezwungen ist, mehrere Berufe zusammenzuziehen, nicht die Möglichkeit, beruflich sich so auszubilden, wie es die Zeit erfordert.

Außerdem ersparen die Lehrlinge, die die Berufsschule besuchen, zum Unterschied von jenen, die die Gewerbeschule jede Woche einmal besuchen, sich oft einen stundenlangen Weg und unnötige Strapazen, wie das bei uns auf dem Land durch die schlechten Straßen ja oft bedingt ist. Ich muß selbst als Bezirksinnungsmeister feststellen, daß sämtliche Meister, obwohl sie zuerst gegen diese Neueinrichtung mißtrauisch waren und obwohl ihnen die Berufsschulen Lasten auferlegen, sich auf Grund der gemachten Erfahrungen sehr lobend über die Einführung dieser Berufsschulen geäußert haben. Wir konnten durch die Einführung der Berufsschulen folgende Vorteile feststellen:

1. Eine fachliche Ausbildung in Bezug auf die Bedienung neuzeitlicher Maschinen.
2. Dadurch eine wirklich gute Berufsausbildung.
3. Dem Lehrling werden dadurch Wegstrapazen erspart, die, wie ich schon erwähnt habe, infolge der schlechten Straßen am Land oft sehr groß sind.

Schon aus diesen Gründen begrüßen wir die Errichtung von Berufsschulen und bitten auch um einen weiteren Aus- und Aufbau dieser Schulen. (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat **Dr. Stephan**: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! An der Stirnfront einer deutschen Hochschule, ich glaube, es ist in Freiburg i. B., steht das Wort „Das Wissen mache Euch frei!“. Ich glaube, daß das ein Motto ist, über das man kurz im Zusammenhang mit der Gruppe 2 sprechen kann und es ist auch Anlaß gegeben, in unserem Lande darüber zu reden. Wir haben nach 1945 vielfach gehört, daß die Erziehung, wie sie in den autoritären Staaten vor sich geht, die die Kinder schon im Säuglingsalter, mindestens aber mit Schulbeginn zu erfassen beginnen, nicht frei sei und daß von allen Seiten her

politisch und weltanschaulich auf sie eingewirkt wird. Wir haben das tadelnd festgestellt und geglaubt, daß in einer Demokratie in der Erziehung die Objektivität zum Worte kommen würde. Es ist heute schon einmal gesagt worden, daß schon bei der Verteilung der Lehrerstellen und bei der Verteilung der Schulleiterposten nicht ganz weltanschaulich frei vorgegangen wird, und das färbt ab. Abgesehen von den Erziehungsmethoden in einzelnen Jugendverbänden, die natürlich eine gewisse weltanschauliche Ausrichtung von vornherein in sich schließen, wird auf unseren verschiedensten Schulen, von der Volksschule aufwärts, Weltanschauung und Parteipolitik gepredigt. Es wäre besser, wenn man den Schüler, ganz gleich ob Volks-, Haupt- oder Mittelschüler, darauf vorbereiten würde, daß er später einmal ein guter Staatsbürger zu werden hat, nicht aber ein Staatsbürger einer bestimmten parteipolitischen Richtung, sondern ein Staatsbürger seines Vaterlandes schlechthin. Man müßte ihm das Wissen bis zur Reifung an die Hand geben, sich selbst eine Meinung zu den Geschehnissen in seinem Lande zu bilden, um darnach selbst seine parteipolitische Ausrichtung vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich erfreulich, daß seit einiger Zeit bei unseren Landtagssitzungen immer einige Jugendliche, offenbar Schulklassen einer Mittel- oder Hauptschule, wohl auch manchmal von der steirischen Landjugend, herbeigeholt werden, um sich den Ablauf des Geschehens in ihrer Vertretungskörperschaft im Lande anzuhören und anzusehen. Ich appelliere aber an die heute anwesende Jugend, sich die Sache unvoreingenommen von einem Standpunkt aus zu betrachten, der allein ihre Person ist, und nicht unter Umständen vom Standpunkte dessen, der sie hieher geschickt hat. Es wäre gut, wenn sie selbst ein Urteil unbeeinflusst über das bekommen würde, was hier gesagt wird, und wenn sie sich bemühen würde zu beurteilen, warum etwas gesagt wird. Ich glaube, wir könnten dann ruhig sein, daß damit eine entsprechende staatsbürgerliche Erziehung mit Platzgreifen wird.

Wir haben, glaube ich, nicht nur als Vertreter der Bevölkerung, sondern auch als eine Aufsichtsbehörde über unser Schulwesen die Pflicht, darauf hinzuweisen, unsere Jugend dahin zu erziehen, daß eine lebendige Demokratie auch in Zukunft gesichert bleibt.

Ich darf nun auf ein anderes Thema zu sprechen kommen. Es ist heute bezüglich der Gruppe Volks- und Hauptschulen schon viel von der Schulraumnot und von der Schichteinteilung im Ablauf der Klassen gesprochen worden. Es gilt dasselbe, aber in verstärktem Maße von den Mittelschulen. Der Einwand, daß hier der Bund allein zuständig sei, trifft nur zum Teil zu, da sicherlich der Bund einem ständigen Drängen der Länder nicht wird ausweichen können, um hier Wandel zu schaffen. Es ist mehr als eine Plage für die Schüler, allwöchentlich oder mehrmals wöchentlich einmal vormittag und einmal nachmittag Schule zu haben. Es kommt vor, daß manchmal vormittag eine Stunde Schule ist und nachmittag 5 oder umgekehrt. Es ist dies aber auch eine Plage für die Eltern und für die Lehrer. Vor allem aber zerstört

es oder hilft es mit zerstören die ohnedies schon sehr gelockerten und im alten Sinne nicht mehr aufrecht zu erhaltenden Familienbande. Wie oft kommt es in einem Haushalt, der meinetwegen 5 oder 6 Personen umfaßt, vor, daß die ganze Familie an einem Tisch versammelt ist? Alle die hier sitzen, wissen, wie sehr heute die Väter in ihrem Beruf eingespannt sind. Wenn nun die drei oder vier Kinder auch noch jedes zu einer anderen Tageszeit Schulbeginn bzw. Schulende haben, ist an ein familiäres Zusammenleben überhaupt kaum mehr zu denken, bzw. die Mutter muß das Mittagessen von 11 bis 3 Uhr, das Abendessen von 5 bis 9 Uhr und das Frühstück von 6 bis 9 Uhr bereit halten. Eine wirkliche Familienbildung ist in diesem Fall nicht mehr möglich. Ich appelliere daher an Sie, alles zu unternehmen, was Sie für notwendig halten, um die zuständigen Bundesstellen darauf aufmerksam zu machen, daß endlich auch der notwendige Mittelschulraum in unserer Stadt geschaffen wird. (Beifall bei WdU.)

Abg. Wurm: Hohes Haus! Wir begrüßen es, daß man auf Seite der ÖVP zur Überzeugung gekommen ist, daß die Meisterlehre doch nicht allein genügt, um dem Lehrling das notwendige Berufswissen beizubringen. Jahrelang haben wir versucht, die ÖVP zu überzeugen, daß die Meisterlehre allein auf keinen Fall genügt, um den Facharbeitern, die wir brauchen, das notwendige Fachwissen beizubringen. Wir haben den Antrag gestellt, es möge versucht werden, Lehrwerkstätten einzurichten, haben auch Vorschläge unterbreitet, wie man sie einrichten und finanzieren könnte. Unsere Anträge wurden abgelehnt. Wir haben aber doch einen kleinen Erfolg erreicht, man ist zu Lehrwerkstätten in der Form gekommen, daß das Land Berufsschulen einrichtete.

Es gibt verschiedene Schwierigkeiten, vor allem die gesetzliche Grundlage, die man im Lande nicht bereinigen kann. Wir haben drei Gesetze, die praktisch dieses Berufsschulwesen, nämlich die Kostendeckung, die Aufsicht, die Bestellung der Lehrer usw., beinhalten. Aber von diesen drei gilt überhaupt kein einziges. Wir haben ein Staatsgrundgesetz, das nicht gilt, wir haben ein Landesgesetz, das nicht gilt und eine Verordnung, die in der NS-Zeit herausgegeben worden ist für die Ostmark, die auch nicht gilt. (Landeshauptmann Krainer: „Es geht ganz gut!“)

Wir haben im Jahre 1946 hier im Hause einen Landtagsbeschluß herbeigeführt, der die Landesregierung ermächtigt hat, Schritte einzuleiten, damit der Bund endlich ein Gesetz über das Berufsschulwesen herausgibt. Es ist aber bisher nicht möglich gewesen. Wir haben daher 1947 im Landtag beschlossen, die Landesregierung zu beauftragen, einen provisorischen Berufsschulbeirat zu errichten, damit auch wir die Möglichkeit haben, auf die Ausbildung von Lehrlingen Einfluß zu nehmen. Der Herr Landeshauptmann hat am 7. 9. 1954 verordnet, daß der provisorische Berufsschulbeirat zu errichten sei. Vom Herrn Landeshauptmann wurde der Berufsschulbeirat am 4. 1. 1955 das erste Mal einberufen. Bei der konstituierenden Sitzung des provisorischen Berufsschulbeirates wurde die Ge-

schäftsordnung beschlossen und als Geschäftsführer Herr Ing. Stuchle bestellt.

Wir, als Sozialisten, sind in diesem Ausschuß vertreten und haben ersucht, man möge endlich einen Plan erstellen, damit festgestellt werden kann, wieviele Berufsschulen notwendig wären und wer die Kosten dieser Berufsschulen zu tragen hätte. Die Stadtgemeinde Graz erhält neun Berufsschulen; wenn aber die Lehrlinge von diesen Schulen abgezogen werden, wurden diese Objekte umsonst geschaffen. In einem verlassenen Kloster hat man eine Berufsschule errichtet, die nach unserer Auffassung als Berufsschule nicht entspricht. Auch die Fachleute erklären, daß man ausgerechnet den ungünstigsten Platz zur Errichtung dieser Berufsschule aussuchte. Der zuständige Referent, Herr Landesrat Brunner, erklärte in der ersten Sitzung, daß die Landesregierung nicht mehr beabsichtige, weitere Landesberufsschulen zu errichten. (Landesrat Brunner: „So war es nicht.“) Herr Landesrat, dürfte ich Ihnen das Protokoll vorlesen: „Ich kann die Erklärung abgeben, daß dies die letzte Berufsschule ist, die errichtet wird.“ (Landesrat Brunner: „Für 1955.“)

Auch über die Kostenfrage, die nach unserer Ansicht sehr wichtig ist, muß gesprochen werden. Auch dieser Finanzierungsplan ist bis heute noch ausständig. Einen Vorteil hat unsere Anfrage doch erreicht, wir haben zumindest den Auftrag zur Planung bekommen. Vom zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Brunner, wurde der Geschäftsführer, Herr Ing. Stuchle, beauftragt, einen Plan auszuarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen darüber zu berichten.

Auf Grund dieses Berichtes konnten wir die fachliche Gliederung und die Anzahl der Lehrkräfte, die beschäftigt sind, es sind insgesamt 560, ersehen. Wir erfuhren, wieviel Arten von Berufsschulen es gibt, wieviel die Gemeinde dazu beizutragen habe und wie die Berufsschulen finanziert werden. Wir brachten auch in Erfahrung, welche Lehrlinge ausgebildet werden und wieviele es sind, insgesamt sind es 18.000. Wir haben dem Plan zugestimmt und unsere Meinung zum Ausdruck gebracht, daß wir alle Einrichtungen unterstützen, die zu einer besseren Ausbildung der Lehrlinge führen. Wir haben nur Einwendungen dagegen, daß die Eltern die Mehrkosten dieser Ausbildung zu tragen haben, trotzdem in vielen Familien diese Erhöhung nicht mehr tragbar ist. Auch wurde ohne Beschlußfassung das Schulgeld von S 45.— auf S 60.— erhöht; dies bedeutet eine weitere Belastung der Eltern.

Der Rechnungshofbericht, der uns vorgelegt wurde, nimmt auch zu den Landesberufsschulen Stellung. In der Einleitung heißt es: „Es muß versucht werden, sehr vorsichtig vorzugehen, weil noch keine gesetzliche Grundlage gegeben ist und es könne das Land, besonders aber der Finanzreferent, Schwierigkeiten haben, wenn er etwas finanziert, wofür überhaupt keine Grundlage gegeben ist.“ Es wird uns weiters mitgeteilt, daß man in der Art nicht arbeiten kann. In Feldbach wird eine Berufsschule errichtet. Die Gemeinde Feldbach erklärte sich bereit, die Kosten zu übernehmen, trägt aber diese Kosten nicht, sondern das Land hat die weiteren Kosten zu übernehmen; 72 bis 80 Prozent der Kosten hat das Land zu tragen, die restlichen 28 bis

22 Prozent übernimmt die Gemeinde. Die gleiche Kostendeckung ist auch für Murau vorgesehen. Herr Landesrat Brunner hat uns bei einer Sitzung des provisorischen Landesberufsschulbeirates erklärt, wie die Handwerker, die Lehrlinge sich in Murau selbst ein Schulgebäude errichtet haben. Freiwillige Arbeitsstunden wurden geleistet, Materialien wurden zur Verfügung gestellt, praktisch hätte die Schule dem Land nichts gekostet. Im Rechnungshofbericht werden wir hierauf endlich informiert. Im Bericht wird mitgeteilt, daß die Berufsschule bis jetzt 1 Million Schilling gekostet hatte und diese 1 Million Schilling soll die Stadtgemeinde Murau übernehmen. Die Stadtgemeinde Murau hat bis jetzt nur ein Viertel des Betrages zur Verfügung gestellt. (Landesrat Brunner: „Material und Holz; der Rechnungshof hat keine Ahnung, was das Holz kostet.“) Es stehen auch nicht die Holzpreise im Rechnungshofbericht. Was die Stadtgemeinde Murau zur Verfügung gestellt hat, ist der Kostenbeitrag von 1 Million Schilling. (Zwischenruf: Das Holz kostet das zwölfwache vom Jahre 1937, Ihr seid schlecht informiert, Ihr habt einen schlechten Index.) Aber dabei ist die Schule noch immer nicht fertig; der Bund hat auch noch keinen Kostenbeitrag geleistet. (Landeshauptmann Krainer: „Der Finanzreferent soll mehr zahlen, damit wir fertig werden.“) Zur Fertigstellung des Gebäudes werden 900.000.— Schilling notwendig sein. Sie ersehen, daß wir mit einer gewissen Berechtigung die Planung forderten. Wir müssen planen, wo soll die Landesberufsschule errichtet werden, für welche Berufsgruppe wird sie errichtet und wer trägt die Kosten? Wie hoch ist der Kostenanteil der Gemeinde, des Landes oder des Bundes? Aber auch der Betrag, den das Land derzeit zur Verfügung stellt, wird nicht ordnungsgemäß verwendet. Vor mir liegt ein Zettel der Abteilung IV des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung: „Überweise die im Landesvoranschlag vorgesehenen Gelder für die Berufsschule Mureck direkt an den Direktor der Schule.“ Der Direktor schickt der Landesregierung die offenen Rechnungen und diese werden bezahlt. Es läßt sich nicht feststellen, ob die Richtigkeit überprüft wurde, wer für den Auftrag zuständig ist, der Schuldirektor oder der Referent, der dieses Referat über hat. Herr Landesrat Brunner, es wäre notwendig, diese Frage zu klären.

Wir Sozialisten sind der Auffassung, daß wir das Geld, das zur Ausbildung von Fachkräften zur Verfügung gestellt wird, hundertfach hereinbringen. Wir werden alle Einrichtungen und Anregungen, die zur besseren Ausbildung der Lehrlinge führen, vollauf unterstützen. Wir fordern nur, nachdem es sich zum Großteil um Kinder von Arbeitern und Angestellten handelt, daß uns auch ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Die Mehrbelastung durch die bessere Ausbildung soll nicht von den Eltern allein, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Ertl: Hoher Landtag! Im Landesvoranschlag scheint unter dem Titel „Einsatz jugendlicher Arbeitsloser auf Lehrhöfen in der Landwirtschaft“ ein Betrag von 120.000 Schilling auf. Ich möchte mir

nun erlauben, über die Verwendung dieses Betrages einen kurzen Bericht zu geben.

Die jugendlichen Arbeitslosen, die in der Landwirtschaft im Einsatz sind, vor allem auf landwirtschaftlichen Lehrhöfen, beziffern sich auf 529 Lehrlinge. Und was besonders erfreulich ist, ist die Tatsache, daß die Hälfte dieser Lehrlinge gar nicht aus der Landwirtschaft stammt. Die Lehrlinge werden betreut von der Lehrlingsausbildungsstelle der Landwirtschaftskammer, und von dieser Stelle aus werden auch die Lehrherren und Lehrerfrauen entsprechend unterrichtet und unterwiesen. Die Kammer hat vorbildlich geführte landwirtschaftliche Betriebe, die die Gewähr bieten, daß die Jugend dort in jeder Weise das beste Vorbild sieht und einwandfrei erzogen und gut geführt wird, zu Lehrhöfen ernannt und diese nehmen die Lehrlinge auf. Ich darf kurz berichten, daß derzeit im Einsatz sind: 160 männliche Lehrlinge und 187 weibliche Lehrlinge, diese vor allem im bäuerlichen Haushalt, ferner 75 Lehrlinge in der Wald- und Forstwirtschaft, 27 Gärtnerlehrlinge und 24 Melkerlehrlinge. Diese Lehrlinge verpflichten sich, in der Landwirtschaft eine zweijährige Lehrzeit zu verbringen. Es wird ihnen in jeder Weise eine berufliche Ausbildung, eine fachliche Ausbildung auf dem Forstgut in Pichl und auf der Melkerschule in Raaba geboten. Dann machen sie einen Maschinenpflegekurs und es ist dadurch die Voraussetzung geschaffen, daß diese jungen Leute innerhalb dieser zweijährigen Lehrzeit wirklich zu guten landwirtschaftlichen Fachkräften herangebildet werden können. Erfreulich ist auch, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß diese Lehrlinge zum allergrößten Teil auch weiter in der Landwirtschaft verbleiben und weiterhin dort ihre Existenz finden.

Es ist Ihnen ja nichts Neues, meine Damen und Herren, daß die Landflucht Formen angenommen hat, die wirklich zu ernster Besorgnis Anlaß gibt. Seit dem Jahre 1910 sind durchschnittlich jährlich 14.000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgewandert. Wenn wir bei der Behandlung des Landesvoranschlages gesehen haben, daß besonders die Aufwendungen für die Behebung des Wohnungselendes, weiters für die Betreuung der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten usw. betragsmäßig angestiegen sind, so müssen wir auf der anderen Seite sehen, daß unsere schönen Täler und Gräben immer mehr und mehr evakuiert werden, daß aber diese Abwanderungen vom Lande in die Industrie- und Großstädte dort sowohl den Arbeitsmarkt als auch den Wohnungsmarkt noch mehr belasten und auch die Krankenanstalten in erhöhtem Maße beanspruchen.

Nebenbei möchte ich betonen, daß der vorbildliche Fleiß und der Einsatz der gesamten österreichischen Bevölkerung uns nun die Freiheit gebracht hat, um die uns viele Nachbarländer beneiden. Und, Hohes Haus, wir dürfen nicht vergessen, das Fundament der Freiheit und die Voraussetzung dafür, daß wir die Freiheit weiter in diesem Aufmaß genießen können, ist in erster Linie die Sicherung der Ernährung. Es muß die erste und vordringlichste Aufgabe bleiben, mit unserem Grund und Boden für die Ernährung unseres Volkes aufzukommen. Dazu dient

gerade in hervorragender Weise dieser Einsatz der Lehrlinge in der Landwirtschaft, weil dadurch ein kleiner Rückstrom der Bevölkerung aus den Industrie- und Großstädten zurück auf das Land hinaus erfolgt und diese Tatsache veranlaßt uns, daß wir dieser Aufgabe auch in Zukunft unser größtes Augenmerk zuwenden. Ich darf abschließen mit dem Wunsche und der Bitte, daß auch die Mitglieder des Hohen Hauses künftighin diesen Notwendigkeiten entsprechend Rechnung tragen.

Ich will noch erwähnen, diese 120.000 Schilling wurden verwendet in erster Linie, um diesen landwirtschaftlichen Lehrlingen Arbeitskleidung und auch sonst gute Gewandung zu beschaffen. Wir konnten natürlich mit diesem Betrage nicht das Auslangen finden und es wird notwendig sein, daß wir in den folgenden Jahren diesen Betrag erhöhen. (Beifall bei ÖVP.)

1. Landeshauptmann-Stellv. **Horvatek:** Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat heute eine Anfrage der sozialistischen Abgeordneten beantwortet und darauf hingewiesen, daß die Nichterledigung des Wunsches einer Reihe von sozialistischen Abgeordneten, die Bediensteten der sogenannten Gemeindeverbände in den Landesdienst zu übernehmen, damit zusammenhängt, daß der Akt seit dem 4. 11. 1955 bei der Abteilung 10 liege. Ich habe auf Grund der Aktenlage festgestellt, daß dieser Antrag in der 29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 9. Mai 1955 gestellt wurde. Ein Akt darüber ist an die Abteilung 10 am 3. 11. 1955 eingelangt. Ich darf also sagen, daß die Zeit etwas lang war, bis ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wurde und an die Abteilung 10 kam. Es sind aber an die Abteilung 10 nicht ein, sondern zwei Gesetzentwürfe gekommen. Der eine ist die alleinige Arbeit der Abteilung 1, er ist etwas umfangreicher, geht aber doch an einer Reihe von wichtigen Fragen vorbei. In diesem Gesetzentwurf ist die Rede von folgendem:

Die seit dem 1. 5. 1945 auf Grund des Beamtenüberleitungsgesetzes oder des Gehaltsüberleitungsgesetzes übernommenen Bediensteten der ehemaligen Landkreise werden nach Maßgabe der für Landesbeamte geltenden Bestimmungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zum Land Steiermark übernommen. Es ist hier nur von den aktiven Bediensteten die Rede, es steht aber kein Wort davon hier, was mit den Pensionisten geschehen soll und jenen, die, wenn sie übernommen werden, in Pension gehen. Im § 2 wird nur festgestellt, daß die übernommenen Bediensteten einen normierten Pensionsbeitrag zu leisten haben. Die Leute kommen ja mit einer Reihe von Dienstjahren in den Landesdienst, gehen dann in Pension, haben aber nur für eine geringe Zahl von Jahren einen Beitrag geleistet. Welche bedeutende Last würde also dadurch dem Lande zufallen? Es handelt sich um ganz wesentliche Beträge, mindestens aber um zehn Millionen an aktiven Bezügen jährlich.

Die Zitierung der sogenannten ehemaligen Landkreise hat bei den Verhandlungen im Bundesverfassungsdienst heftigen Widerstand ausgelöst. In Berücksichtigung der Auffassung des Bundesverfassungsdienstes wurde auch ein Eventualgesetzent-

wurf der Abteilung 10 zur Stellungnahme vorgelegt, der folgendes beinhaltet:

Werden alle Bediensteten ausschließlich oder zum Teil für die Aufgaben eines Bezirksfürsorgeverbandes verwendet, so hat der Fürsorgeverband dem Land den Aufwand für die Bezüge dieser Bediensteten zu ersetzen.

Ich mache darauf aufmerksam, nach diesem Entwurf würden nicht alle Bediensteten der sogenannten „Gemeindeverbände“, sondern nur jene übernommen werden können, die mit Fürsorgeaufgaben betraut sind. Also würde damit dem Antrag der Abgeordneten nicht entsprochen sein.

Worin liegen die Schwierigkeiten? Die Gesetzgebung spricht irgendwo von Gemeindeverbänden. Der Oberste Gerichtshof hat festgestellt, daß die Gemeindeverbände keine Rechtspersönlichkeit besitzen und nicht berechtigt sind, Verträge abzuschließen. 1. Nun kann man mit einer Körperschaft, einer de facto vorhandenen Einrichtung, die de jure nicht besteht, überhaupt zu keiner Vereinbarung gelangen. 2. Könnten von der Landesregierung nur ein Teil der Bediensteten übernommen werden. 3. Ist in keinem der Gesetzentwürfe darüber etwas ausgesagt, wie es mit den künftigen Pensionen und der Bezahlung der Pensionen steht. Es ergeben sich beim Studium der beiden Entwürfe eine Reihe ernstlicher Probleme, deren Lösung erst gefunden werden muß, bevor ein brauchbarer Gesetzesentwurf dem Hohen Landtag vorgelegt werden kann. Es ist bekannt, daß gegen Jahresschluß nicht nur die Budgetarbeiten notwendig sind, sondern daß alle Abteilungen trachten, die bei ihnen anlaufenden Aufgaben, so weit hiefür Gelder benötigt werden, noch vor Jahresende abzuwickeln; dadurch tritt ein gewisser Stillstand in der Bearbeitung sonstiger wichtiger Aufgaben bis zum 15. Jänner ein. Nachher wird sich erst der zuständige Bearbeiter mit dieser Frage befassen können. Derzeit ist eine Besprechung zwischen den Vorständen der Abteilungen 1, 7 und 10 ausständig, die bisher aus zeitlichen Gründen nicht stattfinden konnte. (Abg. Hofmann: „Jetzt hörst Du es!“) Ich habe das nur festgestellt, damit nicht der Eindruck entsteht, daß es böser Wille der Abteilung 10 oder des Finanzreferenten sei, daß diese Sache nicht weitergegangen ist. Ich habe seinerzeit, als Hofrat Dr. Pestemer mir mitgeteilt hat, welche Schwierigkeiten bestehen, gesagt, man müsse trachten, durch Aussprachen zu prüfen, wie man die offenen Probleme lösen könne, und zwar mit den zuständigen Abteilungsvorständen und erst dann trachten, zu einem brauchbaren Entwurf zu kommen.

Ich möchte noch einiges, was in der Debatte gesagt wurde, kurzstreifen. Eine Reihe von Rednern zur Gruppe 2, die Frau Abg. Wolf wie der Abg. Afritsch, bezogen sich auf das Pflichtschulwesen. Wir haben da Erfreuliches, teils weniger Erfreuliches gehört. Die Kritik war zum Teil nicht berchtigt, zum Teil nicht an die Landesverwaltung, sondern an die Bundesverwaltung gerichtet. Abg. Afritsch findet es bedauerlich, daß zwei Posten, und zwar 21,701 und 21,702 schlecht dotiert sind, nämlich nur mit 10.000 Schilling bzw. 30.000 Schilling für die Ausbildung von Pflichtschullehrern bzw. Sonderschul-

lehrern. Diese Leistungen sind freiwillige Leistungen des Landes, denn die Ausbildung der Pflichtschullehrer ist reine Bundessache. Wir haben aber diesen Aufgaben seit eh und je unser Augenmerk zugewendet. Es ist übersehen worden, daß zwei weitere große Posten im Abschnitt 21 vorhanden sind. Wir haben unter Post 21,16 die Beamtenentschädigungen für die Lehrer, sie betragen 350.000 Schilling. Ich möchte das Hohe Haus daran erinnern, daß in der Frage der Bezahlung der Beamtenentschädigung jener Lehrer, die durch verfllossene Drangsale einen Entschädigungsanspruch erworben haben, der Rechtsstreit, den das Land Steiermark gegen den Bund geführt hat, das Land unterlegen ist. Wir waren der Meinung, daß für die Entschädigungen, für entgangene Leistungen, die damals zuständige zahlende Stelle, das war das Reich und in der Nachfolge der Bund aufzukommen hätte. Der Verfassungsgerichtshof hat anders entschieden, wir haben uns dem beugen müssen und geben daher in vier Jahresraten wesentliche Beträge für diese Entschädigungen aus, insgesamt sind es 1.6 bis 1.8 Millionen Schilling, die vom Lande geleistet werden müssen.

Die zweite sehr bedeutende Post, die uns für 1956 belastet, sind die Beiträge zu den Kosten der Besoldung der Lehrer für die öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen. Es würde zu weit führen, die Umstände zu erörtern. Nach Feststellungen der Zentralbürokratie ergibt sich aus dem Überhang von Lehrern im Jahre 1953 höchstwahrscheinlich eine Zahlungsverpflichtung im Jahre 1956. Wir mußten pflichtgemäß diesen Betrag einsetzen. Wenn wir die Beträge addieren, ergeben sich weit über eineinhalb Millionen Schilling. Wenn wir das nicht zu bezahlen hätten, hätte die zuständige Abteilung von vorneherein höhere Beträge für die zwei Posten, die der Lehrerfortbildung dienen und die wirklich nicht hoch sind, eingesetzt, und wir würden vielleicht auch etwas für Schulbauten tun können. Wir sind durch die geschilderten Umstände in eine ungünstige finanzielle Lage im Abschnitt 21 der Gruppe 2 gekommen. Im allgemeinen darf ich aber sagen, daß sich das Pflichtschulwesen gesund entwickelt und daß die Frage, wie man das Lehrerproblem bei sinkender Kinderanzahl erfolgreich behandeln kann, in Gemeinschaft zwischen dem Büro des Landeshauptmannes, der Abteilung 6a, dem Landesschulrat, der Abteilung 10 und den Lehrerorganisationen eine immerhin brauchbare Lösung gefunden hat. Wir konnten die Zahl der Lehrer, die wir nach § 13, Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes berechnet haben, voll ausschöpfen und haben außerdem durch die Aufnahme von fast 50 Vertragslehrern die Möglichkeit geschaffen, den noch offenen Lehrbedarf abzudecken. Ich gebe zu, wir haben diesmal Vertragslehrer bestellt, weil wir am Stichtag 15. Oktober 1956 nicht wieder erleben wollen, daß wir einen angeblichen Überhang von Lehrern haben, die wir nachträglich zu besolden hätten. Wir hoffen, begünstigt durch eine Reihe von Umständen, ohne Überhang in das neue Schuljahr 1956/57 hinüberzukommen, so daß einerseits den Bedürfnissen der Schule Rechnung getragen ist, andererseits keine Sonderbelastung des Landes eintritt.

Unter den Wünschen, die Frau Abg. Wolf vorgebracht hat, ist ein Wunsch sehr wichtig, über den schon in der Budgetdebatte im Vorjahre kurz gesprochen wurde. Es ist ein Unrecht, daß die bevölkerungspolitischen Maßnahmen, die auch die Lehrer betreffen, nur zu Lasten des Landes gehen. Wenn es die Verhältnisse mit sich bringen, daß Lehrer Lehrerinnen heiraten und glücklichen Ehen Kinder entspringen, ist es selbstverständlich, daß der werdenden Mutter und der Mutter, die ihr Kind zur Welt gebracht hat, entsprechender Urlaub zur Erholung und ersten Wartung des Kindes gegeben wird. Diese Mutterschaftsurlaube währen so lange, daß, wenn die Lehrerin eine längere Zeit ausscheidet, ein Verlust entsteht, der ersetzt werden muß, wenn nicht die Ausbildung der Schulkinder leiden soll. Nun werden die Mutterschaftsurlaube aus einer sehr geringen Personalreserve abgedeckt. Wir haben in Wien dringend verlangt, daß die Personalreserve dem Stande der Pflichtschullehrer nach § 13, Abs. 1, zugerechnet werden soll. Wir sind nicht durchgedrungen und haben im heurigen Jahr keine Möglichkeit, das zu erreichen. Damals ist der Bundesfinanzminister unter dem Druck der möglichen Belastungen durch den Staatsvertrag gestanden. Dafür haben wir Verständnis gehabt und alle unsere Sonderwünsche zurückgestellt, um die Schwierigkeiten, die sich durch die neue Situation bildeten, nicht zu vergrößern.

Es ist aber selbstverständlich, daß die Frage bei den Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich eine Rolle spielen wird. Es würde im Laufe der Zeit eine Schädigung der Schule bedeuten, wenn die Personalreserve auch noch auf den Pflichtstand angerechnet würde, der errechnet wird nach den Schlüsselzahlen, die Sie ja kennen.

Ich möchte weiters noch kurz zur Frage der Schülerheime etwas sagen. Die Schülerheime sind, wie Sie wissen, bald nach dem 8. Mai 1945 durch eine Entscheidung des Landeshauptmannes Machold entstanden, der den jetzigen Direktor Offenbacher beauftragt hat, die Schülerheime wieder aufzubauen, die in einer anderen Form in der verflorenen Ära schon bestanden haben und dann aufgelöst wurden. Die Schülerheime haben sich für die Mittelschul- und Fachschuljugend zu einer wirklich wichtigen und segensreichen Einrichtung entwickelt und können heute nicht mehr weggedacht werden, weil viele Eltern des geringer bemittelten Mittelstandes ihre Kinder sonst nicht einem Studium zuführen könnten. Trotzdem muß ich sagen, daß die Frage der Schülerheime nicht definitiv gelöst erscheint. Einerseits sind die Unterkünfte, die wir haben, nicht Landes-eigentum, sondern wir sind vielfach eingemietet. Zum Glück konnten wir inzwischen zwei Objekte, eines in der Schießstattgasse und in gleicher Weise das ehemalige Fürsorgerinnenheim in Waltendorf erwerben und übernehmen, außerdem haben wir durch einen langjährigen Mietvertrag mit dem Bunde auch die ehemalige Dominikanerkaserne bekommen. Wir müßten trachten, wenn die Schülerheime erhalten werden sollen, sie allmählich in gesicherten Unterkünften zu haben. Es ergibt sich eine Hoffnung: Bei der durch den Herrn Bundeskanzler Raab in der Steiermark erfolgten Besichti-

gung, um die Frage der Garnisonsunterbringung zu prüfen, wurde auch die Dominikanerkaserne umfahren. Wir haben sie gar nicht besucht, aber es wurde entschieden, daß diese zu militärische Zwecke nicht herangezogen werden wird. Einer Unterredung mit dem Ministerialrat Dr. Kragora, der als Berater mitgewirkt hat, war zu entnehmen, daß der Bund bereit sein wird, diese ganze Liegenschaft dem Land Steiermark zu verkaufen. Wenn also ein solches Anbot kommt oder wenn wir ein solches stellen werden, wird sie möglicherweise erworben werden können. Natürlich bedeutet das eine Belastung, die wir auf uns nehmen, aber wir würden damit dieses größte Schülerheim gesichert haben. Wir haben sowieso schon viel Geld in dem angemieteten Gebäude aufgewendet. Ich glaube also, daß die Schülerheime in ihrer Unterkunft gesichert werden müssen.

Eine zweite Schülerheimfrage hat der Herr Abgeordnete Wegart behandelt. Nämlich die Frage der Pragmatisierung der Erzieher. Das ist ein schwieriges Kapitel. Warum? Jeder Erzieher wird zugeben, daß die Jugenderziehereigenschaften irgendwie gebunden sind an ein gewisses, spannfähiges, elastisches Alter. Es ist bekannt, daß der Erzieher, der eine bestimmte Altersgrenze erreicht oder aber sie bereits überschritten hat, weit weniger Einfluß hat als einer, der in der richtigen Alterssituation steht. Das trifft viel stärker zu beim Erzieher als beim Lehrer, der vor allen Dingen Vermittler des Wissens und des Könnens ist. Da die meisten Erzieher mit Hochschulbildung bei uns eintreten und sie fast durchwegs Philosophen sind, so ist es wirklich schwer, sie in den Landesdienst zu übernehmen. Wir brauchen ja vor allen Dingen Juristen und in unseren Heil- und Pflegeanstalten Mediziner. Ob und inwieweit Philosophen in den Stand der Pragmatisierten übernommen werden können, ist bisher noch nicht geprüft worden, aber ich weiß nur, daß die Unterbringung eines Universitätshörers, der Philosophie studiert und dann durch die Ablegung des Doktorates oder durch sonst eine entsprechende Prüfung sein Studium erfolgreich beendet hat, im Lande kaum möglich ist. Wir haben dazu ja nur die Sparten der Museen und alle jene Aufgaben, die mit musischen Dingen zu tun haben. Ich verstehe ja einerseits den Drang der Leute, die sich als Erzieher bewähren und denen dieser Beruf besser liegt als ein anderer, daß sie in ein gesichertes Dienstverhältnis kommen wollen. Aber was dann, wenn der Philosoph nun zu alt ist zum Erzieher, was soll man dann mit ihm beginnen? Ich glaube, daß diese Frage sehr sorgfältig studiert werden muß und daß man versuchen wird müssen, hier eine Lösung zu finden. Aber die Forderung, daß grundsätzlich jeder Erzieher, wenn er vier Jahre im Landesdienst ist, pragmatisiert werden muß, läßt sich hier nicht aufstellen. Ich glaube, mit diesen wenigen Worten das Wesentliche zu diesem Thema gesagt zu haben.

Ich möchte nun noch auf eine Kleinigkeit zurückkommen. Ich habe ja erwartet, daß das kommen wird. In der Süd-Ost-Tagespost steht unter dem Titel „Weiß das der Finanzreferent nicht?“, der Herr Landeshauptman habe seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der sozialistische

Finanzreferent bei seinem Budget ausdrücklich hervorgehoben hat, daß ihm die erhöhten Personallasten die Budgetierung erschwert hätten. Ich habe aber immer wieder gesagt, das alles sind berechnete Forderungen der Beamten, Angestellten und Bediensteten des Landes, aber die Schwierigkeit liege darin, daß wir durch den Finanzausgleich nicht die Mittel hierfür bekommen haben, was uns zwingt, bei den Sachausgaben etwas sparsamer umzugehen. Ich hätte gar nichts anderes sagen können, weil ich sonst ein Gesetz beklagen müßte, das der Landtag selbst beschlossen hat, nämlich die Analogie mit den Bundesbediensteten, wonach es selbstverständlich ist, daß alles, was der Bund für seine Beamten, Vertragsbediensteten und Arbeiter verfügt, analog auf die Landesbediensteten anzuwenden ist. Ich glaube auch nicht, daß der Landeshauptmann es so gemeint hat, daß bei mir ein Hindernis gegen die Erhöhung der Bezüge bestanden hätte. Ich habe ja die hierfür notwendigen Mittel im Budget eingebaut und dazu vorsorglich noch 9,3 Millionen, damit auch die Forderungen, die noch an das Land herantreten könnten, eine Deckung finden. Natürlich sind durch die plötzliche Mehrbelastung Sorgen entstanden, über die man im Hohen Haus reden muß, das ja dazu berufen ist, sie zu beurteilen. Die Süd-Ost-Tagespost ist die einzige Zeitung, die in ihrem Landtagsbericht einen Angriff gegen mich gestartet hat. Ich glaube, das kann nur auf ein Mißverständnis zurückzuführen sein und dieses stelle ich daher zum zweiten Male richtig. (Beifall bei SPO.)

Landesrat **Brunner**: Hohes Haus! Als zuständiger Referent, dem die Berufsschulen anvertraut sind, hat es mich gefreut, daß eine Anzahl von Abgeordneten zu den Berufsschulen positiv eingestellt sind und deren Ausbau bejahen. Was der Herr Präsident Scheer über schulische Angelegenheiten gesagt hat in Bezug darauf, daß die zwei großen Parteien das zu verantworten hätten, das, glaube ich, brauchen wir nicht so ernst zu nehmen. Er ist zwar Lehrer, aber mehr theoretisch, weil er seinen Beruf nie auszuüben Gelegenheit gehabt hat. Der Herr Abg. Koch sitzt selbst im Berufsschulausschuß und leistet uns dort als Praktiker wertvolle Dienste. Der Abg. Pözl hat zwar geglaubt, eine dieser Berufsschulen sei eine ehemalige Raubritterburg, aber es ist nicht so, Herr Abg. Pözl, das ist ein Gebäude, das dem Vinzentinum gehört und als Raubritterburg gar keine Möglichkeit hätte, bei uns zu bestehen. Jedenfalls haben Sie aber die Berufsschule positiv behandelt und dafür bin ich Ihnen dankbar. Wir haben dieses Gebäude im Jahr 1953 beanspruchen müssen als Internat und Werkstätte, und schon im Jahre 1954 ist die Gemeinde Eibiswald mit Hilfe des Landes daran gegangen, ein eigenes Werkstättengebäude aufzuführen, das auch bereits seiner Bestimmung übergeben wurde.

Ganz besonderen Dank sage ich Abg. Wurm. Nur seine Bescheidenheit ist mir unerfindlich. Er will nur ein ganz klein wenig mitreden. Sie haben sehr viel Machtbefugnisse im Berufsschulrat. Sie haben ihn so zusammengestellt, daß er weitgehend zerstreut ist, haben alle möglichen Interessenvertreter und Lehrer. Jeder Einzelne kommt zu Worte und es wurde bisher noch kein Beschluß gefaßt, der

irgendwie auf Abstimmungen hinausgelaufen wäre. Wenn etwas geschehen ist, haben Sie sich damit abgefunden, weil es der Sache gedient hat. Es war deshalb kein Beschluß, das will ich ausdrücklich feststellen. Die Planung der Lehrlinge, das ist eine Sache der Zeit. Wir haben heute vier Landesberufsschulen und ich habe nicht gesagt, es wird keine mehr gebaut oder irgendwie eröffnet werden. Es wurde der Beschluß gefaßt, in einer der ersten Sitzungen des Landesberufsschulrates, daß zunächst einmal diese vier Schulen fertig gebaut werden müssen. Mittlerweile wird selbstverständlich der Auftrag, den wir durch den Berufsschulrat bekommen haben, erfüllt und zur gegebenen Zeit dem Berufsschulrat zur Begutachtung vorgelegt werden.

Bezüglich der Baukosten wurde kritisiert, daß sie hoch sind. Bei Murau sind sie hoch. Eine Million Schilling hätte das Land gegeben, die bestimmten Gemeinden haben sehr hohe Beiträge gegeben in Form von Materialienhilfe, Baustoffen, Holz, 1000 Quadratmeter Grund. Wir haben für diese Sache in unserem Finanzgesetz einen Abschnitt 23, und zwar unter Post 231,781; es wurden 900.000 Schilling an Berufsschulzuschüssen an die Gemeinden vorgeesehen. Abg. Koch hat schon ziemlich ausführlich behandelt, was die übrigen Länder auf diesem Gebiete alles tun. Wir sind da eigentlich weit zurück, auch gegenüber dem Burgenlande. Wir werden versuchen, das nachzuholen.

Wir haben bis jetzt keine gesetzlichen Grundlagen gehabt, das neue Schulgesetz müßte als Rahmen genommen werden, um dem Land die Möglichkeit zu geben, ein Landesgesetz auszuarbeiten. Im Rahmen dieses Schulgesetzes wird ganz genau festgehalten werden, wer Schulträger ist, wer zu bezahlen hat usw. Das Berufsschulwesen, die Ausbildung der Lehrlinge reicht viele Jahrzehnte zurück. Vorher waren die Kollektivgenossenschaften Schulträger, der Unterricht wurde an Sonn- und Feiertagen erteilt und später, nach dem ersten Weltkrieg, wurde der Unterricht an Werktagsabenden festgelegt. 1924 kam das erste Gewerbeschulgesetz und im Jahr 1927 das zweite. Das bildete für uns die Basis. Es ist ein Notbehelf, weil wir kein Gesetz haben, ein Überleitungsgesetz wurde in der zweiten Republik nicht geschaffen, damit wir teilweise Grundlagen haben. Das ist aber jetzt behoben, weil das Parlament bereits ein solches Gesetz verabschiedet hat.

Berufsschulen wurden in der Zeit zwischen 1938 und 1945 mehrere ins Leben gerufen und wir bemühen uns seit 1952. Eibiswald war die erste ins Leben gerufene Landes-Berufsschule, die zur fachlichen Ausrichtung diente, weil man eben den Lehrlingen durch die fachliche Ausrichtung den besten Dienst erweist. Wir haben zum Beispiel in Mureck die Schmiede und Spengler vom ganzen Land beisammen. Eine der 50 Schulen, der 50 oder 52 Berufsschulen, ist eine Landesberufsschule, die in Mureck für die Ausbildung von Schmieden und Spenglern. Wir haben im ganzen Land nur dort die Fachkräfte, die werden jedenfalls besser sein wie in den übrigen Bezirks-Berufsschulen. Schließlich und endlich kann ein Lehrer nicht Universalist sein und alles verstehen bei größter Anerkennung der Lei-

stungen, die in den Bezirks-Berufsschulen vollbracht werden. Dort sind Personen, die die Bulme absolviert haben, eine Meisterprüfung hinter sich haben und den Unterricht den Erfordernissen der Gewerbe anpassen. Wir haben in Murau die Wagner und Zimmerleute. Vielleicht meinen Sie, daß die Zimmerlehrlinge, die noch auf dem Bauhof in St. Peter sind, nach Murau übernommen werden. Das ist der Fall. Hier am Bauhofe sind ungefähr 34 oder 35 Zimmerlehrlinge beschäftigt; es muß natürlich ein eigener Fachlehrer da sein, um diese 34 zu unterrichten. Oben in Murau haben wir für 500 Lehrlinge der Landesberufsschule Platz, es ist kostenmäßig besser, wenn sie alle beisammen sind. Dafür werden die Lehrlinge an den Berufsschulen in Graz jedenfalls von den übrigen Stellen zusammengezogen werden. Das ist eine spätere Sache, die kommen wird. Der Berufsschulrat, der voriges Jahr ins Leben gerufen wurde und seit dieser Zeit tätig ist, wird sich bewähren. Bei allem, was neu im Anlaufen begriffen ist, macht man Fehler, das läßt sich lernen. Wir haben einen der besten Berufsschul-Sachverständigen in ganz Steiermark, Dr. Ing. Stuchly, als Geschäftsführer, der den Plan machen muß. Er wird von diesem Fachmann so vorgelegt, daß er wirklich als Planung zu bezeichnen ist. Die Werkstätteneinrichtungen: Wir haben 27 Schuhmacherberufsschulen im ganzen Lande gehabt und so und so viele Einrichtungen. Jetzt haben wir in Feldbach die Landesberufsschule der Schuhmacher, eine einzige Einrichtung besteht aus den früheren Berufsschulen in den Bezirken, sie genügt, um diese Lehrlinge ausbilden zu können.

Was da an Geld gespart wird durch diese Zusammenziehung von Landesberufsschulen! Und nicht nur an Geld für Maschinen und Einrichtungen, sondern auch für Lehrkräfte, denn das Land bezahlt ja nach den Bestimmungen 50 Prozent der Gehälter zu den Personalkosten für die Landesberufsschullehrer und für die einzelnen Berufsschulen dazu.

Die Internate: Es ist unsere feste Absicht, daß wir am Sitz einer jeden Berufsschule auch ein Internat schaffen. Die Internate sind nach dem jetzigen Brauch immer von seiten der Innungen eingerichtet worden und alles, was dazu gehört, ist von dort bezahlt worden. Die Internate brauchen wir deshalb, weil der junge Mensch, der sich sieben Wochen hindurch auf so einem Kurs befindet, auch einen Platz haben muß, wo er nach dem praktischen Unterricht wohnen und auch beaufsichtigt werden kann. Wo er allenfalls zur Ordnung erzogen werden kann, denn die Lehre ist ja im wesentlichen nichts anderes als die Fortsetzung der Kinderstube und da können wir diesen jungen Menschen nicht genug für das Leben mitgeben, dadurch, daß wir ihn betreuen durch Erzieher, die für diese Aufgabe geschult sind. Der künftige Schultyp in den Landesberufsschulen müßte drei aufsteigende Klassen umfassen. Natürlich haben dabei alle Opfer zu bringen. Die Meister, die Eltern und die Lehrlinge selbst. Und schließlich, wenn man diese Opfer genauer untersucht, sind sie gar nicht so übermäßig groß. Wenn auch ein Zimmerlehrling z. B. von Radkersburg nach Murau fahren muß, so macht er den Weg ja nur einmal herauf und nach sieben Wochen wieder zurück. Und der Meister kann ihn das ganze übrige

Jahr wieder für sich haben. Und so ist es beim Baugewerbe und bei allen anderen Berufen. Was die Eltern anbelangt, so müssen sie ja auch sonst für die Kleidung des Lehrlings noch aufkommen, außerdem bekommt der Lehrling ja im ersten Jahr schon eine Entschädigung, die im zweiten Jahr schon so hoch ist, daß die Kosten der Unterbringung und der Verpflegung mit dieser Lehrlingsentschädigung schon weitgehendst gedeckt sind. Im dritten Jahr benötigt er den Überhang für die Bezahlung der Kosten für das erste Jahr. Es ist nicht so, wie man immer herauszustreichen versucht; es können sich die Lehrlinge Behelfe, wie Papier usw. oder ein paar Bücher schon selbst beschaffen. Das Land hat sich entschlossen, daß es für diese Zwecke nichts dazu bezahlt, weil man sagt, 60 Schilling für ein ganzes Jahr an Lehrmitteln, das kann und muß der Lehrherr, wenn schon der Bub es selbst nicht leisten kann, zur Ausbildung beitragen. Die Beistellung der Schulgebäude und des Internates wird ebenfalls im neuen Schulgesetz geregelt werden. Jedenfalls wird das Land Schulpfleger sein, so hat die Information, die ich eingeholt habe, gelaftet.

Wir haben im außerordentlichen Budget einen Betrag von 2 Millionen Schilling zum Ausbau der Landesberufsschulen vorgesehen. Ich möchte von hier aus die Bitte richten an die Landesregierung wie auch an die Herren Kollegen des Landtages, daß Sie alles tun mögen, um diesen im außerordentlichen Budget unbedeckten Betrag aliquot wie alle übrigen Beträge zu decken. Diese vier Landesberufsschulen sind ja nichts Fertiges. Und es wird noch drei bis vier Jahre dauern, bis sie wirklich fertig sind. Sie haben ja denselben Vorgang in allen übrigen Bundesländern. Oberösterreich baut schon vier oder fünf Jahre an einer Landesberufsschule. Ebenso auch die anderen. Natürlich geht es dort um Millionenbeträge, die wir in der Steiermark noch nicht zur Verfügung haben. Ich bin überzeugt, wenn wir das neue Berufsschulgesetz haben, wird auch das Land Steiermark die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, denn schließlich ist dieses Geld, das für Berufsschulen aufgewendet wird, das bestangelegte Kapital, das es gibt, es bleibt, es unterliegt keiner Katastrophe, das bleibt erhalten und kommt gerade dem Mittelstand zugute, und der Mittelstand, als Hauptsteuerträger für den Staat, der muß schon auch irgendwie anerkannt werden, und das tut man am besten damit, wenn man seinem Nachwuchs die Möglichkeit gibt, das Beste im Beruf zu erlernen.

Daß die Fachschulen und die Berufsschulen der Industrie auch ihre Berechtigung haben, das hat die Landesregierung anerkannt, weil sie, auf Antrag des Herrn Landesrates Matzner, einen ansehnlichen Betrag für die Vergrößerung der Berufsschule bei Böhler in Kapfenberg bewilligt hat. Dort werden Spezialfacharbeiter ausgebildet, die können in unseren Berufsschulen nicht so ausgebildet werden als an Ort und Stelle. Und diese Möglichkeit besteht bei uns nicht. Wir begrüßen jede Ausbildungsmöglichkeit, die für die gewerbliche Jugend oder für die industrielle Jugend, als Nachwuchs für die Facharbeiter, geleistet wird. Die Meisterlehre kann von diesen Werkstätten und von diesen Berufsschulen nicht ersetzt werden. Das ist etwas eigenes. Es sind dies zwei verschiedene Dinge, die nebeneinander

Platz haben, und wenn man jedem seinen Teil zubilligt und ihm die Existenz und die Entwicklungsmöglichkeit gibt, dann wird die Sache auch am besten gefördert. (Beifall bei OVP.)

Landeshauptm. **Krainer:** Hohes Haus! Ich möchte nur zu der Frage des Proporz, die im Zusammenhang mit diesem Kapitel aufgeworfen wurde, eine Bemerkung machen. Was ist Proporz? Proporz heißt Beteiligung. Es wird in einer Demokratie, wo Parteien Träger der Demokratie sind, nie zu vermeiden sein, daß diese Beteiligung sowohl auf die Verteilung der für die allgemeine Interessenförderung aufzuwendenden Gelder als auch auf die Personalfragen irgendwie ausgedehnt wird. Der Herr Präsident Scheer irrt, wenn er meint, daß gestern die Vorwürfe zwischen den beiden Parteien sich darum gedreht haben, daß der Proporz nicht zum Zuge kommt. Die gestrigen Vorwürfe haben festgestellt, daß da und dort Unzukömmlichkeiten vorgekommen sind, und zwar deshalb, weil andere Gesinnung unterdrückt wurden oder weil man eine andere Gesinnung als die einer bestimmten Partei in einem bestimmten Betrieb nicht zulassen will. Der Herr Abg. Scheer hat gemeint, derselbe Vorgang spiele sich auch im Lande ab, und vor allem spiele sich dieser Vorgang der Proporzwirtschaft bei den Lehrern ab. Ich möchte noch einmal festhalten, ich bin nicht klar geworden aus den Äußerungen des Herrn Abg. Scheer, ob der VdU in diesen Proporz eingeschaltet sein will (Abg. Scheer: „Nein!“), oder ob man ihn an sich bestreitet. (Abg. Scheer: „Jawohl, bestreite ich!“) Ich würde das sehr gerne zur Kenntnis nehmen, denn ich habe bei der Wohnungsvergabe einmal bemerkt, daß Sie sehr großen Wert darauf gelegt haben, im Proporz eingeschaltet zu sein. (Abg. Dr. Speck: „Auch bei der Gemeinde Graz wünscht das der VdU.“) Meiner Ansicht nach ist die Frage des Proporz ein grundsätzliches Problem, und es muß diese Frage des Proporz daher auch von einer höheren Warte aus beurteilt werden.

Ich sagte, es werde nie möglich sein, den Einfluß der politischen Parteien auf die Dinge völlig auszuschalten. Es wird immer einen Proporz geben, entscheidend aber ist, daß dieser nicht so weit geht, daß nicht jemand im Personal oder in der Förderung zum Zuge käme, der nicht einer bestimmten Partei sich verschrieben hat. Es tut mir leid, daß der VdU keine solche Lehrerorganisation besitzt. (Abg. Scheer: „Oh ja.“) Das ist mir neu, das habe ich nicht gewußt. Trotzdem also unter diesen Lehrerorganisationen über die Verteilung von solchen Lehrerposten Vereinbarungen und Absprachen bestehen, kann ich feststellen, daß ich mich in mehreren Fällen, die Lehrer betreffend, anders entschieden habe. Ich habe nur die Unterschrift zu leisten, die Vorabrede geht im Landesschulrat, in der Lehrerkommission vor sich. Ich habe die Ehre, die Unterschrift unter diese Beschlüsse zu setzen und mehrmals, weil hier Unzukömmlichkeiten vorgekommen sind, habe ich nicht dem vorgeschlagenen, sondern einem tüchtigen Bewerber eine solche freie Stelle verliehen. Am heikelsten ist der Proporz dort, wo Mangel am Platze ist. Beispielsweise ein ganz gro-

ber Mangel herrscht bei den Lehrerstellen in Graz und hier ergeben sich die allergrößten Schwierigkeiten. Viele Lehrer und Lehrerinnen wollen nach Graz. Und die Frage ist nun, weil im Jahre nur fünf oder zehn nach Graz kommen können, wer soll nach Graz kommen? Es ist begreiflich, daß die nach Graz Strebenden nicht nur die Partei und die Organisation überrennen, sondern natürlich auf die in den Körperschaften Sitzenden Einfluß zu gewinnen versuchen, damit sie zum Zuge kommen. Es wollen nach Graz mindestens 30 jährlich. (Abg. A f r i t s c h : „Mehr!“) Ich gehe nicht weiter, ich sage mindestens 30. In Graz sinkt nun seit Jahren die Schülerzahl stark; es ist daher die Möglichkeit, nach Graz zu kommen, auf ein paar Personen beschränkt. Hier geht die Diskussion um den Proporz. Wenn nach einem objektiv strengen Punktesystem beispielsweise die Lehrer nach Graz kommen würden, würden trotzdem noch welche unzufrieden sein und sagen: „Der Proporz ist daran schuld.“ Ich glaube, daß wir uns alle sehr bemühen müssen, jeden, der seine Pflicht tut, jeden Staatsbürger, gleichgiltig ob Beamter oder Lehrer, gleich ob er eine Förderung des Landes verlangt, zum Zuge kommen zu lassen, und zwar objektiv zum Zuge kommen zu lassen; ob sein Wunsch erfüllbar ist, ist eine andere Frage.

Wenn Präs. Scheer gemeint hat, es gehe ihm darum, niemand auszuschließen, der befähigt ist, ein öffentl. Amt, eine Lehrerstelle zu bekleiden, sind wir einer Meinung. Hier wird seit Jahren um ein objektives System gerungen, daß nicht nur die Parteeinflußnahme maßgebend ist für die Besetzung, daß zwar die Parteien eine solche Besetzung durchführen bzw. ihre Vertreter, daß aber nicht nur die Zugehörigkeit zu jener oder dieser Organisation oder auch die Nichtzugehörigkeit das Um und Auf ist, daß neben allem anderen, neben der in der Demokratie nicht wegzudenkenden Meinung nach einem objektiven Urteil über die Fähigkeiten des Betreffenden irgendwie nach einem Punktesystem gesucht wird. Darum wird gerungen und die besten Leute bemühen sich hier, Wege zu finden, damit die immer wieder geschürte Meinung, es könnte jeder einen Posten bekommen, wenn er der Partei angehört, endlich einmal zerstreut wird. Ich möchte sagen, daß ich mich für ein objektives System der Stellenbesetzung ausspreche und daß die ÖVP darum ringt. Nichtsdestoweniger wird der Einfluß der Parteien bei der Besetzung der verschiedenen Stellen in der Förderung allgemeiner Maßnahmen nie völlig ausgeschaltet werden können.

Landesrat Dr. Stephan hat den dringenden Appell gerichtet, den Ausbau der Mittelschulen in Angriff zu nehmen. Ich habe, Herr Landesrat, bereits versichert, daß der Bau von zwei Mittelschulen schon im Oktober dieses Jahres in Graz begonnen wurde und daß zügig im kommenden Jahr ein Ausbau dieser beiden Mittelschulen in St. Peter, am Rande der Stadt, durchgeführt werden wird. Es ist der Wunsch, den er heute zum Ausdruck bringt, nichts Neues, er wird endlich einer Lösung zugeführt werden können. Es wird auch im nächsten Jahr mit der Stadt Graz hinsichtlich des Platzes für die Entenschule ein Einvernehmen erzielt werden, dann ist der Weg frei, daß die im heurigen Herbst in solche Schwierigkeiten gekommene Entenschule, die eine

der bedeutendsten Schulen für die Weiterbildung der weiblichen Jugend ist, zum Bau gelangen wird können. (1. Landeshauptmannstellvertreter H o r v a t e k : „Wobei das Land bereit ist, Darlehen zu geben.“) Die entsprechenden Geldbeträge sind dafür bereitgestellt. Das Land hat sich bereit erklärt, wenn es sein muß, um den Bau der Schule rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, ein Darlehen zu geben. Damit würde die Schulmisere, die in Graz durch die Kriegsverhältnisse entstanden ist, ihre Beendigung erfahren und jeder, der Kinder hat, wird sich freuen, daß diese in die Lage versetzt sind, nicht mehr den zwei- und dreigeteilten Unterricht, sondern am Vormittag die Schulen zu besuchen mit mehr Erfolg, als es bei Teilung des Unterrichtes möglich ist. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Präsident S c h e e r : Hoher Landtag! Die sicherlich sehr sachlichen und einwandfreien Äußerungen des Herrn Landeshauptmannes zwingen mich dennoch zu einer Entgegnung, die Dinge zu klären, wie sie von unserer Seite gemeint waren. Leider liegt das, was der Herr Landeshauptmann vorgebracht hat, nicht so klar, wie es klar zum Ausdruck gekommen ist. Wenn schon Proporz Verteilung heißt, kann die Verteilung sich nicht damit beschäftigen, zu sagen: Ich habe vor mir das Volk, eingeteilt in diesen Teil der SPO, diesen Teil der ÖVP, diesen Teil des VdU, diesen Teil der KP. Es könnte schließlich nach diesem Schlüssel der 48. Schulleiter ein Kommunist sein, wenn man auf diese Art und Weise verteilen würde.

Das ist auf keinen Fall unser Wunsch, daher auch meine Antwort, daß wir nicht der Meinung sind, daß wir uns an dem Proporz unbedingt oder überhaupt beteiligen würden oder möchten.

Aber gehen wir von anderen Beispielen aus. Ich möchte hier zwei konkreten Auffassungsgegensätzen noch einen dritten hinzufügen. Das erste Beispiel sind die Vereinigten Staaten. Wenn dort ein Präsidentenwechsel erfolgt oder wenn eine Partei die andere ablöst, dann erfolgt dort auch eine Auswechslung sämtlicher Staatsbeamten, in einer Weise, wie das in ganz Europa nicht möglich ist. (Landeshauptmann K r a i n e r : „Sie sind ja nicht pragmatisiert!“) Es steht daher fest, daß das auch ein System ist. (Zwischenruf: „Auch nicht 100%ig wird das gemacht.“) Aber im großen Rahmen wird das gemacht. Das ist die eine Seite. Das zweite Beispiel betrifft gerade das manchmal wegen der Demokratie so verlästerte Frankreich. In Frankreich wird es niemals irgend einer Stelle einfallen, nach der Parteizugehörigkeit irgend eines Stellenbewerbers, sei es nun staatlich oder privat, zu fragen. Im Gegenteil, man würde das als einen krassen Eingriff in die persönliche Freiheit auffassen. Und es ist auch ein Eingriff in die persönliche Freiheit, bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit nach verschiedenen Dingen befragt zu werden, durch die das persönliche Leben des Menschen betroffen wird. Nicht nur wegen der Parteizugehörigkeit, sondern wie oft wird man gefragt nach der Religion, nach dem Beruf der Eltern usw. usw., Fragen, die zur Beurteilung eines Menschen nicht unbedingt notwendig sind. Diese Eingriffe in das private menschliche Leben sind ein

wesentliches Merkmal jener Stellen, die sich autoritär nennen. Zum Beispiel, es ist das nun die dritte Variante, die ich anziehen möchte: In den autoritären Staaten, in der Sowjetunion, ist es selbstverständlich, daß dort 100%ig sämtliche Leiterstellen, sämtliche Stellen des Staates oder auch Lehrerstellen natürlich nur dem gleichgerichteten und gleichgeschalteten Parteimitglied vorbehalten sind und so der Parteikader auf das ganze Land ausgedehnt wird.

Wir haben verschiedene Systeme bei uns. Aber es darf das System bei uns in Österreich nicht so weit gehen. Es ist aber leider so, Herr Landeshauptmann und meine Damen und Herren, sprechen wir einmal leidenschaftslos über diese Frage und nicht immer aneinander vorbei. Ich spreche kein Geheimnis, wenn ich behaupte, daß bei uns eine Schule für die ÖVP und die andere wieder für die SPÖ reserviert ist. Der zur Übernahme der Leiterstelle heranwachsende Lehrer, der die entsprechenden Fähigkeiten und Dienstzeiten hat, der aber ein anderes Parteibuch in der Tasche hat als das jener Partei, zu der diese Schule gehört, an der er gerade unterrichtet wird — und wenn Sie wollen, kann ich das beweisen —, bei der Besetzung der Leiterstelle übergangen. So war das in Bad Aussee tatsächlich der Fall, das ist keine Geschichte und kein Geheimnis. Und das ist ein Auswuchs dieses Proporz und das ist ein ausgesprochen undemokratisches Verhalten der betreffenden Stellen.

Nun zu dem, was die Wohnungsvergebung angeht. In der Gemeinde Graz, wo wir bei der Wohnungsvergebung proporzmäßig beteiligt sind, ist das ein anderes Problem. Selbstverständlich ist eine Wohnungssuche eine schwierige Angelegenheit. Aber wenn Sie in die Lage versetzt würden, ich frage Sie ehrlich, was würden Sie machen, wenn Sie zwei Parteien vor sich haben, die in bisheriger Gewohnheit entsprechend ihren Stellen die Wohnungen verteilen. Und wenn kein Parteilos irgend eine öffentliche Wohnung erhalten kann, würden Sie in einer solchen Zwangslage sich nicht auch bemühen, daß auch Ihre Leute einmal eine Wohnung bekommen, die sowieso schon jahrelang als Mauerblümchen der österreichischen Demokratie ohne Wohnung dastehen? (Abg. Dr. K a a n : „Dazu haben wir ja das Wohnungseigentum geschaffen.“) Dieser Einwurf trifft nicht zu, Denn gerade die Gemeindefamilien sind ja dazu da, damit Minderbemittelte unterkommen. Denn nicht jeder ist in der Lage, sich eine Eigentumswohnung zu beschaffen. Der öffentliche Wohnungsbau ist ja für die sozial weniger starke Bevölkerung bestimmt, während sich die sozial besser Gestellten leichter eine Eigentumswohnung beschaffen können, da sie über die entsprechenden Mittel verfügen können.

Unsere Meinung in dieser Angelegenheit ist, daß wir speziell bei der Lehreranstellung und bei anderen in diese Gruppe 2 hineingehörenden Sparten der Auffassung sind, daß hier in erster Linie die Leistung, die entsprechenden Fähigkeiten, Vorbildungs- und Ausbildungszeiten der erste Grundmaßstab für die Besetzung einer solchen Stelle sein muß und erst in allerletzter Hinsicht das Parteibuch irgend eine Rolle spielen darf. Wir verstehen auch, daß man sich

selbstverständlich überlegen muß, daß man z. B. in eine evangelische Gegend wie etwa in die Umgebung von Schladming, nicht einen streng katholischen Lehrer oder umgekehrt in eine streng katholische Gegend ausgerechnet einen Freidenker hinsetzen wird. Das ist selbstverständlich, um nicht irgendwelche Reibungsflächen in der Bevölkerung zwischen Lehrern und Schülern oder Eltern und Lehrern aufkommen zu lassen. Es gibt einige bescheidene Gesichtspunkte, die in dieser Hinsicht berücksichtigt werden müssen, aber der letzte Gesichtspunkt darf und kann nur sein der der Fähigkeit und der Leistung und von diesem Grundsatz wollen wir nicht abgehen. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann dafür, daß er in diesem Hohen Haus seine Bereitschaft erklärt hat, daß er sowohl als auch seine Fraktion sich bemühen werden, in Zukunft diese Vorgangsweise zu ändern und in eine andere Bahn zu bringen. (Beifall der WdU.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, das Schlußwort hat der Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. **Hegenbarth:** Das rege Interesse, welches das ganze Haus der Beratung der Gruppe 2 entgegengebracht hat und die zumeist sachlichen und man möchte fast sagen tieferschürfenden Debatten beweisen so richtig, wie sehr das Kapitel Unterricht zu einer Herzensangelegenheit des ganzen Landes geworden ist. Es gehört mit zu den größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts, daß, dank unserer demokratischen Verfassung, alle Bildungseinrichtungen, die wir in Österreich haben, auch den Minderbemittelten unseres Volkes zur Verfügung stehen und nicht wie einst vor Jahrhunderten das Vorrecht irgend einer besonders begüterten Schicht bilden.

In Laufe der letzten zehn Jahre sind gerade im Bundesland Steiermark so viele Neubauten und Erweiterungsbauten von Schulhäusern geschaffen worden, daß man wohl ohne Übertreibung sagen kann, daß die Steiermark in diesen zehn Jahren, trotz der Belastung durch die Besetzung und durch wirtschaftliche Nöte aller Art auf diesem Gebiet mehr geleistet hat, als in den 50 Jahren vorher geleistet worden ist. Und ich glaube, das war richtig so. Unsere Jugend ist zweifellos das größte und wertvollste Aktivum, das wir haben. Und dieser Jugend eine gute Elementar- und wertvolle Fachausbildung zu geben, ist wohl das Beste, was wir ihr mitgeben können für das Leben.

Ich darf daher meinen Antrag wiederholen und das Hohe Haus bitten, der Gruppe 2 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich bitte die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3, Kulturwesen. Berichterstatter ist Abg. Weidinger, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Weidinger:** Hohes Haus! Die Gruppe 3 des Landesvoranschlages 1956 enthält Aufwendungen, die das Land für das Kulturwesen im

künftigen Jahr zu leisten bereit ist. Im Landesvoranschlag sehen Sie auf Seite 46 bis 53 die einzelnen Einnahmen und Ausgaben verzeichnet. Die Einnahmen betragen 2,358.300 S, die Ausgabsposten wurden mit 25,154.800 S eingesetzt. Für das Jahr 1955 hat der Hohe Landtag samt Erhöhungsanträgen eine Ausgabe von 24,997.400 S eingesetzt gehabt. Der Finanzausschuß hat sich eingehend mit dieser Gruppe befaßt und Erhöhungsanträge zu den ursprünglichen Ansätzen beschlossen, die ich die Ehre habe, dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorzulegen. Die 41 Erhöhungsanträge betragen 1,115.600 S, gestrichen wurde die Post 323,701 mit 2000 S. Somit ergibt sich bei Gruppe 3 mit den Ansätzen der Erhöhungsanträge an gesamten Ausgaben ein Betrag von 26,268.400 S, die anzunehmen sind, während die Einnahmen, wie im Landesvoranschlag vorgesehen, mit 2,358.300 S gleichbleiben.

Hohes Haus! Der Wert des einzelnen Menschen wird nicht nach seinen finanziellen Gütern, sondern nach seinen charakterlichen Eigenschaften noch vielfach eingeschätzt und so ist es auch bei einem Volke, daß man es nicht nur nach wirtschaftlichen und materiellen Gütern, sondern auch der Kulturwerte wegen einschätzt. Die Werte liegen in der Kultur eines Volkes, was die Geschichte jederzeit beweist. Beides haben wir heuer wieder sehr deutlich gesehen. Es wurde offenbar, welch großes Interesse an der Eröffnung der Staatsoper und des Burgtheaters bestand und es hat auch unsere Stadtgemeinde die Oper neu erstehen lassen, wo unserem Volke und Lande Kulturwerte gegeben werden, die sich sehen lassen können. Hoffen wir, daß sich diese Opfer und Aufwendungen für die künftige Generation auch so reich auswirken mögen.

Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! In den Abschnitten 31 und 32, Wissenschaft und Kunstpflege, im gesamten kulturellen Aufwand sind gegenüber dem Erfolg des Jahres 1954 von 9,100.000 S im Voranschlag 1956 9,700.000 S eingesetzt, welche in der Zwischenzeit um 825.000 S erhöht wurden; also insgesamt haben wir jetzt 10,600.000 S erreicht, das ist gegenüber dem Erfolg 1954 eine Erhöhung um 1,5 Millionen Schilling, immerhin ein beträchtlicher Betrag. In der angeführten Erhöhungsziffer ist die größte Post der Beitrag zu den Vereinigten Bühnen mit 270.000 S. Den gleichen Betrag setzt auch die Stadtgemeinde Graz ein, das ist ein Mehraufwand von etwa einer halben Million Schilling. Dieser dient vor allem den Personalausgaben. In Gehaltsverhandlungen mußten als letzter Gruppe der Theaterbediensteten den Orchestermitgliedern eine den anderen Gruppen entsprechende Erhöhung zugestanden werden. Es ist bedauerlich, daß ein so großer Zuschuß geleistet werden muß. Bei Verhandlungen in den letzten Jahren hat sich immer nur ein deutliches Entweder-Oder gezeigt. Entweder bleibt man entschlossen, die Vereinigten Bühnen aufrechtzuerhalten, das Defizit zu decken, oder man trägt nichts bei, dann muß man sie zur Gänze sperren. Wir haben die einhellige Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß die letzte Folgerung nicht gezogen werden kann. Dennoch sind auf diesem Gebiete zwei große Wünsche des Vorjahres unerfüllt geblieben. Der erste Wunsch ist das Zustandekommen eines lang-

jährigen Vertrages. Denn jetzt befinden sich das Land Steiermark und die Stadtgemeinde Graz in einem vertragslosen Zustand hinsichtlich der gemeinsam geführten Vereinigten Bühnen. Es ist keine ordentliche Grundlage für so große Aufgaben da, die aber für eine richtige Führung eines so empfindlichen Körpers unbedingt wünschenswert ist. Wir müssen trachten, daß dieser Vertrag, der schon entworfen ist, ehe baldigst für eine längere Dauer, und zwar von mindestens fünf Jahren errichtet und unterschrieben wird. In diesem Vertrag sind jene Änderungen vorgesehen, die die Aktivität der Führung gewährleisten.

Wenn ich noch den zweiten Wunsch erwähnen darf, so ist er das Schauspielhaus. Es steht heute inmitten der Stadt als eine Attrappe da. Wir haben das schöne Äußere und wissen, daß wir es innen nicht benutzen können. (Zwischenruf: „Schön ist es wohl nicht mehr!“) Der Erhaltungszustand ist nicht schön, aber das Gebäude als solches ist schön, so daß allgemein der Wunsch ausgesprochen wird: Sein Äußeres soll erhalten bleiben. Nun, Land und Stadt allein können das erforderliche Geld nicht aufbringen. Es wird die Mithilfe des Bundes versprochen, aber nicht so fest versprochen, daß wir darangehen können. Es wäre anlässlich der Beratungen in Land und Stadt, anlässlich der Besprechungen des Vertrages zur Einrichtung der Bühnen ein Finanzplan zu errichten, der nicht nur für das nächste Budgetjahr gelten soll, sondern der sich auf mehrere Jahre erstrecken soll. Dieser Finanzplan wäre dem Bund vorzulegen und der Bund könnte bei Berücksichtigung aller sachlichen Momente eigentlich nicht nein sagen.

Jetzt komme ich zum erfüllten Wunsch. Die Stadtgemeinde Graz hat sich entschlossen, es so einzurichten, daß sie in der jetzigen knappen Situation es unternommen hat, das Opernhaus im Innern wirklich würdig und schön auszustatten, so daß wir etwas früher als die Wiener sagen konnten: Wir haben nahezu ein neues Opernhaus. Ich bin gewiß, daß die Abgeordneten des Hohen Landtages wiederholt Gelegenheit gehabt haben, in dieser Kunststätte zu weilen und festzustellen, daß die ganze innere Ausstattung fast nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Es sind nur mehr Kleinigkeiten. Vielleicht haben viele von Ihnen in der Zwischenzeit den Genuß und die Freude gehabt, das Wiener Opernhaus und das Burgtheater zu betrachten. Ich muß sagen, wenn ich in Wien war, habe ich hier meiner Befriedigung Ausdruck geben müssen, das haben die Wiener mit ihren und unseren Steuergeldern gebaut; wir gönnen es ihnen von ganzem Herzen, wir wissen die ungeheure Werbekraft zu schätzen, die darin liegt, wir sind aber auch stolz auf unser Opernhaus.

Ich habe oft die Antwort bekommen von Kunstverständigen, es sei ein Erlebnis, bei uns in Graz die Oper zu hören. Es sei dies mehr als nur eine abendliche Unterhaltung, sondern schon mehr ein unlöslicher Bestandteil unseres kulturellen Lebens, auch im Sinne einer Erziehung, und es können einem im Opernhaus immer wieder die Worte Schillers einfallen, die, ich glaube, Minister Dr. Illig anlässlich der Eröffnung des Burgtheaters gesprochen

hat: „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben. Bewahret sie! Sie sinkt mit Euch, mit Euch wird sie sich heben.“ Er hat das damit treffend angeführt.

In diesem Zusammenhang bei der Budgetpost darf wohl auch erwähnt werden, daß man nunmehr nach einer zehnjährigen Aufbauarbeit auf kulturellem Gebiet auch auf anderen Gebieten zu einer gewissen Abrundung gelangt ist. Ich fange an erster Stelle mit dem Joanneum an. Es wurde in vieler Hinsicht vervollständigt und wiederhergestellt. Die Umgestaltung des Kunstgewerbemuseums, die Wiedereröffnung unserer alten und neuen Galerie, die Ausstellungen, die unserer Betreuung unterstellten Heimatmuseen, die Förderung der Wissenschaft und immer und vor allem wieder die Ausgestaltung von Eggenberg gehört hier dazu. Auch im Jahr 1955 hatte ich Gelegenheit, mit Ausländern Eggenberg zu besuchen und es ist immer wieder erfreulich festzustellen, wie sie alle sprachlos vor diesem einzigartigen Kulturwerk stehen. Sie konnten sich nicht vorstellen, wie so nahe von Graz etwas so Einzigartiges in so naher Umgebung erhalten werden konnte. Und es sind geradezu Bewunderungsausbrüche, wenn sie ins Innere kommen. Ich muß schon sagen, wir können denjenigen, die mitgewirkt haben, in dieser Zeit das so auszugestalten, nur dankbar sein und den Dank können wir uns auch selbst aussprechen. Darauf komme ich noch zurück. Es dürfte auch bald der millionste Besucher das Joanneum besucht haben; das ist für einen so kurzen Zeitraum, seit es wieder hergestellt worden ist, wirklich eine erkleckliche Zahl.

Zur Bildung zählt auch die Errichtung des Künstlerhauses und der Ausbau unseres Konzertlebens. Ausschließlich durch den Vertrag des Landes mit der Stadt über das Orchester ist es möglich, das Orchester in einem solchen Umfang zu erhalten, daß es ein solches Konzertleben tragen kann. Es ist einzigartig, daß das, was man im Vorjahr als Überraschung betrachtet hat, nämlich, daß die Symphoniekonzerte bereits im voraus ausverkauft sind, auch heuer wieder eingetreten ist. Ja, daß einzelnen Wünschen nach Konzerten gar nicht mehr entsprochen werden kann, weil das Orchester einfach überlastet ist. Es ist ein Zeichen, wie groß das Musikbedürfnis bei uns ist. Es ist nur recht und billig, daß wir auch Musikschulen errichteten, deren Zahl sich von 13 bereits auf 25 erhöht hat und daß dort zahlreiche junge Leute durch erstklassige Musiker betreut werden. Es wäre z. B. ein schlechtes Ausnützen des in unserem Volk ruhenden Musiktalentes, wenn wir in dieser Richtung nicht unseren Aufgaben nachkommen würden. Wir dürfen daher ziemlich stolz sagen, daß unser Bundesland in Bezug auf Kultur an der Spitze steht. Ich kann das auch ziffernmäßig aufzeigen, denn der prozentuelle Anteil, der vom ganzen Landesbudget der Kultur gewidmet wird, ist in der Steiermark unter allen Bundesländern der höchste. Dies war nur dadurch möglich, daß der Landtag in allen vergangenen Jahren und auch heuer vollstes Verständnis dafür gezeigt hat.

Außerdem liegt aber in dieser erfreulichen Abrundung oder in dieser Errungenschaft des kulturellen Wiederaufbaues ein Stück Lebensarbeit des be-

amten Vorstandes dieser Abteilung, der ja mit den Mitteln, die ihm durch den Referenten bzw. durch den Landtag zugeteilt waren, dies alles erst verwirklichen mußte. Er überschritt im heurigen Jahr die Altersgrenze und wird also in Pension gehen. Es scheint mir angebracht, dem Dank, den schon der Herr Landeshauptmann ausgesprochen hat an alle diese Herren, die nunmehr ausscheiden, den Wunsch anzuschließen, daß ein Nachfolger gefunden werden möge, der mit ebenso viel Verständnis und ebenso viel Liebe für Kunst und Kultur dieses Werk vervollständigt. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Herr Abg. Dr. Kaan hat an die Spitze seiner einzelnen Betrachtungen die Theater, die Vereinigten Bühnen in Graz gestellt. Er hat über beide Häuser gesprochen und mit vollem Recht die Schönheit des Opernhauses gerühmt. Auch ich hatte Gelegenheit, in Wien bei der Eröffnung des Burgtheaters anwesend zu sein und bei der für Österreich veranstalteten Halberöffnung, nämlich bei der Generalprobe in der Staatsoper. Das Burgtheater — vielleicht gehört das nicht hieher und ich will auch nicht Kritik üben — ist ein wenig nüchtern, besonders der Zuschauerraum. Die Oper ist schöner. Wenn man aber dann in unser Haus zurückkommt, so glaube ich, daß wir sagen können, festlicher ist unser Haus. Vielleicht hängt das mit dem Barockstil zusammen, der für festliche Säle eben besonders geeignet ist. Ich weiß, daß in Deutschland ganz andere Theater gebaut werden, mit außerordentlichen technischen Einrichtungen, die wir in unserem 60 Jahre alten Haus trotz aller Bemühungen nicht haben können; aber der Eindruck des Festlichen wird, glaube ich, in keinem mitteleuropäischen Theater gegenwärtig so wie bei uns erreicht.

Ich glaube, sagen zu können — der Herr Abg. Kaan hat das Äußere des Schauspielhauses, abgesehen vom Bauzustand, hervorgehoben —, wenn dieses Haus wieder hergerichtet sein wird, wird es ein Schmuckstück ersten Ranges sein, genau so wie das Opernhaus. Das Innere des Schauspielhauses ist einzigartig. Es wird in Europa, einschließlich England, höchstens 2 oder 3 andere derartige Häuser geben wie unser Schauspielhaus. Aber was ist damit? Herr Dr. Kaan hat gemeint, es fehle hauptsächlich an Wien. Richtig! Ich wünsche, daß Wien dafür so viel als möglich leistet und ich glaube auch, daß man die moralische Berechtigung dieser Forderung unterstreichen kann, wenn man bedenkt, was alles in Wien mit allgemeinen Steuergeldern für die Bundestheater geleistet wird, was man für das Festspielhaus Salzburg getan hat usw. Es würden also von Wien mit Recht erhebliche Geldmittel verlangt werden können; aber, daß es so gar nicht weitergeht mit diesem Schauspielhaus, das hängt, denke ich, auch ein wenig bei uns. Es hat mir vor ein paar Wochen der Herr Unterrichtsminister gesagt: „Was ist eigentlich mit Eurem Schauspielhaus, mir scheint, Ihr seid davon abgerückt?“ Ich sagte, das sei nicht der Fall, aber wir seien durch eine Reihe anderer Probleme, die wir zu lösen hatten, nicht weiter gekommen. Richtig ist, auch, was der Herr Finanzreferent früher in Bezug auf eine andere Angelegenheit gesagt hat, daß man nämlich so viel zu tun hat, daß man kaum zur Besprechung irgend welcher anderer Probleme kommt,

die nicht so zwischen Tür und Angel ausgedredet werden können. Dadurch ist diese Angelegenheit etwas zurückgeblieben. Ich habe mir nun vorgenommen, diese Frage neuerdings aufzurollen bei Besprechungen mit dem Herrn Landeshauptmann und ich hoffe, daß man im neuen Jahr, wenn die jetzige ständige Belastung vorbei ist, das wieder aufgreifen kann. Es wäre ein schwerer Vorwurf, der uns von Wien treffen könnte, wenn wir die Aussichten, die man damals bei der Vorsprache in Wien unter der Führung des Herrn Landeshauptmannes beim Finanzminister und Unterrichtsminister im Beisein des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers gewinnen konnte und wo man uns sagte, daß es nicht so übel aussieht, nicht nutzen und diesen uns eröffneten Weg versanden ließen. Ich habe gehört, ob es wahr ist, weiß ich nicht, daß im Voranschlag des Handelsministeriums, wo die großen Baulichkeiten hingehören, eine Summe eingesetzt war für diesen Zweck, dann aber wieder gestrichen worden ist, (1. Landeshauptmann-Stellvertreter Horvatek: „Das stimmt, das hat mir Herr Minister Dr. Illig persönlich bestätigt.“) weil ein grundlegender Beschluß von uns gefehlt hat. Ich glaube, daß man diese Frage wieder wird aufgreifen müssen.

Abg. Kaan hat auf die wichtige Aufgabe, den Abschluß des Vertrages, eines fünfjährigen Vertrages, zwischen Land und Stadt über die Weiterführung der Bühnen hingewiesen. Er hat mit Recht gesagt, daß wir seit 1. 9. 1955, genau genommen zwei Jahre schon, nach dem alten Verträge weiter arbeiten. Beiderseits werden diese Dinge anerkannt. Es ist, wie zwischen Hero und Leander: man kann nicht zusammen kommen, wobei ein Meer von ausgefüllter Zeit dazwischen liegt.

Nicht richtig ist, daß von mancher Seite manche Schwierigkeiten, die den Schauspieldirektor betreffen, auf diesen Vertragsmangel geschoben werden. Der Vertrag erlaubt dem Schauspieldirektor, mit den hier vorhandenen Künstlern Verträge abzuschließen. Gestern oder heute war in der „Tagespost“ zu lesen, daß etwa das Weggehen einer sehr bekannten jungen Salondame darauf zurückzuführen sei, daß dieser Vertrag zwischen Land und Stadt noch nicht abgeschlossen sei. Das ist ein Abschieben der Verantwortlichkeit auf Leute, die diese Verantwortung nicht zu tragen haben, von dem, der diese Verantwortung zu tragen hätte. Ich glaube auch, daß es wichtig und notwendig ist, daß dieser Vertrag bald abgeschlossen wird, damit einmal der künstlerische Leiter bestellt werden kann. Davon hängen die weiteren Engagements ab. Ich stimme dem Abgeordneten Dr. Kaan zu, daß wir nicht nur ein schönes Haus haben, die sich künstlerisch mit den Theatervorstellungen viel größerer deutscher Städte messen können, nicht mit den Bundestheatern in Wien, obwohl dies bei einzelnen Aufführungen auch der Fall ist. (Abg. Dr. Kaan: „Fidelio!“) Wir können mit dem künstlerischen Niveau, das unser Theater erreicht hat, durchaus zufrieden sein und müssen trachten, daß es nicht schlechter wird; beim Theater ist der Aufbau langsam, der Verfall geht jedoch sehr schnell vor sich.

Abg. Dr. Kaan hat die wichtigsten Punkte der Gruppe 3 berührt und mit vollem Recht zwei große

Leistungen, das Museum „Joanneum“ und „Eggenberg“ hervorgehoben. Ich brauche das meinerseits nicht zu wiederholen und stimme vollkommen zu. Vielleicht darf ich etwas anderes sagen. Er hat mit stolzer Befriedigung erwähnt, daß der Steiermärkische Landtag in all diesen Jahren und auch für das Jahr 1956 erhebliche Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, und zwar relativ mehr, als alle anderen österreichischen Bundesländer. Wir dürfen damit zufrieden sein und ich glaube, daß das notwendig ist, obwohl wir wissen, daß fast jeder Einzelne in diesem Hohen Hause andere Verwendungsmöglichkeiten wüßte für diese Millionen, der eine für die Landwirtschaft, der andere für den Ausbau von Straßen, der dritte für die Errichtung neuer Schulen und neuer Krankenhäuser, je nachdem, welche Interessen er hauptsächlich zu vertreten hat. Jeder von uns könnte mehrere Zwecke aufweisen, für die man diese Gelder, die wir für Kulturaufgaben verwenden, ausgeben könnte. Trotzdem glaube ich, daß wir wieder einmal stark unterstreichen müssen, daß es ein völliger Irrtum ist zu glauben, daß die sogenannte Kultur etwas Unproduktives ist, und zwar nicht einmal im rein materiellen Sinne. Wir müssen nur bedenken, daß Österreich zu einem erheblichen Teil den Import mit den Ergebnissen des Fremdenverkehrs ausgleichen muß; und das sind ja Milliarden. Die Menschen kommen nicht nur wegen der schönen Natur zu uns, sondern ebenso sehr wegen der kulturellen Werte, die in ganz Österreich weit und breit zu finden sind, miteinander aber in engem Zusammenhang stehen, so daß der Verfall auf einer Seite unweigerlich auch auf der anderen Seite eine ähnliche Entwicklung auslösen muß. Auch der, der rein materiell zu rechnen gewöhnt ist, wird zugeben müssen, daß sich die Pflege der Kultur, etwas grob gesprochen, rentiert; oft nicht direkt im ersten Augenblick, aber auf weite Sicht. Der Aufbau geht langsam vor sich, dauert vielleicht Jahrhunderte, und keine Generation kann bloß ausruhen auf dem, was die Vergangenheit geschaffen hat; sie muß ihrerseits weiterbauen; und was sie weiterbaut, muß sie den nachfolgenden Generationen hinterlassen. Das ermächtigt uns mit gutem Gewissen, diese Millionen zu bewilligen, die für die Pflege der Kultur ausgeworfen sind. Wir wissen, daß es nicht nur jetzt nicht möglich ist, wirkliche Kulturwerte ohne Hilfe zu schaffen, ohne öffentliche Hilfe müssen wir sagen, denn es war nie anders. Früher waren die Mäzene reiche Kaufleute wie Maecenas im alten Rom, Fürsten, Orden; in Wirklichkeit war es doch immer das Geld der Allgemeinheit, das durch jene Kanäle auf diese Felder geleitet wurde und sie befruchtete hat.

Ich will noch auf ein bestimmtes Gebiet hinweisen, auf die Volksbildung. Ich meine nicht die, die durch die Schule geleistet wird. Das ist ein Kapitel, das wir kennen und heute schon viel besprochen worden ist. Ich denke an die sogenannte Erwachsenenbildung, ein schwieriges, nicht ganz befriedigend gelöstes Problem. Gerade wenn es uns gelingt, in unserem Volke das Lebensniveau zu heben — und zweifellos geschieht das, denn es wäre ein absichtliches Verkennen der Wirklichkeit, wenn man sagen wollte, daß es unserem Volke nicht besser ginge von Jahr zu Jahr; gewiß haben noch nicht alle

Gruppen der Bevölkerung daran Anteil, doch der Prozentsatz der Menschen, denen eine bessere Lebensgestaltung materiell ermöglicht wird, wird von Jahr zu Jahr größer — gerade wenn dies gelingt, tritt auch eine Beschränkung der Arbeitszeit ein. Als ich noch ein Bub war, war der Zwölfstundentag selbstverständlich; jetzt haben wir den Achtstundentag und in manchen Teilen der Welt die Vierzigstundenwoche. Die Entwicklung der Technik erzwingt notwendigerweise eine Herabsetzung der Arbeitszeit; wir stehen am Beginn des Atomzeitalters, und wer in der Geschichte, nicht in der Schulbuchgeschichte um vier- bis sechstausend Jahre, sondern mit der modernen archäologischen Forschung auf Jahrzehntausende zurückgeht, weiß, daß immer dann, wenn irgend wo durch eine technische materielle Neuerung eine neue Epoche eingeleitet wurde, auch der Mensch sich geändert, sein Denken und Fühlen sich geändert hat. Etwa der Einbruch des Bronzezeitalters in das Wirken der Menschen hat gegenüber der Steinzeit nicht nur die Sensation neuer Waffen und Geräte gebracht, es hat auch die Menschen anders gemacht; die Welt ist aufgebrochen, die Menschen sind hinausgefahren und haben sich die Welt erobert; viel früher, als wir es glauben, nicht erst im 15. und 16. Jahrhundert, sondern schon tausende Jahre vorher. Wir stehen offenbar gerade auch vor einer solchen neuen gewaltigen Änderung in der Entwicklung der Menschheit auf dieser Erde. Wie das enden wird, kann uns niemand sagen, aber es wird sicher dazu führen, daß zum Beispiel die Arbeitszeit eine wesentliche Verminderung erfahren wird.

Und nun frage ich mich, was werden die Menschen mit dieser Freizeit machen? Wie werden sie ihr Geld, das sie für das Leben nicht brauchen, ausgeben? Sind wir zufrieden mit dem, was wir hier als Ansätze sehen? Ich glaube, daß man mit Ernst diese Entwicklung betrachten muß. Wir wissen, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit eine der großen sozialen Errungenschaften der Menschheit ist. Niemand kann uns daran hindern, das zu machen, und niemand kann sagen, daß das falsch wäre, oder verlangen, daß die Menschen länger arbeiten. Aber wie füllt nun ein großer Teil der Menschen diese Freizeit aus? Das Beste ist noch der Sport, weil wirklich Spiel und Sport zur körperlichen Ertüchtigung führen und daher einen positiven Wert darstellen. Aber der heutige Zuschauersport, der hat diese positiven Werte schon nicht mehr. Dazu kommt nun der steigende Alkoholverbrauch, der zwar dem Herrn Finanzminister neuerliche Steuern einbringt, vielleicht sogar auch den Gemeinden, je nach dem, um was für eine Abgabe es sich handelt. Er ist aber trotzdem schädlich, weil er die Menschen krank macht, weil es viele gibt, die dadurch in Irrenhäuser kommen, weil er die Menschen abhält von wirklicher Kultur und wirklichem Aufstieg, weil sie sich begnügen mit seichtester Unterhaltung, die vollkommen wertlos ist, statt zu wirklich guter Musik oder zum guten Buch zu greifen und zur Besinnung zu kommen; ja sogar der Genuß der Schönheit der Natur wird diesen Menschen verwehrt.

Das sind alles wirklich ernste Probleme, und wie man dem begegnen kann, darüber ist man sich noch nicht 100prozentig einig. Jedenfalls das, was hier im

Voranschlag für die verschiedenen Sparten der Kulturarbeit geleistet wird, ist etwas enorm Wichtiges, wichtiger jedenfalls, als es durch diese paar Millionen in Ziffern ausgedrückt werden kann. Das muß uns klar sein. Eines müssen wir wissen: die breiten Schichten des Volkes müssen erfaßt werden von dem Streben nach wirklicher Kultur. Der Herr Abgeordnete Stöffler hat in seiner Budgetrede in der Generaldebatte das Wort geprägt: „Kulturgüter erst machen das Land zum Vaterland“. Ich kann ihm da nur beipflichten. Aber ich möchte noch weiter gehen, und sagen: Erst durch den Genuß der Kulturgüter einer Nation kann ein Mensch zum wirklichen Mitglied der Nation werden, sonst ist er es gar nicht. Das sind entscheidende Tatsachen, die wir da vor uns haben. Kulturarbeit ist Arbeit am Menschen, am Fortschritt der Menschheit; dafür werden diese Millionen, die wir haben, nicht zu viel sein und wir können sie wirklich mit gutem Gewissen ausgeben. (Allgemein anhaltender, sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Hofmann-Wellenhof: Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Aus der gestrigen Debatte brachte ich vor allem eine Erkenntnis mit, die mich so beschäftigte, daß ich mir erlaube, heute zu Ihnen über diese Erkenntnis zu sprechen, obwohl sie scheinbar nicht sehr innig mit dieser Gruppe zusammenhängt. Sie werden sich erinnern, daß der Herr Abg. Stöffler uns erzählt hat, daß seine Bekannten, die er so durchschnittlich trifft, durchwegs erklären, daß es ihnen gut gehe. Und es hat der Herr Abg. Pölzl später erklärt, seinen Bekannten ginge es schlecht und schließlich hat auch ein Debattenredner aus Ihren Reihen, meine Damen und Herren, sich dazu bekannt, daß es seinen Bekannten auch nicht gut gehe, sie seien unzufrieden. Gestatten Sie mir nun, daß ich auch meine Bekannten daraufhin untersuche. Es gibt deren etliche, die ich gar nicht fragen kann. Denn sie fahren an mir vorbei in einem schönen Auto, bleiben höchstens kurz stehen, kurbeln die Scheibe herunter und bevor ich noch fragen kann, sagen sie schon: „Ihnen geht's gut — Sie können noch zu Fuß gehen.“ (Heiterkeit.) Diese wenigen möchte ich ausschließen. Die Mehrheit meiner Bekannten setzt sich aus meinem Berufskreis zusammen, den zum größten Teil freischaffende Künstler ausmachen. Ich will offen reden, einigen dieser frei schaffenden Künstler geht es gut. Einigen geht es sehr bescheiden und etlichen geht es miserabel. Wenn ich sie frage nach ihrem materiellen Lebensstandard, um das heute so beliebte Wort zu gebrauchen, dann werden Sie freilich sagen: „Danke, nicht gut!“ Aber glauben Sie mir, es geht ihnen doch gut. Und wenn man sich etwas länger mit ihnen unterhält, muß man ihnen zustimmen, wenn sie sagen, es gehe ihnen jedenfalls viel besser als vor 15 oder 20 Jahren. Denn sehen Sie, meine Damen und Herren, das wissen diese Menschen alle, der Mensch lebt nicht vom Sport allein, und wenn ich Schiller hier zwar nicht zitieren aber vielleicht parodieren darf „der Kühlschrank ist der Güter höchstes nicht“, das wissen diese Menschen. Sie wollen für ihre Menschenwürde und künstlerische Freiheit ganz gerne einen Verzicht auf äußerlichen Komfort in Kauf nehmen. Sie schätzen es hoch, daß sie hier bei uns die Mög-

lichkeit vorfinden, ihre künstlerische Meinung vollkommen frei zu äußern. Und das ist ein außerordentliches Glück für einen frei schaffenden Künstler.

Wir sollen dankbar sein, denn es war nicht immer so, daß uns Künstlern diese Möglichkeit gegeben war. Bei meiner Beschäftigung im Grazer Radio bin ich verpflichtet, den Funkbriefkasten zu betreuen. Und im Vergleich zu dem Ton mancher dieser Briefe ist unsere gestrige Debatte eine galante Plauderei. (Schallende Heiterkeit.) Aus einem Brief möchte ich hier vorlesen. Er stammt aus einem Lande, bitte, ich will nicht seinen Namen nennen, denn wir sind ja jetzt neutral, also aus einem Nachfolgeland der früheren Österreichisch-ungarischen Monarchie. Ich möchte betonen, daß sie diese Briefkastenthemen nicht auf Lebensstandardfragen beziehen, sondern auf das Programm und etwa auf das Thema „Mehr Jazz oder mehr Bauernmusik?“ Diese Frau schrieb: „Lieber Briefkastenonkel! Eine kleine Bemerkung über den Brief vom 15. 11. Wenn man zuhört die Wünsche und Kritiken, die oft die Zuhörer in Österreich haben, so kann man nichts anderes annehmen, als daß die Österreicher wieder ausgelassen sind, oder aus lauter Gutgehen nicht wissen, was sie wollen. Wir, die wir nur Zaungäste sind . . . wir haben nur den Wunsch, wie Vogel im Käfig.“ Das müssen wir allen unseren Bekannten sagen, Vogel in freier Luft ist besser als Vogel im Käfig.

Wir haben gestern hier von der alten Bundeshymne gesprochen — weniger in musischer Beziehung (hier ist ihre Bedeutung unbestritten), als in historischer Hinsicht. Es hat übrigens nicht nur diese alte Hymne gegeben, sondern dann noch eine neue oder eine mittlere — wie Sie wollen — noch eine hat es gegeben oder sogar zwei — von Kienzl, die eine — glaube ich. Der ganze Verlauf der Debatte hat jedenfalls bewiesen, daß die Frage der Bundeshymne nicht brennend aktuell ist; ebenso wie die historische Volkshymne „Gott erhalte“ nicht mehr aktuell ist, ist freilich jetzt auch nicht mehr das alte Kampflied „Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die jetzt man noch zum Hunger zwingt“ aktuell. Es gibt keine Verdammten mehr und niemand wird durch die Gesellschaftsordnung zum Hunger gezwungen. Es gibt Leute, denen es nicht gut geht, aber einen ganzen Stand, der zum Hungern verdammt ist, gibt es nicht mehr. Die Arbeiterklasse hat als Klasse zu bestehen aufgehört, das Gesamtniveau verschiebt sich, die Klassen fließen ineinander, es ist kein Unterschied, materiell gesehen, zwischen Facharbeiter und kleinem Akademiker und schon gar nicht einem kleinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern.

Im großen österreichischen Raum können wir an eine Gestalt wie die Engelbert Pernerstorfers zurückdenken oder aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg an die rührende Gestalt des Dr. Michael Schacherl, an den ich mich außerordentlich lebhaft erinnere, der versucht hat, die jungen Arbeiter zu gewinnen nicht, indem er ihnen äußere glänzende Lebensgenüsse versprach, sondern im Gegenteil dadurch zu gewinnen suchte, indem er sie zu einem einfachen rechtschaffenen Leben führen wollte, das nicht mehr gab, als es hatte. Es ist in diesem Zu-

sammenhang darauf hinzuweisen, daß er die Gefahren und Schäden des Alkohols früh erkannt und rührend und in lebensfremder Art in dieser Richtung gearbeitet hat. Das muß gesagt werden, das ist historisch geworden.

Die Sozialistische Partei ist nur von der ursprünglichen sozialdemokratischen Partei insofern abgewichen, als die alte Partei eine ausgesprochene Klassenpartei war, während Sie in die Allgemeinheit vorzudringen bestrebt sind. (Abg. Hofmann: „Wirklich?“) Ich weiß nicht, was der Zwischenruf bedeuten soll. Vielleicht ist das ganz interessant, wenn man sich das irgendwie zu erklären sucht, gestern war es sehr bemerkenswert, daß man erklärt hat, die Anhänger der einen seien zufrieden und die der anderen unzufrieden. Das regt irgendwie zum Nachdenken an. Das ist kein Zufall, es liegt auch nicht im luftleeren Raum. Wenn Sie Klassenpartei sein wollen, will ich das nicht bestreiten. Ich sage das Gegenteil nur so, wie ich es aus meiner Sicht sehe. Es waren die Akademiker früher sehr vereinzelt bei Ihnen vertreten und diese Akademiker haben fast ausnahmslos die idealsten Motive zur Bewegung geführt, weil sie das Gefühl hatten, als Intellektuelle die Pflicht zu haben, den führerlosen Massen beizustehen. Viele dieser Persönlichkeiten in Graz stehen schon im patriarchalischen Alter. Aus diesen vereinzelt Akademikern sind nun sehr viele geworden, ist ein recht großer Zuzug geworden und ich möchte wünschen, daß sie den gleichen Idealismus wie ihre betagten Vorbilder bewahren mögen. Es gibt ein schönes Gedicht, „Die jodelnden Schildwachen“ vom Schweizer Nobelpreisträger Carl Spitteler, des Inhaltes: die Schildwache wird jodelnd vom Oberst betreten und soll bestraft werden, da kein Reglement das Jodeln zuläßt. Die Schweizer sind etwas fortschrittlichere Demokraten, man versucht nicht, diese Leute einfach stur zu bestrafen. Nach dem Grunde des Jodelns befragt, hat jeder einen Grund. Der eine schaut in das Tal und sieht ein kleines Haus, Frau und Kind dort, der andere denkt an das ganze Schweizer Land, der Dritte schaut in die Sterne und schließlich bekennt dieser Oberst, indem er alle pardoniert — es ist ja eine Ballade und nicht Wirklichkeit —: . . . „Mannschaften, noch der letzte Hund, hat ein Ideal im Hintergrund“. Das war die Mannschaft, die denselben Grund, eben ein Ideal im Hintergrund gehabt hat.

Nun ergibt sich eine merkwürdige Erscheinung. Ich kann mich erinnern, daß zur Zeit der englischen Wahlen ein Leitartikel von der „Neuen Zeit“ über die englische Konjunktur gebracht wurde, der klipp und klar feststellte, daß die Situation der englischen Arbeiterpartei sehr schwierig sei, da sich England in einer großen Woge der Prosperität befinde. Nicht soweit zurück hat bei den letzten Vorarlberger Landtagswahlen das Blatt für ihre Vertrauensleute festgestellt, daß in Vorarlberg die Ausgangsposition schwierig sei, weil es sogut wie keine Arbeitslosen, nur 600 habe, und dadurch die Agitation erschwert sei. Je erfolgreicher Sie sind, desto schwieriger wird Ihre Arbeit. Und Dankbarkeit ist keine politische Realität. In der jüngeren Generation der Arbeiterschaft denkt kein Mensch an irgendwelche Errungenschaften der Väter.

ter, das ist da und wird als selbstverständlich hingenommen. Alle nehmen das als selbstverständlich hin. Vor Jahren haben die Leute noch 12 Stunden gearbeitet, jetzt fällt das keinen Menschen mehr ein. Ich bin Angestellter und habe auch die Interessen von ihnen. Die schwierige Lage, die in diesem Beispiel zugegeben wird, wird kompensiert durch immer höher steigenden Forderungen, es ist das menschlich begreiflich, die Menschen wollen ihren Lebensstandard immer höher hinaufbringen und das ist eine Reihe ohne Ende. Wenn ich mir ein ketzerisches Wort erlauben darf: Hier bei Ihrer Arbeit müssen Sie besonders dankbar sein der freien Wirtschaft, die mit ihrer regen Geschäftsreklame die Wunscherweckung in allergrößtem Ausmaß besorgt und dadurch bewirkt, daß die Leute nicht gleichmäßig zufrieden sind und in dieser Relativität der Wünsche und Forderungen dürfte der Grund zu suchen sein, warum die einen zufrieden sind und die anderen unzufrieden. Man könnte meinen, es sei eine riesige Kluft aufgerissen, aber über diese Kluft führt eine ganz feste Brücke.

Festhalten will ich, daß für das Kulturniveau eines Landes heute entscheidend ist die Bewertung der menschlichen Arbeitskraft. Es kann sein — bitte, ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler — daß die Wirtschaft belastet wird, wenn die Löhne sehr hoch sind, oder wenn der Anteil des Lohnes am Produkt einen bedeutenden Prozentsatz ausmacht. Aber sie werden zugeben, daß ein Maßstab für den durchschnittlichen Kulturstand eines Volkes die Bewertung der menschlichen Arbeitskraft ist. Je höher der Standard, desto teurer ist die menschliche Arbeitskraft. Schauen Sie nach Amerika, oder schauen Sie nach Afrika. Das ist eine Tatsache, vor der wir uns nicht verschließen können. Hier bei uns kann man nicht eine Arbeit mit einer Hand voll Muscheln bezahlen. Jeder Beruf hat seinen Kollektivvertrag. Welche Brücke zwischen Zufriedenen und Unzufriedenen zu bauen ist, darüber hat Herr Bürgermeister Dr. Speck schon gesprochen. Ich wiederhole meine ersten Worte, der Mensch lebt nicht vom Sport allein und der Kühlschrank ist der Güter höchstes nicht. Wir müssen ganz entschlossen versuchen, die Menschen, vor allem die jungen Menschen, wieder zu diesen zeitlosen Gütern hinzuführen. Der jetzige Lebensstandard ist nicht das, was das Leben ausfüllt. Ich weiß schon, die Eichendorff-Gedichte sind kein Ersatz für einen Wintermantel, und Mozart kein Ersatz für ein Badezimmer, aber ich behaupte auch nicht das Umgekehrte. Ein Wintermantel ersetzt einem nicht den Eichendorff und ein Badezimmer nicht einen Mozart. Man kann nicht Kultur nach Bedarf betreiben, man kann nicht Kultur auf Abruf betreiben, man kann nicht sagen, jetzt werden wir uns einmal um die materiellen Güter kümmern und dann werden wir wieder Kulturmenschen sein, wenn es geht. Gerade in der letzten Zeit, in den letzten 10 Jahren hat sich das immer wieder erwiesen: Was man in sich getragen hat, war unverlierbar. In der schwersten Zeit war ein Gedicht das Feststehende, viel feststehender als ein Bunker, der letzten Endes doch zusammengebrochen ist. Wenn Sie sich da ein paar Zeilen von Matthias Claudius mitgenommen haben, so war das etwas Bleibendes und Unverlierbares.

Im Jahre 1945 beim Zusammenbruch hat man das noch mehr gespürt. Ich kann mich noch genau erinnern, im Jahr 1944 war ich hier in meiner Heimatstadt aller Güter entblößt im Lazarett. Alle die halbwegs gehen konnten, hatten Ausgang am Heiligen Abend. Ich ging in die Stadtpfarrkirche und es war an diesem Abend gestattet, sogar einige Kerzen anzuzünden, trotz der sonst herrschenden Verdunkelung. Die Kirche hätte sich auch gar nicht mehr verdunkeln lassen, denn es waren alle Fenster zertrümmert, der Hochaltar mit Brettern verschlagen und ein eisiger Wind zug herein. Die wenigen Kerzen drohten zu verlöschen. Unsere liebe Stadt Graz blutete aus hundert und aber hundert Wunden, kein Kind dieser Stadt hätte sich jemals träumen lassen, daß einmal amerikanische Flugzeuge Bomben abwerfen oder Truppen sich immer näher an diese Stadt heranarbeiten würden. Und in dieser Stunde damals, bei den wenigen Kerzen in der eisigen Kirche, mit den paar alten Leuten und Verwundeten, als das Lied „Stille Nacht, heilige Nacht“ ertönte und bei der Stelle „Christ der Retter ist da“ — da konnten auch die alten Soldaten nicht mehr mitsingen, so ergriffen waren sie. Ich habe dieses Lied nie so erlebt wie damals. Man konnte ja erwarten, daß jeden Augenblick wieder Bomben fallen würden, es war nicht zu vermuten, daß die Alliierten gerade den Heiligen Abend zum friedlichen Abend machen würden, die Bomben fielen zwar nicht, aber trotzdem hat jeder dieses „Christ der Retter ist da“ gefühlt wie niemals mehr in seinem Leben.

Und darum müssen wir entschlossen sein, wieder an die jungen Menschen diese unverlierbaren Werte heranzutragen. Glauben Sie ja nicht, daß man einen Wall von Fernsehapparaten und Automobilen aufrichten kann zwischen materiell und nicht materiell. Denken Sie ja nicht daran, daß eine Jugend wie zum Beispiel die russische, die zurückblickt auf einen der glänzendsten Siege ihrer Geschichte, sieht, wie ihr Vaterland zu einem Weltreich sich entwickelt hat, daß die vielleicht voll Neid auf unsere jungen Leute blickt, nur weil sie Fahrräder haben. Und wenn wir so eine Scheidewand aufrichten wollen zwischen materiell und nicht materiell, dann wird das ein bitteres Erwachen geben. Damit soll aber nichts gegen unsere Jugend gesagt sein. Im Gegenteil, wir müssen uns nur entschließen, von der Jugend wieder etwas zu fordern. Ich sage mir, daß ein 18jähriger bei uns ein Motorrad als einziges Ideal betrachtet, das ist nicht wahr. Man kann auch einen jungen Menschen nicht damit gewinnen und auf unsere Seite bringen, daß man sagt, mit 35 Jahren bekommst du bei uns ein 2. Gebiß und ein Moped und eventuell noch ein drittes Gebiß. Das ist kein Ideal für die Jugend, ich schätze unsere Jugend höher ein, als daß sie mit solch rein äußerlichen Dingen zu ködern wäre. Das ist nicht wahr. Unsere Jugend — entschuldigen Sie mir das Pathos, aber wir haben heute schon so oviel vom Vaterland gesprochen — soll sich wieder begeistern an den Worten: „Sei gesegnet Heimaterde, Gott mit Dir, mein Österreich!“

Nun noch etwas! Vor einer halben Stunde noch wäre es hier eine Heldentat gewesen, vom Proporz

zu reden. Inzwischen hat aber der Herr Landeshauptmann über den Proporz gesprochen. Ich kann also nur in seinem Schatten sprechen. Ich glaube, die Frage des Proporz ist deshalb für uns so schwierig geworden, weil man ihn immer abgeleugnet hat. Wenn wir offiziell darüber gesprochen hätten, hätten wir ihm den Stachel genommen. Es gibt einen schwarzen Proporz, einen roten Proporz und wenn der VdU die Möglichkeit hätte, dann gebe es auch noch ein VdU-Proporz und ich bin nur diskret genug, seine Farbe nicht zu nennen. (Helles Gelächter.) Wirklich zu bekämpfen sind meiner Meinung nach nur die Auswüchse dieser Erscheinung, aber nicht ihre mittelbare Funktion in der Koalition, die durch Jahre hindurch in der Öffentlichkeit als Päckerei beschimpft worden ist. Vertragen sich die Abgeordneten, dann heißt es, sie packeln, vertragen sie sich nicht, dann heißt es, sie sind auch nur zum Streiten da. Spricht man über allgemeines, dann heißt es, der redet zum Fenster hinaus, sonst heißt es, sie reden ja nur hinter verschlossenen Türen. (Rufe der Zustimmung.) Über die Verdienste der Koalition brauche ich nicht zu reden. Es genügt ein Blick nach Frankreich. Wollen wir auch haben, daß das Parlament bei uns die gleich lächerliche Rolle spielt? Ich weiß zwar nicht, ob man in der Neutralität so was aussprechen darf. Aber in Frankreich kann ja kein Mensch mehr sagen, wie viele Regierungen sie in den letzten 20 Jahren gehabt haben.

Ein Gebiet fast ohne Proporz, das muß ich betonen, und damit komme ich wieder zur Gruppe 3 zurück, ist unser Kulturleben in der Steiermark. Die frei schaffenden Künstler können wirklich frei schaffend sein, es gibt eine große Zahl von Förderungsmaßnahmen und Sie wissen alle, diese werden nur nach der künstlerischen Leistung, nicht aber nach dem Proporz verliehen. Es ist das leider nicht mehr so selbstverständlich. Wenn wir nach Wien blicken und die Entwicklung beim Österreichischen Rundfunk ansehen, sehen wir, daß dort sich ein gewisser Proporz langsam hineinschiebt. Ich marschiere ja auch in den Truppen des vielzitierten Königreiches. (Abg. Wurm: „Nur Reklame!“) Nachher stimmt es ja doch! (Heiterkeit bei ÖVP.) Es gibt in der Volksmeinung einen sehr populären Spruch, der heißt: Bei jeder Stelle gibt es einen Roten und einen Schwarzen und einen, der die Arbeit macht. In der Kunst so etwas einführen, wäre höchst gefährlich. Wenn Sie mir eine Grotteske gestatten: Wenn man so beim Theater vorgehe, müßte man jedes Sängerefach dreifach besetzen, wenn ich mich so ausdrücken darf, mit einem Schwarzblatli, einem Rotkehlchen und mit einem, der singen kann. (Helles Gelächter.) Das sind Gefahren, das wird mir der Herr Bürgermeister zugeben. Die zwei anderen, die würden nämlich durchaus nicht nichts arbeiten, die würden alle singen. Wenn es sich irgendwo um Kunst handelt, hat jeder einen Ehrgeiz und das sonstige Trägheitsprinzip wird weitgehend überwunden. Aus diesem Grunde wird man sich sehr hüten, überall in künstlerischen Dingen den Proporz einreißen zu lassen. Sonst hat man Menschen, die die Rolle nicht spielen können und das ist der Tradition unseres Landes nicht würdig. Ich darf nochmals betonen, ich habe einen gewissen Einblick

in diese Agenden, daß hier in Steiermark keinerlei Kunstproporz betrieben wird. Bekämpfen Sie die landläufige Ansicht, daß hier nur der Proporz entscheidet, in der Kunst gibt es nur das Können und sonst nichts. So ist es in der Steiermark und so soll es bleiben.

Es wurde ferner vom Vorredner, Herrn Doktor Kaan, die großen Verdienste betont, die sich der scheidende Leiter dieser Abteilung, Herr Hofrat Dr. Coudenhove erworben hat. Ich möchte meinen herzlichsten Dank formulieren, indem ich sage: Bei den Türen Ihrer Abteilung, verehrter Herr Hofrat, da stand nicht nur Kultur draußen, da war Kultur auch darinnen.

Im nächsten Jahr begehen wir in Österreich den 200. Geburtstag von Mozart. Wie kein anderer war er berufen, das österreichische Wesen zu symbolisieren und gleichzeitig durch sein unsterbliches Werk hinauszugreifen in den ganzen deutschen Raum. Ein berühmter großer Lyriker sagte: Die ganze deutsche Seele stellst Du dar. Die letzte große Mozartfeier wurde im Jahre 1941 begangen, damals wurde des 150. Todestages Mozarts gedacht. Unter wesentlich anderen Umständen wurde damals Mozart gefeiert, im ganzen Reich, man hat Mozart politisiert, gerade bei dieser unsterblichen Gestalt ein besonders frevelhaftes Beginnen. Einer der aufrechtesten deutschen Dichter, der uns im letzten Jahrhundert beschieden war, Josef Weinheber, hat Mozart einen Prolog gewidmet. Es war derselbe Weinheber, der Minister Goebbels auf die Frage: „Was könnten wir tun für die ostmärkischen Künstler?“ geantwortet hat: „In Ruhe lassen, Herr Minister!“ Das Wort bezeugte hohen Mannesmut. So können Sie diese Worte Weinhebers als die Worte eines aufrechten Mannes verstehen. Er hat den Prolog Mozart gewidmet, mit dem ich meine Ausführungen schließen will. Allerdings habe ich zwei Strophen zusammengezogen. Da nächstes Jahr Mozartjahr ist, kann ich mir vorstellen, daß die Worte nicht nur für dieses Jahr, sondern auch weiter hinaus, solange Mozart in Ehrfurcht und Liebe verehrt wird, gelten werden und so lange man den Namen Mozart nennen wird.

„Es ordne sich der Mensch nach Deinen Maßen, auf daß er schön und ewig sei wie Du, und wenn wir notgedrängt die Kunst vergaßen, führ uns, uns Künstlern auch, sie wieder zu: Ein tiefres Dasein, fern von blindem Rasen, ein höheres Leben im Bereich der Ruh. Denn bleiben wird, was nachlebt deinen Tönen: Das sinnvoll Gute in dem zwecklos Schönen.“ (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Präs. Scheer: Es ist nicht leicht anzuknüpfen an die Rede eines Abgeordneten dieses Hauses zu diesem Kapitel, in der er in vieler Hinsicht dieses Kapitel weniger berührt hat und über Kühlschränk, Mozart und den Proporz gesprochen hat. Ich möchte hier langsam zurückleiten zum Kapitel Kulturwesen und dazu sagen, daß diese Aufgaben die schönsten sind, die wir übernommen haben, oder besser gesagt, übernehmen dürfen. Auch in anderen Gruppen werden zur Kulturpflege Beiträge geleistet, wie zum Beispiel in Gruppe 2. Im Unterabschnitt 311 geben wir

für Museen den Betrag von fünf Millionen aus. Manch einer wird sagen, fünf Millionen sind ein hoher Betrag für das Barockmuseum Eggenberg und das Joanneum. Auf der anderen Seite sind nur Einnahmen von 256.000 S zu verzeichnen. Gott sei Dank hat der Rotstift des Zwanges nicht zur Streichung dieser Post geführt, so daß es uns vergönnt ist, das Barockmuseum Eggenberg als richtigen Tempel der Besinnung, der inneren Sammlung in unserer Zeit der Hast, der Schnellebigkeit, des Motors und, wie der Herr Vorredner gesagt hat, in der Zeit des Anbruches des Atomzeitalters, zu erleben, um dort Stunden der Erholung und inneren Erbauung zu verbinden. Es mögen sich nur viele Zeitgenossen finden, die Zeit und Lust haben, diese uns so reich dotierten kulturellen Maßnahmen auch entsprechend zu genießen.

Aus der Vielfalt der in diesem Kapitel verwendeten Mittel seien vor allem genannt die für die Theater verwendeten Mittel. Nicht nur allein die Hauptstadt Graz ist es, die aus repräsentativen und sonstigen Gründen dieses Theater dotiert und es zu einer Stätte der inneren Sammlung, einer Stätte der Freude am Schönen und Guten in des Wortes bester Bedeutung macht, sondern auch sämtliche Fraktionen dieses Hauses und dieses Landtages sind immer wieder gerne bereit, für diesen Zweck entsprechende Dotierungen zu geben. Aber wir müssen uns doch einmal einig werden und überlegen, daß es erforderlich sein wird, nicht nur allein das Land und die Stadt Graz dazu heranzuziehen, die Mittel für die Grazer Bühnen und deren Abgang zu bezahlen. Wir haben auch schon öfter hier, auch vor Jahren schon, davon gesprochen, man solle einmal den Versuch anstellen, ob nicht auch von anderen Stellen Mittel zur Bedeckung dieser Posten zu bekommen wären. Es wird wohl die Budgetlage nicht immer so sein, daß wir diese Mittel aufbringen und daß wir einmal vor der Zwangslage stehen, den Theaterbetrieb einzuschränken oder überhaupt aufgeben zu müssen. Da sei wirklich Gott davor, daß uns das passiert. Aber ich habe seinerzeit schon angeregt, man möge einmal untersuchen, ob man nicht durch geringe prozentmäßige Leistungen von größeren Unternehmen entsprechende Beträge für die Unterstützung des Theaters bekommen könnte. Aber diese Anregung ist wie viele, die von Oppositionsseite gestellt wurden, ohne Widerhall geblieben oder kaum untersucht worden. Daß das Theater erhalten bleiben muß, ist uns allen klar, es ist ja nicht nur das Theater der Stadt Graz allein, sondern ein Anliegen des ganzen Landes, denn es kommen ja von allen Teilen unseres Landes die Bewohner nach Graz, um dieses Theater zu besuchen. Deshalb wäre es wirklich erforderlich, diese Anregung aufzugreifen und einmal das kulturelle Gewissen der Grazer Kaufmannschaft und der steirischen Kaufmannschaft aufzurütteln, damit sie einen Beitrag leistet und das Grazer Theater nicht nur von reinen Steuergeldern aufrecht erhalten werden muß. 11 Millionen Schilling, die die Steuer aufbringen muß, sind ein Betrag, der schon der Überlegung wert ist.

Von meinem Vorredner ist auch das Schauspielhaus erwähnt worden. Von unserer Seite steht fest, daß wir nicht wollen, daß der Mantel des Ver-

gessens über dieses Schauspielhaus gelegt wird. Wir wollen auch versuchen und mithelfen, daß entsprechende Mittel vom Bund oder von anderen Stellen herbeigeschafft werden, damit wir dieses Schauspielhaus aus seinem Dornröschenschlaf herausreißen können und zu der Sprechbühne machen, die wir ja sehr notwendig haben. Wenn man nur an die Kammerspiele denkt, die sich hier nebenan befinden, so muß man sagen, daß die Auführungen zwar erstklassig sind, daß aber der ganze Aufbau und das ganze Äußere dieser Sprechbühne mehr oder weniger an ein Fronttheater erinnert, und man müßte nun 10 Jahre nach dem Krieg diese Bühne doch endlich einmal in eine andere Heimstätte führen, denn dieser Rahmen ist wirklich der Kunst, die geboten wird, nicht würdig, und man kann es daher nicht verantworten, diesen Zustand noch weiter aufrecht zu erhalten.

Diese wenigen Anliegen zu dieser Gruppe habe ich deshalb angeführt, weil wir der Meinung sind, daß es uns notwendig erscheint, unsere ganze Freizeit — denn auch der Herr Bürgermeister Dr. Speck sprach von der Zeit, die uns nach anderen Dingen übrig bleibt — wirklich zur Klärung dieser Frage zu verwenden und uns einmal überhaupt zu überlegen, was wir wollen mit dem Schauspielhaus. Wollen wir es aufbauen, dann muß ein entsprechender Plan nicht nur in Bezug auf die Gestaltung, sondern auch in Bezug auf die Finanzierung gemacht werden und erst dann kann man an die Sache herangehen. Es ist bedauerlich, daß der Herr Bürgermeister hier erklären muß, daß ihn der Unterrichtsminister selbst darauf aufmerksam gemacht hat und gefragt hat: „Was ist denn nun eigentlich mit Eurem Schauspielhaus?“ Vor zwei Jahren ungefähr waren heftige Debatten um dieses Schauspielhaus und auf einmal war es damit aus. Kein Mensch redet mehr darüber. Warum nicht? Weil man noch immer keine Gelegenheit genommen hat, sich einmal schlüssig zu werden, was aus dem Schauspielhaus werden soll. Wird es gebaut, wird es nicht gebaut, wohin wird es gebaut, an gleicher Stelle oder wo anders? Wie soll das bezahlt werden usw. usw. Es muß da etwas geschehen, daß das Schauspielhaus errichtet werden kann und wir das Fronttheater nebenan räumen können. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Pözl: Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Wenn man sich die Rede des Herrn Kollegen Hofmann-Wellenhof anhört, dann kommt man unweigerlich auf den Gedanken, ist der Herr Abg. Hofmann-Wellenhof so ahnungslos und so naiv, wie er tut und wie er redet oder ist er nur so „odraht“? (Heiterkeit.) Das ist der erste Eindruck, der sich einem aufdrängt. Er hat für Österreich, ja, um es gleich in Bausch und Bogen zu machen, für die ganze Welt die klassenlose Gesellschaft entdeckt. Lieber Herr Kollege Hofmann-Wellenhof, ist es Ihnen denn entgangen, daß wir eine ausgesprochene Klassengesellschaft haben und ist es Ihnen entgangen, daß auch in unserem Österreich ein wesentlicher Teil des österreichischen Volkes auch heute noch, nachdem der 8-Stunden-Tag eingeführt wurde, heute noch, nachdem es Kollektivverträge und Gewerkschaften gibt, ungeschlossenen ist davon, die Güter der Zivi-

lisation und die Errungenschaften der Kultur für sich in Anspruch zu nehmen? Aber so weltfremd scheinen Sie mir doch nicht zu sein. Wenn Sie darauf hinweisen, daß die Begehrlichkeit der Massen, wie sie nach den beiden Weltkriegen eben die Reaktion dargestellt hat, droht, Formen anzunehmen, die für den Bestand der menschlichen Gesellschaft und Kultur geradezu katastrophale Wirkungen haben können, dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß es gerade der Kampf der unterdrückten Klassen um ihr materielles Lebensrecht war, der dazu geführt hat, daß auch diese Klassen in die Lage kommen, sich die Errungenschaften der Kultur dienstbar zu machen. Sie sagen, Eisschrank — Rollerkultur usw. Schauen Sie, diese Propaganda, die Sie hier treiben, knüpft an die Propaganda, die der Herr Stöffler verbreitet hat und Sie haben sich ja auch auf ihn berufen. Das ist auch sehr verständlich.

Wir sagen: Auch Eisschrank, auch Roller, auch Badezimmer, auch eine kultivierte Wohnung gehört zu einem Leben, zu einem Dasein in Würde und Schönheit. Ich kann mir vorstellen, daß auch ein Autofahrer Kultur besitzt, auch dann, wenn ein solcher Autofahrer ein Arbeiter oder Angestellter ist. Es nehmen auch andere für sich in Anspruch, über Kultur und Auto zu verfügen und ich sehe nicht ein, warum das arbeitende Volk von den Gütern der Zivilisation ausgeschlossen sein soll. Wir kennen die Weise, wir kennen den Ton und den Verfasser und Sie gehören mit zu diesen Leuten. Mir wird jetzt erst recht bewußt, was ich vor einiger Zeit erlebt habe bei einem Bekannten. Im Radio ertönte die Stimme des Herrn Hofmann-Wellenhof; mein Bekannter sagte zu seiner Frau, dreh' das Radio ab, das kann ich nicht aushalten. Ich verstehe das vollkommen. Diese Propaganda gegenüber dem einfachen Mann, sich ja zu bescheiden in seinen bescheidenen Verhältnissen, das ist doch etwas, was einem angesichts des sich überall entfaltenden Luxus vor unseren Augen abstoßen muß bis zum äußersten. Und sehen Sie, Herr Hofmann-Wellenhof, das verstehen Sie nicht, daß es die bekämpfte Arbeiterklasse ist, die heute zur Trägerin der Kultur geworden ist, daß es die kämpfende Arbeiterklasse sein wird, welche in Zukunft die Kultur, die das Bürgertum hervorgebracht hat, weiter tragen wird zur wirklichen Menschheitskultur; das ist der Unterschied zwischen wirklich klassenloser Gesellschaft und dem, was wir heute erleben; und daß es die klassenlose Gesellschaft sein wird, welche die Kultur und die Güter der Kultur allen zugänglich macht, das ist jenes, was wir heute durchaus noch nicht als gegeben betrachten können.

Zur Frage des Grazer Schauspielhauses! Ich bin erstaunt zu hören, daß eine gewisse Möglichkeit bestanden hat, auch vom Bunde Geld zu bekommen, um endlich das Grazer Schauspielhaus instand zu setzen und daß weder das Land noch die Gemeinde alles getan hat, um das Grazer Schauspielhaus als Sprechbühne mit großen Tradition wiedererstehen zu lassen. Wir reden schon jahrelang im Landtag davon, daß Graz auf sein Schauspielhaus nicht verzichten kann; jetzt, glaube ich, ist es endlich an der Zeit, von den Worten zur Tat zu schreiten, nach Wien zu fahren und dort klarzustellen, was der

Bund, das Land, die Gemeinde tun kann, damit endlich das Grazer Schauspielhaus wieder ersteht. Vor kurzem wurde das Burgtheater und die Wiener Oper eröffnet, viele hundert Millionen Schilling sind für diese bedeutenden Kulturstätten Österreichs aufgewendet worden. Ich glaube, daß die zweitgrößte Stadt Österreichs auch den Anspruch erheben darf, daß der Bund für die Wiedererrichtung des Grazer Schauspielhauses Mittel zur Verfügung stellt. Es ist erfreulich, daß der Bund dazu bereit ist. Hängen wir uns an das Versprechen, das uns einmal gegeben wurde und machen wir endlich aus dem Grazer Schauspielhaus das, was es vor vielen Jahren gewesen ist, ein repräsentatives Theater der Landeshauptstadt von Steiermark!

Abg. Rösch: Nach der Debatte über das Theater möchte ich namens unserer Partei Stellung nehmen zu einem Resolutionsantrag des Herrn Abg. Ebner zur Haushaltspost 331: Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Errichtung eines Volksbildungsheimes im Mürztal das Schloß Ober-Lorenzen im Mürztal zu pachten. Wir haben bereits im Finanzausschuß erklärt, daß wir nicht in der Lage sind, diesem Antrag unsere Zustimmung zu geben. Ich möchte nun begründen, warum wir gegen diese Pachtung bzw. gegen die Errichtung eines neuen Volksbildungsheimes in Steiermark sind. Einerseits sind es, wie ich dies schon im Finanzausschuß dargelegt habe, fiskalische Gründe, da wir glauben, daß die vorhandenen Gelder nicht unbedingt notwendig und zwingend für diese Neuerrichtung verwendet werden sollen. Wir wollen nicht bestreiten, daß die Einrichtung der Volksbildungsheime eine äußerst zweckmäßige und begrüßenswerte Tat gewesen ist. Es ist unbestritten, daß diese Idee des Gründers des Volksbildungsheimes St. Martin, Hofrat Steinberger, eine wirkliche tiefe Bedeutung für die Erwachsenenbildung und für die Volksbildung im allgemeinen besessen hat. Ich hatte im Laufe des vergangenen Jahres Gelegenheit, selbst einige Male mit Hofrat Steinberger über seine grundlegenden Ideen zu sprechen und ich muß gestehen, daß ich sowohl vom Konzept als auch von der Auffassung des Herrn Hofrat Steinberger und seiner Persönlichkeit sehr stark beeindruckt war.

Wenn wir dennoch der Auffassung sind, man soll keine weiteren Volksbildungsheime schaffen, so hauptsächlich deshalb, weil unserer Auffassung nach das bestehende Volksbildungsheim St. Martin in erster Linie nicht voll zweckentsprechend ausgenutzt wurde und in zweiter Linie in der Art, wie es derzeit geführt wird, weit davon abweicht von dem, was sein Begründer Hofrat Steinberger mit diesem Volksbildungsheim beabsichtigte. So lange es noch eine Unzahl von Kursen gibt, die mit der bäuerlichen Fortbildung überhaupt nichts zu tun haben, so lange noch Raum für eine Reihe anderer solcher Kurse und Veranstaltungen vorhanden ist, die direkt der bäuerlichen Jugend zugute kommen könnten, so lange glauben wir, daß es nicht notwendig ist, zusätzliche Räume zu schaffen und zu erhalten. Außerdem sind wir der Auffassung, daß es im Volksbildungsheim St. Martin eine Reihe von Organisationsmängeln gibt.

Darf ich auf einige dieser Organisationsmängel hinweisen: Die Volksbildungsstätte St. Martin stellt

heute bereits die Betreuungsstätte einer großen Zahl von bäuerlichen Fortbildungseinrichtungen in Steiermark dar. Es sind rund 180 bäuerliche Fortbildungsschulen vorhanden, die praktisch der Leitung von St. Martin unterstehen; rund 150 hauswirtschaftliche Lehrgänge für bäuerliche und nicht bäuerliche Mädchen werden dort abgehalten. Es gibt eine Bauernmädchenschule in St. Martin, eine Haushaltungsschule für Arbeitermädchen im Bründelgebäude in Form eines Internates. Es sind vier Zweigstellen vorhanden: Schloß Stein, Schloß Burgstall, Schloß Feistritz und im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft Radkersburg. In allen diesen Unterrichtsstätten, Schulen und Einrichtungen werden zusammen mehr als 7000 Schüler und Schülerinnen betreut und versorgt. In einem so großen Betrieb finden aber bereits seit Jahren keine Dienstbesprechungen mehr statt und es wird das gesamte Volksbildungsheim lediglich von zwei Männern geleitet, die ohne nähere Fühlungnahme mit dem übrigen Lehrkörper, ohne Fühlungnahme mit alten erfahrenen Kräften, sehr autoritär dieses Heim führen. Der Unterrichtsausschuß der Volksbildungslehrer ist seit Jahren nicht einberufen worden. Wir haben ja schon seinerzeit vor vielen Jahren auf diese Erscheinungen hingewiesen. Es kam zu einer Vereinbarung, daß auch uns die Möglichkeit gegeben werden soll, an diesen Volksbildungsheimen mitzuwirken, es mit zu beeinflussen und unsere Wünsche dort vorzutragen. Diese Vereinbarung sah auch vor, daß der stellvertretende Landesschulinspektor für das bäuerliche Volksbildungsschulwesen im Volksbildungsheim St. Martin angestellt wird. Diese Vereinbarung besteht zwar, doch der stellvertretende Landesschulinspektor Schaupal ist zwar dort, wird aber sonst seit Jahren peinlichst von jeder Einflußnahme, Mitsprache und Mitarbeit fern gehalten. Während er noch bei Hofrat Steinberger in ehrlicher Zusammenarbeit die Möglichkeit hatte, sich davon zu überzeugen, daß das Werk so geführt wird, wie wir es uns vorstellen, ist das bei der neuen Leitung vergeblich. Die Lehrereinführungskurse werden von einem sehr jungen Herrn geleitet, der nie Lehrer gewesen ist und der nie an einer bäuerlichen Fortbildungsschule gelehrt hat, der aber nun die oberste Leitung der Kurse durchführt. Er selbst hat sich die Besuche aller bäuerlichen Fortbildungsschulen vorbehalten, obwohl neben ihm noch zwei Landesschulinspektoren da sind, ein Landesschulinspektor und ein Stellvertreter, beide erfahrene Männer im bäuerlichen Fortbildungsschulwesen. Aber selbst der Herr Landesschulinspektor Ing. Hauser hat keinen Einfluß auf die Einführungskurse und bei einem vierwöchigen Kurs werden ihm insgesamt zwei Lehrstunden am Ende des Kurses zugestanden. Lauter junge Kräfte, die noch über viel zu wenig Erfahrung verfügen, leiten und führen das ganze Volksbildungsheim. Der ursprüngliche Gedanke war doch der, daß man über das Volksbildungsheim Lehrkräfte heranbildet, die dann in entlegenen Gegenden, dort, wo die bäuerliche Jugend keine Möglichkeit hat, sich weiter zu bilden, Fortbildungsschulen errichten sollen und das bringen, wovon die Vorredner gesprochen haben, Kultur und das, was mehr ist wie Kühlschränke, Melkapparat oder Elektrifizierung. Aber nun wird auch dieser

Geist nicht mehr wach gehalten in St. Martin. Man gewinnt den Eindruck, daß hier nach nicht erkennbaren Gesichtspunkten vorgegangen wird. Wenn sich in entlegenen Gegenden Lehrer melden, werden diese wegen Überfüllung abgelehnt, und in anderen Gegenden, wo schon solche Fortbildungsschulen bestehen, werden noch zusätzliche Lehrkräfte nach St. Martin einberufen. All das zeigt, daß das Ganze nicht mehr in dem Geist weiter geführt wird und in dem Sinn, den uns sein Begründer seinerzeit so deutlich vor Augen geführt hat, als er begann, St. Martin aufzubauen in dem Sinn, den ihm seine Mutter am Sterbebett auftrug, als sie sagte, „Bua schau, daß es unseren Bauern einmal besser geht“. Diese Idee weiterzutragen ist nur möglich, wenn man bereit ist, auch in jede einzelne und einsamste Gegend dieses Kulturgut hinauszutragen. Und das wird von St. Martin derzeit vernachlässigt. Aus diesem Grunde kam es auch bereits zu verschiedenen Differenzen mit den Fachleuten in der Bauernkammer und in der Landesbauernkammer selbst ist es nicht so, daß man sagen kann, das Volksbildungsheim St. Martin stehe unbestritten da. Während es seinerzeit unter seinem Gründer eine von allen Schichten und Klassen anerkannte Einrichtung gewesen ist, wird nun allenthalben eine mehr oder weniger starke Kritik daran laut.

Solange man daher von Seiten der Leitung des bestehenden Volksbildungsheimes St. Martin nicht gewillt ist, unser vereinbartes Mitsprache- und Mitarbeiterrecht sicher zu stellen und solange die Arbeit der Schule auch in fachlicher Hinsicht nicht unbestritten ist, so lange werden wir uns nicht entschließen können, für die Einrichtung eines neuen solchen Heimes unsere Stimme abzugeben. (Beifall bei SPO.)

Landeshauptmannstellvertreter **Dipl.-Ing. Udiere**: Hohes Haus! Ich möchte zu diesem Kapitel, zu dem schon so viel Beachtliches festgestellt wurde, nicht allzuviel sagen. Aber ich muß auf einiges zurückkommen, das im Rahmen der Ausführungen der verschiedenen Redner angeführt wurde und doch nach einer Aufklärung verlangt. Vor allem möchte ich die Frage des Schauspielhauses beleuchten, weil der eine oder andere unvoreingenommene Zuhörer dieses Hauses einen falschen Eindruck gewinnen könnte, zumal nicht so krass ausgesprochen wurde, wer der Sündenbock für das Nichtvorwärtsgen und für die Untätigkeit der Grazer Kreise am Zustandekommen des Schauspielhauses wirklich ist. Der Herr Bürgermeister hat selbst von den Schwierigkeiten gesprochen und zum Schluß einer Meinung Ausdruck gegeben, die nicht ganz zutreffend ist, wonach der Herr Minister festgestellt haben soll, daß ein Betrag für das Schauspielhaus schon zur Verfügung gestanden habe, aber mangels entsprechender Unterlagen seitens des Landes oder der Stadt Graz wieder gestrichen werden mußte. Meine Damen und Herren, dem ist nicht so. Authentisch ist die Nachricht, daß der Herr Landeshauptmann mit dem Finanzminister, mit dem Unterrichtsminister in Verhandlung darüber steht, einen bescheidenen Betrag für kulturelle Bauten sicherzustellen. Da über kulturelle Bauten das Unterrichtsministerium zu verfügen hat und einen

wesentlichen Teil das Handelsministerium verwaltet, muß das von dort aus geschehen. Richtig ist aber, daß detaillierte Unterlagen über das Schauspielhaus noch nicht vorliegen. Warum nicht? Weil es bisher nicht möglich war, die Mittel für eine detaillierte Projektierung, die notwendig ist, aufzubringen. Ich darf festhalten, daß alles, was im Rahmen Schauspielhaus geschehen ist, vom Lande aus geschehen ist. Sowohl die Ausschreibung seinerzeit als auch die Ausstellung. Auch für das heurige Budget ist ursprünglich unser Landesbeitrag für die Endprojektierung im Budget aufgenommen worden, es war dies ein nicht unbeachtlicher Betrag, er mußte aber leider dem Rotstift zum Opfer fallen. Das möchte ich festhalten, damit das Bild über diese Situation richtig ist. Ich bin der Meinung, es wird sich auch in dieser Frage ein Weg finden lassen, sobald all die Schwierigkeiten, von denen der Herr Bürgermeister gesprochen hat, beseitigt sind, und es werden dann sicher Stadt und Land übereinkommen und einen Weg finden, um einen konkreten Vorschlag in Wien als Unterlage zu erstatten.

Auch der Herr Unterrichtsminister, der nach wie vor in Verhandlungen mit dem Finanzministerium steht, um Beträge für kulturelle Bauten sichergestellt zu bekommen, wird bereit sein, an der Neugestaltung des Schauspielhauses mitzuwirken. Ich glaube, daß das, was Präsident Scheer angedeutet hat, daß es nämlich möglich sein müßte, Betriebe zu einer Beitragsleistung für die Erhaltung unserer Theater zu bewegen, ohne Zweifel ein guter Vorschlag sein kann, der aber nicht durchführbar ist. Auf einem anderen Gebiete, das nicht das Theater betrifft, besonders vom Musikverein aus, wurden alle möglichen Bemühungen in dieser Richtung gemacht. Alle Bemühungen sind aber gescheitert, weil für Betriebe solche Aktionen nur einen Wert haben, wenn sie steuerabsetzfähig sind. Es ist aber bisher vom Finanzministerium nicht zu erreichen gewesen, daß Spenden oder Beiträge für kulturelle Leistungen absetzfähig wären. Es wird bei dem guten Vorschlag bleiben und so sein, wie ich es geschildert habe. Die guten Ratschläge, die von Seite des VdU kommen, die werden gleichsam durch die Praxis alle überholt.

Ich möchte noch ein Wort aufgreifen, das der Herr Bürgermeister Dr. Speck über die Wichtigkeit der Volksbildung, der Erwachsenenbildung, gebracht hat. Ich darf mit gutem Recht darauf verweisen, daß gerade die kulturelle Arbeit, die wir vom Lande aus betreiben, in den vergangenen zehn Jahren sich im wesentlichen auf der Ebene der Erwachsenenbildung und der Heranbildung der Jugendlichen zu Erwachsenen bewegte. Es soll das ein freies Bemühen sein, sich zu bilden. Das heftigste Übel aller Erwachsenenbildung ist, da werden mir alle Erzieher Recht geben, daß viele unserer jungen Menschen, aus dem Schulleben herausgestellt, mit 14 oder 15 Jahren, wenn sie noch keine reifen Menschen sind, in eine Arbeitsumgebung hineingestellt werden, die alles eher als erzieherisch an sich wirkt und die ganze Umgebung dient dazu, daß dieser junge Mensch, der unreif ist, sich in einer Atmosphäre bewegt, die ihn später sehr oft nur schwer den Weg zu einer Bildung finden läßt, wenn

er nicht selbst reif genug ist und draufkommt, daß es richtiger wäre, dies oder jenes bildungsmäßig nachzuholen. Aus der Erfahrung der von der Volkshochschule ausgehenden Kurse, die Erfahrung machen alle, sehen wir, wie schwierig es ist, aus diesen Menschen die geistige Lebendigkeit hervorzurufen, die zur Weiterbildung gegeben sein muß, weil eine Pause war in einem Zeitraum des Lebens, die mit Bildung ausgefüllt gehört.

Aus diesem Grunde glaube ich sagen zu können, daß es eine große Leistung des Landes Steiermark war und in der Zukunft sein wird, das Volksbildungsheim für die gewerbliche Jugend in Retzhof geschaffen zu haben und diesem Heim von Jahr zu Jahr ein größeres und besseres initiativeres Leben einzuhauchen. Es gilt, daß die gewerbliche Lehrlingsjugend in Verbindung nicht nur mit der Schule mit Aufgaben des Lebens und den kulturellen Gütern des Lebens in Berührung gebracht wird, um selbst den Weg der Bildung finden zu können. Ich kann sagen, jeder ist davon überzeugt, der einmal dieses Haus besuchte, und ich würde auch jeden Abgeordneten bitten, sich zu überzeugen, was in diesem Heim geschieht. Es kann jeder nach seinem Wissen und Können weiterkommen, er kann sich äußern, miterleben mit Lehrlingen des gleichen Berufes aus verschiedenen Gegenden des Landes, so daß diese Kurse der gewerblichen Jugend von Jahr zu Jahr immer wieder mehr von der gewerblichen Jugend besucht werden. Wir sind von den Gastkursen abgekommen, zu denen auch gehört, daß die Fortbildungsschullehrer und ähnliche verwandte Berufe ihre Kurse dort abhalten können, immer mehr davon abgekommen, weil wir immer mehr Lehrlinge dorthin führen können, obwohl wir auf dem Standpunkt stehen, daß man dazu niemand zwingen kann. Die Bildung ist etwas, was auf freiem Willen basieren muß. Jenen Jugendlichen, die aus freiem Ermessen hinkommen, nehmen Wertvolles aus dieser Tätigkeit heim. Später, wenn sie einmal dort waren, kommen sie immer wieder, nur weil sie wissen, daß alles, was sie dort hören und sehen in diesen wenigen Tagen des Zusammenlebens mit Gleichgesinnten oder Nichtgleichgesinnten von einem Milieu getragen ist, das an sich schon Profit ist.

Zu dieser Jugendbildung in Retzhof darf ich sagen, daß wir gerade in Steiermark bemüht sind — und das hat uns so wie auf verschiedenen Gebieten unserer kulturellen Arbeit schon mehrmals die Anerkennung des Unterrichtsministeriums eingebracht —, bei der Tätigkeit des Jugendreferates besonders bemüht sind, diese vielen Tausende Jugendlichen, die weder durch Jugendorganisationen noch durch Schulen erfaßt sind, zu erfassen für kulturelle, sportliche oder sonstige Tätigkeit. Die Jugendreferatstätigkeit war auch zugeschnitten auf verschiedene Kurse, die dazu angetan waren, die Jugendlichen für eine sportliche Tätigkeit heranzuziehen, Singen, Turnen, Tanzen, Waldlaufen. Das Jugendreferat hat sich auch zur Aufgabe gemacht, gegen Schmutz und Schund aufzutreten und über den Weg des guten Buches auch den Jugendlichen zur Selbstbildung anzuregen. So haben wir über das Jugendreferat den Weg begangen, der nach unserem Ermessen so gegangen werden mußte, weil das, was vom Lande aus geschieht, nicht angetan sein soll, nach

einer Richtschnur, nach Soldatenkommando ausgerichtet zu werden, sondern Möglichkeiten zu bauen und vorzurichten, um möglichst vielen und großen Kreisen die Weiterbildung, die Fortbildung zu geben, die sie im Leben brauchen können. Wir waren bemüht, unsere kulturelle Tätigkeit nicht in Graz zu konzentrieren, hier, wo so viel Kultur vorhanden ist, damit es nicht immer heißt: Für diese Städter wird alles getan, hier werden Millionen ausgegeben. Wir haben uns vielmehr bemüht, die richtige Streuung vorzunehmen und unsere ganze Bildungs- und kulturelle Arbeit in Verbindung mit dem Lande zu tätigen.

Es war selbstverständlich, daß wir bemüht waren, die kulturell tätigen Menschen in unserem Land überhaupt zu sammeln, und das war auch die Ursache, warum wir in Steiermark dazu übergegangen sind, die kulturellen Arbeitskreise sich möglicherweise, wie Sie wissen, der Vielfalt unseres kulturellen Lebens entsprechend entwickeln zu lassen. Leider konnten wir mit einem entsprechenden Gesetz nicht durchkommen, weil es der Verfassung irgendwie widerspricht. Wir haben aber ohne dieses Gesetz auch hier tätig sein können und es wird kaum jemand geben, der feststellen muß, daß da und dort nach freiem Ermessen oder willkürlich vorgegangen wurde, sondern daß der Beitrag so geleistet wurde, daß ein möglichst großer Kreis von der kulturellen Arbeit und der Unterstützung des Landes erfaßt wird. Auch wenn wir das Referat der Heimatmuseen — es sind ihrer 16 im Lande —, die in ihrer Art ganz verschieden sind, mit eingeschlossen haben, so deshalb, weil wir auch hier glauben, daß nicht nur das zentrale große Werk des Joanneums maßgebend dafür sein soll, sondern daß auch das Sammeln gewisser alter Dinge im Lande und in den Ortschaften und in den Gemeinden wichtig ist, und um diesem Sammeln eine Bindung zum Leben zu geben, wurden diese Heimatmuseen geschaffen, die schon sehr viele Besucher auszuweisen hatten. Das ist ein Zeichen, daß diese Beträge auch ihre Früchte tragen. Ich will nicht wiederholen, was schon andere Redner betont haben, aber es wäre angebracht gewesen, nach zehn Jahren des Wiederaufbaues einen generellen Überblick zu geben über alles, was auf kulturellem Gebiet bisher geschaffen wurde. Wenn Sie aber, verehrte Abgeordnete, andächtige Zuhörer in all den Jahren und all den Debatten bisher waren, dann wissen Sie selbst Bescheid über die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete zu überwinden waren und es ist meiner Meinung nach nicht notwendig, noch einmal einen generellen Überblick zu geben.

Es wurde schon von einigen Vorrednern der Dank an die Abteilung VI und den Abteilungsleiter ausgesprochen und es ist selbstverständlich, daß ich mich diesem Dank anschließe. Hofrat Dr. Coudenhove hat vor nicht allzu langer Zeit vor einem versammelten Kreis von Volksbildnern aus der ganzen Steiermark, aus allen Schattierungen und Richtungen gesagt: „Bei der Arbeit, die wir zu leisten haben, muß zur Bildung des Wissens unbedingt die Bildung des Herzens hinzukommen, sonst ist alle Mühe vergebens. Nicht auf Grund von Bücherweisheit allein muß der Volksbildner urteilen, er muß

als Mensch unter Menschen handeln und diese Menschen, glaube ich, erwarten von Ihnen keinen Unterricht, sondern sie erwarten, daß Sie auf die Seele des Menschen lauschen und ihr demütig folgen.“ In diesem Sinne, so wie es hier Hofrat Dr. Coudenhove vor den versammelten Volksbildnern gesagt hat, wurde in diesen zehn Jahren in der Abteilung „Kultur“ gearbeitet, in seinem Sinne haben wir unsere Aufgabe aufzufassen und in diesem Sinne wird auch weiter die Kulturarbeit in der Steiermark fortschreiten. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Strohmayer: Hohes Haus! Ich will Sie nicht lange aufhalten, ich möchte nur eine Feststellung machen. Zum Zwecke der Sprachstudien höre ich oft ausländische Sender. Vor kurzem hörte ich im russischen Sender, wie einer dort gesprochen hat, der genau so sprach wie bei uns der Abg. Hofmann-Wellenhof, so mit Herz und Seele und voll von Gefühlen. Nachdem ich nun die Ausführungen unseres Kollegen Pözl gehört habe, muß ich ihm ehrlich gratulieren, daß er in Österreich ist. Hier spricht er von Materialismus und dort, wo seine Leute an der Regierung sitzen, spricht man von den Idealen.

Als Angehöriger der Opposition möchte ich daher ganz offen feststellen, daß, trotzdem er ein politischer Gegner ist, die Worte des Kameraden Wellenhof mich wirklich sehr berührt haben. Ich verstehe nicht viel von Kultur (Heiterkeit). Mein Sektor ist die Wirtschaft. Und da gibt es immer eine Differenz, wenn die Wirtschaft der Kultur Mittel geben muß. Das müssen Sie ehrlich begreifen.

Wie oft bekomme ich in Gewerbeversammlungen vorgehalten, daß wegen ein paar Tänzerinnen oder Sängern 11 Millionen im Jahr aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden müssen. Es ist da wirklich für mich nicht einfach, das erklärlich zu machen. Man muß das begreifen, denn sie haben solche Beträge nicht nur in Konjunkturzeiten wie jetzt gegeben, sondern auch in Zeiten, wo es bitter hart und bitter böse in der Wirtschaft war. Und wenn mein Kamerad Scheer nun vorschlägt, das über Privatkapital zu subventionieren und Sie stellen das als einen unernten Vorschlag hin, so ist das nicht richtig. Ich mache Sie aufmerksam, in Amerika z. B. wird die größte Kulturstätte, nämlich die Metropolitan-Oper, vollkommen von privater Hand erhalten. Wenn wir solange die Amerikaner hier gehabt haben, leider Gottes muß ich sagen solange, dann hätten wir auf diesem Gebiet etwas von ihren Erfahrungen behalten können. Es ist nun einmal so, es gibt sicherlich Kreise, die gerne von Kultur sprechen, aber für die Kultur nichts hergeben wollen. Man geht immer nur an die arbeitende Schicht heran, es wäre aber klug und weise, wenn man das richtig taxieren würde. Das wäre sicherlich ein Weg. Aber ich glaube, das wird von den offiziellen Organen nicht gerne gesehen, denn dann würden ja nicht sie als Kulturträger aufscheinen. Sie wollen lieber den Weg über ihre Ämter, weil sie dann umso schöner und besser leuchten können. (Beifall bei der WdU.)

LR. Brunner: Hohes Haus! Über die ideellen Werte, über Kulturgüter und Kunst wurde bereits

gesprochen. Ich möchte nur als zuständiger Referent für Museen, für das Barockmuseum Eggenberg, das meiner wissenschaftlichen Pflege untersteht, Grundsätzliches sagen. Und zwar beginnen mit der Behauptung des Herrn Präsidenten Scheer, der sagte, es werden für Museen 5 Millionen Schilling ausgegeben. Es muß festgestellt werden, daß dieser Betrag für Eggenberg und für das Joanneum bestimmt ist und daß von diesem Betrag allein 2,932.000 S für Personalkosten und Gebäudeerhaltung des Museums Joanneum entfallen, sodaß für das Joanneum nur insgesamt 1,015.200 S zur Verfügung bleiben. Aus diesem Betrag muß bestritten werden: Die Sammlung, die Ausstellungen im In- und Ausland, die Restaurierung von Bildern und Gobelins, die Bibliothek, die alte und die neue Galerie, die Volkskundemuseen draußen auf dem Lande usw. Es ist nicht so, daß die Millionen vielleicht für diesen Zweck, den ich jetzt genannt habe, zur Verfügung stehen, sondern mehr als zwei Drittel des Betrages gehen für Personalkosten, Pensionen und Gebäudeerhaltung auf. Bei Eggenberg haben wir 1,118.100 S präliminiert, wovon auf Personalkosten 614.500 S entfallen, so daß 503.600 S verbleiben für Eggenberg als Museum, inbegriffen das Jagdmuseum, Nachschaffungen, Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten aller Art ebenso wie die Parkbetreuung.

Denkmalpflege: Da ist unser Joanneum, daß sich zur Aufgabe gemacht hat, die musealen Werte zu erhalten wie den letzten Hochofen in Vordernberg, das „Radwerk Vier“; im vorigen Jahr wurde der Gedanke aufgegriffen und die eisenschaffende Industrie sowohl als auch die verstaatlichte und Privatindustrie haben sich bereit erklärt, bei der Finanzierung dieser Instandsetzungsarbeiten mitzuhelfen. Das Land hat heuer in seinem Budget 100.000 S für diesen Zweck bereitgestellt; für Kulturdenkmäler aller Art, Kirchenbauten, Ortsbilderhaltung, Kunsttopographie, Sicherung von Bodendenkmälern, für das Geburtshaus, Sterbehäuser und das Grab eines der größten Söhne unseres Landes, Peter Rosegger, für die Aufforstung des Besitzes, wo Rosegger geboren wurde, für die Heimatmuseen sind ebenfalls Förderungsbeträge vorgesehen. Das alles bringt eine Fülle von Arbeit mit sich, die nur mit entsprechenden Fachkräften geleistet werden kann; sie alle bemühen sich, den Geist Erzherzog Johanns wach zu halten und ihre Aufgaben so zu erfüllen, daß uns wertvolle Schätze erhalten bleiben.

Das Archiv, das ebenfalls in diese Gruppe hineinfällt, hat besondere Aufgaben; für diesen Zweck stehen 1,293.900 S zur Verfügung, davon 1,128.500 S für Personalkosten und Pensionen, so daß für das Archiv, ich stelle das mit Bedauern fest, nur 165.400 S verbleiben. Es ist dies sehr wenig, aber wir wissen, daß in baulicher Beziehung ohnedies ein Plan besteht; wenn gewisse Voraussetzungen geschaffen sind und zutreffen, werden Bund und Land die notwendigen Dotierungen für das Archiv gewähren.

Die Wissenschaftspflege beinhaltet auch die Studienbeihilfen für Hochschulüler, und zwar mit einem Betrage von 350.000 S, ferner Studienbeihilfen für ausländische Hochschulüler, wobei Vorbedingung ist,

daß die Studenten, welche eine solche Hilfe ansprechen, einen guten Studienerfolg nachweisen müssen. Es wird nach Punkten gewertet, so daß bei der Verteilung dieser Beihilfen größtmögliche Gerechtigkeit obwaltet. Für wissenschaftliche Institute, Vereine, die historische Landeskommission, für den Volkskundeatlas der österreichischen Bundesländer sind unter diesem Titel ebenfalls Förderungsbeträge vorgesehen.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß für diese Gruppe im kommenden Jahre nicht alles erfüllt werden konnte, was die Abteilungsleiter und Beamten als dringend notwendig angefordert haben. Die finanziellen Verhältnisse schließen eine höhere Förderung aus. Ich bin überzeugt, wenn das Land Steiermark wieder über mehr Mittel verfügen wird, wird es sicherlich wie bisher beispielgebend voranschreiten, und diese Arbeiten soweit nur möglich unterstützen.

Auch ich nehme Anlaß, dem Herrn Abteilungsleiter Hofrat Dr. Coudenhove für alle seine Arbeit, die er für das Land und die wertvolle Hilfe, die er mir während der Betreuung des Ressorts geleistet hat, den herzlichsten Dank auszusprechen. Mein Dank gilt auch der gesamten Beamtschaft des Joanneums, des Museums Eggenberg sowie der Alten und Neuen Galerie. (Beifall bei OVP.)

Abg. Ebner Oswald: Hoher Landtag! Es wurde bereits vom Volksbildungsheim St. Martin gesprochen. Darf ich auch meiner Meinung Ausdruck verleihen, die etwas anders wie die des Herrn Vordredners ist. Das Volksbildungsheim St. Martin wurde vor 40 Jahren von der Steiermärkischen Landesregierung über Anregung des großen bäuerlichen Volksbildners Hofrat Steinberger mit dem Zwecke errichtet, die bäuerliche Jugend zu schulen und zu bilden ihre Lebensmöglichkeiten besser zu gestalten und diesen Berufsstand im schweren Kampf um die Existenz etwas zu sichern. Im Laufe der Zeit hat sich ergeben, daß das Volksbildungsheim St. Martin bei dem großen Interesse, das sich für diese Schulungsstätte zeigte, zu klein ist, so daß in verschiedenen Landesteilen Zweigstellen errichtet wurden. So wurde auf breiter Grundlage die Schulung speziell der bäuerlichen weiblichen Jugend durchgeführt. In den letzten Jahren wurde nun, um das Lehrpersonal besser auszunützen, aber auch der nichtbäuerlichen weiblichen Jugend eine hauswirtschaftliche Schulung angedeihen zu lassen, während des Sommers, wo die Bauern speziell bei dem heutigen Mangel an Arbeitskräften keine Zeit zum Schulbesuche haben, auch die nichtbäuerliche Jugend geschult, um die Hauswirtschaft erfolgreicher und rentabler führen zu können, die Kleintierhaltung zu verbessern und das Volkstum zu pflegen. Ich glaube alles das sind Möglichkeiten, die für die Jugend, ganz gleich ob sie bäuerlich ist oder nicht, von großem Vorteil sein können. Es ist auch so. Wir können wohl mit Fug und Recht behaupten, daß die Auswirkungen dieser Schulung in den Volksbildungsheimen eine segensreiche ist. Wenn der Herr Abg. Rösch anderer Meinung ist, dann weiß ich nicht, woher er die hat. Ich aber habe Erfahrungen darüber, und zwar persönliche Erfahrungen. Ich muß sagen, ich hatte das Glück, vor rund 25 bis

30 Jahren Herrn Hofrat Steinberger kennen zu lernen und anlässlich verschiedener Fachschulkurse konnte ich ihn auch oft hören und von ihm über den Zweck des Volksbildungsheimes so richtig informiert werden. Ich habe von diesen Kursen, obwohl sie damals noch sehr kurz waren und höchstens 1 bis 2 Wochen dauerten, sehr viel an Wissen mit heim genommen, so daß ich dem Herrn Hofrat Steinberger heute noch dankbar bin. Selbstverständlich habe ich mich entschlossen, auch meine Kinder diese Schule genießen zu lassen. Da ich mit vier Dirndl beglückt bin, habe ich sie auch diese Kurse besuchen lassen. Ich kann Ihnen aus dieser praktischen Erfahrung mitteilen, das, was meine Dirndl da gelernt haben, deckt sich 100% mit dem, was der Herr Hofrat Steinberger schon vor 25 bis 30 Jahren dort gelehrt hat. Es ist daher nicht richtig, wenn der Herr Abg. Rösch behauptet, daß der Geist des Hofrates Steinberger heute nicht mehr vorhanden wäre. Denn ich habe die praktische Erfahrung, daß der Geist 100%ig gleich ist.

Es besteht nur ein Unterschied zwischen damals und heute, daß heute auch nichtbäuerliche Jugend dort geschult wird. Ich glaube, daß es kein Malheur ist, wenn eine junge Arbeiterfrau oder eine Angestellte oder eine Frau eines Kleingewerbetreibenden dort einen Kurs absolviert und eine richtige bodenständige, sparsame und zweckmäßige Erziehung genießen kann. Ich verstehe nicht, warum der Herr Abg. Rösch hier vorbringt, daß der Geist des Hofrates Steinberger nicht mehr da ist. Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge. Ich glaube eher, dem Abg. Rösch ist der Geist des Herrn Hofrates Steinberger nicht ganz geheuer, denn der basiert nämlich auf der Grundlage unseres Väterglaubens und das paßt ihnen manchmal nicht. Wie die verschiedenen Beweise zeigen, ist es immerhin das Beste, es werden die Menschen zufriedener und nicht solche Krakeeler, denn das bietet die beste Gewähr für die Zukunft der steirischen Bevölkerung.

Wenn der Herr Abg. Rösch der Meinung ist, daß man eine Zweigstelle im Mürztal nicht errichten soll, so weiß ich nicht, ob das zu verantworten ist. Hoher Landtag, die Errichtung dieser Zweigstelle ist insofern begründet: Es bestehen einschließlich St. Martin fünf solcher Volksbildungsstätten, aber nur eine davon in Obersteiermark, nämlich im Bezirk Murau. Im Mürztal hat in den letzten Jahren eine ähnliche Volksbildungsstätte des Bundesministeriums in Graßnitz bei Marein bestanden, die ist aber verlegt worden nach Oberösterreich und nun ist das ganze Gebiet von Leoben, Bruck, Mürzzuschlag und auch noch der nörliche Teil des Bezirkes Weiz ohne solche Bildungsstätte. Die Leute anderswo unterzubringen ist nicht möglich und auch nicht zweckmäßig, denn die Leute werden ja u. a. auch geschult in Gartenbau, Kleinviehzucht usw. Durch die Verschiedenheit des Klimas in der Steiermark ist es aber nicht zweckmäßig, wenn die Schüler, die aus dem rauhen Klima der Obersteiermark kommen, womöglich in eine Schule kommen, die in einem Gebiet liegt, wo der Wein wächst, denn die klimatischen Unterschiede sind so groß und allein die praktische Erfahrung sagt mir, daß ich in der Obersteiermark nicht das zur Anpflanzung bringen kann, was hier unten möglich ist. Es ist also eine

Bildungsstätte, die nur für die Obersteiermark allein eingerichtet wird, wohl zweckmäßig.

Nun besteht derzeit gerade eine Möglichkeit. Im Rahmen der deutschen Eigentumsbesitzregelung wurde der Besitz des Schlosses Oberlorenzen von einem Bauern bei Niederöblarn gekauft. Das Schloß hat bisher als Rekonvaleszentenheim gedient. Es war früher im Besitz der Deutschen Reichspost. Der Bauer hat das Ganze gekauft, benötigt aber das Schloß nicht für Wohnzwecke, es ist so eingerichtet, daß es für ein solches Volksbildungsheim außerordentlich gut passen würde. Andererseits würde, soviel ich weiß, auch der Pachtzins nicht sehr hoch sein, so daß er für das Land wirklich erschwinglich wäre. Ich muß daher an die Mitglieder des Hohen Landtages den Appell richten, dem Antrag der ÖVP, der dahin geht, daß Schloß Oberlorenzen für Zwecke der Errichtung eines Volksbildungsheimes zu pachten, die Zustimmung zu geben. (Beifall bei ÖVP.)

LR. Prirsch: Hoher Landtag! Die Gruppe 3 gibt allen schöngestigen Menschen in diesem Haus wunderbar Gelegenheit, sich für Kunst und Wissenschaft in allen ihren Arten zu interessieren. Ich darf sagen: Auch wir, die wir in einem Lebenskreis arbeiten und schaffen, der oft weit weg ist von den Städten und Zentralen, in denen diese Kunst in ihrer Schönheit und Erhabenheit gepflegt und gewahrt wird, auch wir, die landwirtschaftlichen Vertreter dieses Hohen Hauses, soweit sie der ÖVP angehören, haben für die Belange, die in der Gruppe 3 vertreten werden, immer volles Verständnis gehabt.

Wenn aber der Herr Bürgermeister Dr. Speck seiner Sorge Ausdruck verliehen hat, daß es ein ernstes Problem in diesem Atomzeitalter sein wird, wie wir die Freizeit unserer österreichischen Menschen gestalten werden, dann muß ich hier in dieser Landstube zum Ausdruck bringen, es gibt noch einen hohen Prozentsatz der Bevölkerung dieses Landes, nämlich unsere Bauern und Bäuerinnen und unsere Bauernkinder, die niemals von dieser Sorge um die richtige Freizeitgestaltung bedrückt werden (Rufe: „Sehr richtig!“ bei ÖVP), sondern die nur eine Sorge kennen, wie sie ihre Arbeit, die sie nicht nur für sich, sondern für alle Menschen, auch für die Menschen in der Stadt leisten, mit den wenigen vorhandenen Kräften bewältigen können. Ich glaube, daß auch das zu diesem Kapitel gehört. (Abg. Doktor Speck: „Da haben Sie mich nicht ganz verstanden!“)

Ich darf in diesem Zusammenhang feststellen, daß gerade eine Arbeiterpartei, und die wollen Sie auch heute noch sein, für diese bäuerliche Arbeit und ihre Förderung ein offenes Herz und ein großes Verständnis haben müßte. Wir sind deshalb etwas enttäuscht, daß mit einer fadenscheinigen Begründung von Ihrer Gruppe die Notwendigkeit eines neuen Volksbildungsheimes bestritten wird. Ja, könnte man sagen, die Finanzen des Landes halten es nicht aus, und Sie, Herr Abg. Rösch, haben erklärt, daß es auch fiskalische Gründe seien, die Sie unter anderem veranlassen, gegen die Errichtung eines neuen Volksbildungsheimes im Mürztal Stellung zu nehmen. Wieviel kostet uns denn die bäuer-

liche Volksbildung? Die Gruppe 3 kostet, wenn wir die Einnahmen abziehen, 23 Millionen; davon betragen die Kosten für die bäuerliche Volksbildung etwas mehr wie eineinhalb Millionen. Herr Abg. Rösch, Sie haben für die bäuerliche Volksbildung sehr wenig übrig und ich glaube nicht, daß Ihre Kollegen diese Auffassung teilen. (Abg. Dr. Pittermann: „Er versteht das ja nicht!“) (Abg. Rösch: „Seien Sie froh, daß Sie es verstehen!“) Wissen Sie, was die Ausbildung eines bäuerlichen Jugendlichen im Wege unseres Volksbildungsheimes St. Martin in einem Jahre kostet? Ganze 240 S! (Zwischenruf: „Das ist unrichtig!“) Dann rechnen Sie nach! Ich möchte nur darauf hinweisen, wieviel heute hier für schöne, vielleicht auch notwendige Zwecke beschlossen wurde und dies in einer Zeit, in der uns noch erheblich andere große Sorgen drücken. Wir haben in diesem Haus für die Theater, für die großen Sportanlagen, immer Verständnis aufgebracht, obwohl die bäuerliche Bevölkerung diese Anlagen nur wenig benützen kann. Ich darf aber auch sagen, daß die Volksbildung auf dem Lande Voraussetzung dafür ist, daß die kommende Generation diesen kulturellen Einrichtungen, die wir heute fördern und mit viel Opfern erhalten, das entsprechende Verständnis entgegenbringt. (Starker Beifall bei OVP.) Sozial ist diese Einstellung, die sie hier gezeigt haben, nicht. —

Aber nun darf ich konkrete Zahlen nennen. Es sind hier falsche Zahlen genannt worden. (Abg. Rösch: „Es stehen keine besseren zur Verfügung!“) Sie sind nicht von Herrn Hofrat Steinberger sondern von einem Unzufriedenen informiert worden, von dem ich Ihnen sagen kann, daß wir auch mit ihm unzufrieden sind. Und wenn wir jene Methoden anwenden, die Sie, Herr Abg. Rösch, so gerne gegen Beamte dieses Landes anwenden (Abg. Rösch: „Sagen Sie doch, wann und wo?“). In den Ausschüssen, wo Sie Beamte in einer Weise behandelt haben, daß ich mich für Sie geschämt habe. (Zwischenruf: „Das brauchen Sie nicht!) Ich wollte diese Dinge, die für Sie heiklich sind, hier nicht zur Sprache bringen. (Zwischenruf: „Sprechen Sie es offen aus!“) Ich kann sagen, daß trotz Mängel, Schwierigkeiten und Unterlassungen, die Sie aufzeigen wollten, trotz mancher Hemmungen, die auch dort versucht werden, unser Volksbildungsheim St. Martin und die anderen Volksbildungsheime allgemein anerkannt werden, wachsen und sich schon bis in die letzten Täler und Dörfer segensreich auswirken. Die Zahl der bäuerlichen Fortbildungsschulen hat sich von 191 auf 207 erhöht, die Zahl der Haushaltsschulen auf 160, wovon 9 neu errichtet wurden. Es ist erfreulich, daß 40% der Hauswirtschaftsschulen schon zweijährig geführt werden. Ebenso erfreulich ist es, und ich möchte in aller Bescheidenheit feststellen, daß unsere Auffassung war, St. Martin auch für die Ausbildung von nichtbäuerlichen Mädchen zur Verfügung zu stellen. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Das ist von Matzner ausgegangen!“) Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, hier irren Sie. Doch sei anerkannt, daß die Zusammenarbeit mit Frau Landesrat Matzner im Kuratorium für die Ausbildung nichtbäuerlicher Mädchen angenehm ist.

Es hat sich auch notwendig gezeigt, das Schulalter bei den Burschen, das bis jetzt 16 Jahre be-

tragen hat, über einstimmigen Beschluß des bäuerlichen Fortbildungsschulrates herunterzusetzen, so daß es möglich ist, schon nach Beendigung der Pflichtschule diese Kurse zu besuchen.

Ich darf dem Hohen Landtag nicht verhehlen, daß für die ganze Gestaltung, vor allem für die Lehr-tätigkeit unseres Volksbildungswerkes durch den Entwurf des Landeslehrerdienstgesetzes und der Landeslehrerdienstverordnung Gefahren drohen. Nach diesen Gesetzentwürfen des Bundes wird es in Hinkunft, falls sie in Kraft treten, nicht mehr möglich sein, daß Pflichtschullehrer an diesen Fortbildungsschulen unterrichten oder gar die Leitung inne haben. Dies wäre umso bedauerlicher, als die Pflichtschullehrerschaft zu den wertvollsten Mitarbeitern von St. Martin seit Gründung gehörte. Es hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig beschlossen, sowohl an die betreffenden Ministerien als auch an sämtliche steirische Abgeordnete heranzutreten, um diese Gefahr für unser Volksbildungswerk abzuwenden. Es sei der Hoffnung Ausdruck verliehen, das es gelingt, diese Gesetze so zu gestalten, daß sie unser Volksbildungswerk St. Martin nicht gefährden.

Mit Dank soll anerkannt werden, daß der Steiermärkische Landtag im Laufe dieses Jahres den Kauf von zwei Pachtobjekten, Burgstall und Feistritz, als Zweigstellen von St. Martin beschlossen hat. Ich stelle fest, daß in den erläuternden Bemerkungen noch „Mietobjekt“ steht.

Ich darf vielleicht abschließend zu den Bemerkungen und zur Rede des Herrn Abg. Rösch sagen, daß ich insofern überrascht war, erstens wegen der Ablehnung der Errichtung eines Volksbildungsheimes im Mürztal und zweitens deswegen, weil er sich beschwert hat, daß in der Führung von St. Martin gewisse Mängel bestehen. Es hat mich insofern gewundert, als wir gerade für St. Martin, was sonst nicht überall der Fall ist bei der Führung solcher Unternehmungen, einen auf Grund des Landesgesetzes von 1927 eigenen Landesfortbildungsschulrat haben, in dem leider nicht der Herr Abg. Rösch, aber sehr prominente Vertreter seiner Couleur vertreten sind. Ich nehme an, wenn die Mängel wirklich so gewaltig gewesen wären, daß sich diese tüchtigen Vertreter seiner Partei schon ihr Recht gewahrt hätten. Es kann deshalb mit diesen Beanstandungen nicht allzu weit her sein.

Abschließend betone ich noch einmal, diese zehn Jahre Wiederaufbau am Volksbildungswerk Sankt Martin sind wie kaum ein anderes Werk des Landes ein Segen für die steirische Landbevölkerung geworden. Sie sind aber auch ein sichtbares Ehrenzeichen für den steirischen Landtag. Ich bin überzeugt, daß dieses Werk weiter leben, blühen und gedeihen muß. Nun noch etwas: Herr Abg. Rösch, Sie haben den Herrn Hofrat Steinberger doch falsch zitiert. Ich kenne den Beweggrund, warum er sich um die bäuerliche Fortbildung so sehr angenommen hat. Hofrat Steinberger betonte bei seinen Reden oft: „Meine Mutter hat mir gesagt, wennst einmal ein Studierter bist, Bua, dann hilf mit, daß mit unseren Bauern nicht soviel Schindluder getrieben wird!“ Ich glaube, er hat damit auch den politischen Schindluder gemeint. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Wer im heurigen Jahr Gelegenheit hatte, die Roseggergedenkstätte zu besuchen, der konnte feststellen, daß das Land Steiermark ganz unbemerkt und in aller Stille eine kulturelle Großtat vollbrachte, in dem es das Geburtshaus Roseggers einer gründlichen und dringenden Renovierung unterzogen hat. Eine Untersuchung vor zwei Jahren zeigte nämlich, daß dieses ehrwürdige Gebäude schon sehr vom Zahn der Zeit angenagt war und es wurde nunmehr im Laufe der letzten zwei Jahre wiederum naturgetreu renoviert und steht nun wieder im alten Glanz da. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß die Roseggergedenkstätten, nämlich sein Geburtshaus in Alpl und sein Sterbehaus in Krieglach, im heurigen Jahr von mehr als 30.000 Besuchern aufgesucht wurden und sich darunter Besucher aus allen Erdteilen befanden. Kaum eine andere Sache wird so das Dichterwort bewahrheiten: „Ein Volk, das seine großen Männer ehrt, ehrt sich selbst“.

Wir haben von mehreren Rednern gehört, wie notwendig es wäre, das alte Schauspielhaus in Graz wieder zu renovieren und es dann in Benützung zu nehmen. Es ist vielleicht nicht uninteressant, wenn ich als bürgerlicher Abgeordneter einige geeignete Worte dazu sage. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, für uns bürgerliche Abgeordnete ist es im Laufe der letzten Jahre nicht immer leicht gewesen, das Verständnis unserer bürgerlichen Wähler dafür zu gewinnen, daß alljährlich so viele Millionen für das Grazer Theater bereitgestellt werden müssen, wenn nur ein Bruchteil dieses Betrages für unser bürgerliches Fortbildungsschulwesen zur Verfügung steht. Wir haben es aber zustande gebracht, unsere bürgerlichen Wähler davon zu überzeugen, daß eine Stadt wie Graz, die die zweitgrößte Stadt Österreichs ist und hiemit eines der beiden Kulturzentren darstellt, ohne Theater seine kulturelle Rolle einbüßen müßte. Seit ungefähr einem Jahr wurden in allen Grazer Stadtbezirken Zettel aufgeklebt, auf denen zu lesen stand, „Rettet das Schauspielhaus!“. Ein Aktionskomitee hat in bewegten Worten versucht, das Gewissen der Grazer und Steirer wachzurufen, damit dieses altherwürdige Gebäude am Freiheitsplatz vor dem Verfall gerettet wird.

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich eine geistige Parallele ziehe zu einer Zeit, die mit ähnlichen Sorgen belastet war. Vor fast 150 Jahren befand sich die Stadt Graz in einer geradezu verzweifelten Lage. Österreich hatte den Feldzug gegen Napoleon verloren und Graz war geplündert worden. Eine französische Besatzungsmacht lag in Graz. Die Bevölkerung litt bittere Not. Der Friedensvertrag, der abgeschlossen werden mußte, bestimmte, daß alle Anlagen auf dem Schloßberg gesprengt werden sollten. Unter diesen Anlagen, die zum Opfer fallen sollten, befand sich auch der Uhrturm, der Glockenturm und die Bastei. Damals fand sich die Grazer Bürgerschaft spontan zusammen und diese 20.000 Grazer, nicht einmal ein Zehntel der heutigen Bevölkerung, veranstalteten eine Sammlung und brachten eine Summe zusammen, die dem heutigen Kaufwert von mindestens 12 Millionen Schilling entspricht, und mit diesem Geld hat man den französischen General bewegen können, daß

der Schloßbergturm, der Glockenturm und die Bastei geschont wurden. Diese Grazer Bevölkerung, die damals bittere Not litt, hat sich für ewige Zeiten ein Denkmal gesetzt im Herzen der Grazer und der Geschichte.

Heute sind wir wieder in einer ähnlichen Situation. Graz ist fast zehnmal so groß geworden und es mutet einem eigenartig an, wenn man heute die ganze Sorge für den Wiederaufbau und für die Renovierung des Stadttheaters einzig und allein der öffentlichen Hand, dem Land Steiermark und dem Grazer Bürgermeister aufbürden will. Ich glaube, daß die wirtschaftliche Lage der Grazer von heute eine unvergleichlich bessere ist als sie es damals war. Gehen Sie einmal in die Herrengasse, schauen Sie sich an die Reihen von parkenden Fahrzeugen, die Luxusgaststätten, die Kaufhäuser und das glänzende Publikum. Wenn ich nun vorschlage, an das kulturelle Gewissen der Grazer zu appellieren, so wird es doch nicht unmöglich sein, daß diese 200.000 Grazer nicht bereit wären, einen entsprechenden Beitrag für diesen Zweck zu spenden. Wenn dies 10 Millionen bringt, dann könnten wir gewählte Abgeordnete des Volkes mit vollem Recht vor unsere Wähler hintreten und sagen: Die Grazer haben ihren Herzen einen Stoß gegeben, sie haben bewiesen, daß ihre Liebe zum Grazer Schauspielhaus nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, jetzt, Steiermärkischer Landtag, Stadtgemeinde Graz, erfülle Deine Pflicht. (Starker Beifall.)

Abg. Rösch: Hoher Landtag! Die persönlichen Angriffe des Herrn Landesrates Pirsch veranlassen mich, auf einige Fragen zurückzukommen. Die Auffassung des Herrn Landesrates, daß unsere Stellungnahme zum Resolutionsantrag bzw. die Ablehnung desselben nicht stichhältig sei, ist seine Auffassung. Im Resolutionsantrag heißt es nicht „Die Landesregierung möge überprüfen“, das ist geändert worden, sondern „Die Landesregierung wird aufgefordert“.

Zum persönlichen Angriff gestatten Sie mir, folgendes festzustellen: Ich habe in diesem Landtage, in den Ausschüssen bis jetzt zwei Zusammenstöße mit Beamten gehabt, das eine Mal, weil ein Beamter, Ihr Abteilungsleiter, die Auffassung der Sozialistischen Fraktion als Unsinn erklärt hat, dagegen habe ich mich verwahrt. Es bleibt jedem Abgeordneten unbenommen, eine solche Beurteilung hinzunehmen oder nicht. Ich war dazu nicht gewillt. Der zweite Zusammenstoß war, daß in einer Vorlage vor dem Landtag falsche, sachlich unrichtige Daten angegeben waren. Trotz meiner Aufforderung, das richtig zu stellen, hat der Beamte das nicht getan. Ich warte heute noch auf eine schriftliche Erledigung, daß das richtiggestellt worden ist.

Über die Zusammenstöße im Wohnbauförderungsbeirat werden wir bei der zuständigen Gruppe noch sprechen. Es war nicht notwendig, daß Sie sich meiner wegen geschämt haben, dieser Mühe brauchen Sie sich in Zukunft nicht mehr zu unterziehen. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Weidinger**: Hoher Landtag! Die Spezialdebatte hat gezeigt, daß noch sehr viele offene Forderungen und Wünsche in diese Gruppe einzuschalten wären, trotzdem 41 Erhöhungsanträge vom Finanzausschuß beschlossen wurden. Es stehen dem Lande nur beschränkte Mittel zur Verfügung und ich glaube, daß das Bestmögliche getan wurde, getragen vom Geiste der Zuversicht, daß diese Mittel den Zweck erfüllen und unserem Volk im Lande zugutekommen. Die wiedererreichte Freiheit soll dazu dienen, unsere kulturellen Werte weiter auszubauen und so auch den Weiterbestand der Zukunft unseres Volkes zu festigen.

Ich beantrage, der Hohe Landtag möge die im Finanzausschuß beschlossenen Ansätze sowie die vorliegenden Erhöhungsanträge zu Gruppe 3 des Landesvoranschlages 1956 genehmigen.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 3 mit dem vom Finanzausschuß beantragten Abänderungen ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 3 ist angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung nunmehr bis Donnerstag 9 Uhr.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 30 Minuten).

(Wiederaufnahme der Sitzung am 22. Dezember 1955 um 9 Uhr 05.)

Präsident: **Hoher Landtag!** Ich nehme die Sitzung wieder auf. Wir setzen die Beratungen über den Landesvoranschlag fort. Wir haben zuletzt die Gruppe 3 angenommen. Wir kommen nun zur Gruppe 4, „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“.

Berichterstatter ist Abg. **Hofmann**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofmann**: Hohes Haus! Die Gruppe 4 beinhaltet Fürsorgewesen und Jugendhilfe. Die überwiegende Mehrzahl der Ansätze betrifft Pflichtaufgaben des Landes, die uns durch die Gesetzgebung auferlegt sind und nur ein Bruchteil der Gesamtausgaben sind Leistungen, die auf freiwilliger Basis beruhen. Wenn Sie sich diese Voranschlagsgruppe 4 durchschauen, so wird Ihnen ein gewaltiger Betrag auffallen, der gegenüber den Voranschlägen der vergangenen Jahre im Ausmaß von 40 Millionen Schilling eingesetzt wurde. Das könnte den Eindruck erwecken, daß wir im Lande Steiermark für Fürsorgewesen und Jugendhilfe auf einmal um 40 Millionen mehr aufwenden. Es wäre ja sehr schön, wenn man das tun könnte, aber diese 40 Millionen Schilling sind eine Auswirkung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, das bereits mit 1. Jänner 1956 wirksam wird. Sie sehen dann auch auf der Einnahmenseite einen Betrag von über 36 Millionen Schilling als Eingang aufscheinen von Fürsorgeverbänden und ähnlichen Institutionen. Dem Lande werden also mit dem ASVG. wohl namhafte Lasten aufgebürdet, die aber natürlich nicht 40 Millionen Schilling ausmachen, da diese Post zum größten Teil als Durchlaufer-Post anzusehen ist.

Neu im Voranschlag ist eine Post von 300.000 S, die Sie im Beilagenheft finden. Sie dient der Berufsausbildung und Existenzgründung Körperbehinderter und Sinnesbehinderter. Es hat sich herausgestellt, daß man auch bei Körper- und Sinnesbehinderten gleich wie bei den Kriegsbeschädigten, die nach dem Invalidengesetz von 1950 eine gewisse Berufsausbildung zur Existenzgründung genießen, sehr gute Erfolge erzielt hat. Deshalb hat sich der Finanzausschuß entschlossen, eine neue Post von 300.000 S heuer einzusetzen, um auch für die Zivil-Körper- und Sinnesbehinderten eine Möglichkeit der Umschulung zur Existenzgründung zu schaffen. Es ist ein großer Unterschied gegen früher, was wir heute und schon seit nunmehr 10 Jahren im Lande auf diesem Gebiete leisten. Wir sind abgegangen von der Wohltätigkeit früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte und sind zum Fürsorgewesen gekommen und alle Parteien des Hauses stehen, glaube ich, auf dem Standpunkt, daß Fürsorge eine Pflicht der Allgemeinheit ist und daß der Empfang der Befürsorgung kein Almosen sondern ein Recht des Staatsbürgers ist. Ich bitte, dieser Gruppe 4 mit ihren Ansätzen sowohl im gedruckten Heft als auch im Beilagenheft Ihre Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Hafner**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seit Jahren hören wir, daß Österreich auf dem besten Wege sei, ein Wohlfahrtsstaat zu werden. Besonders optimistische Politiker behaupten sogar, daß wir diesen bereits erreicht haben. Das Kapitel 4 „Fürsorge und Jugendhilfe“ gibt mir nun Gelegenheit, diese Behauptung auf ihre Stichhaltigkeit hin zu untersuchen. Ich habe nicht die Absicht, die zurzeit bestehenden Sozialeinrichtungen zu bagatellisieren. Das Bestreben, den Menschen nach einem arbeitsreichen Leben einen schönen und sorglosen Lebensabend zu sichern, kann, ebenso wie das Bestreben, eine großzügige Krankenfürsorge, die alle Schichten unseres Volkes umfaßt, einzuführen, nirgends auf Widerstand stoßen. Jede fortschrittliche Partei hat also diese Bestrebungen grundsätzlich in ihr Sozialprogramm aufgenommen.

Bei aller positiven Einstellung zu diesem Problem muß aber doch die Beantwortung einer Frage gefordert werden. Es ist in den letzten Tagen bereits darüber gesprochen worden, über die Frage, wer die Kosten für diese sozialen Einrichtungen in 10, 20, 30 und 50 Jahren tragen wird? Werden in den nächsten Jahrzehnten selbst nur die **A n s ä t z e** der sozialen Einrichtungen, wie sie zurzeit bestehen, aufrechterhalten werden können? Meine Damen und Herren! Ich möchte kein Schwarzmalerei sein, aber die wirtschaftliche Situation ist bei Gott nicht so rosig, wie man sie immer gerne hinstellen möchte, das beweisen schon die schwierigen Verhandlungen in Wien. Die Konjunktur, hervorgerufen durch die weltpolitische Situation, wird in absehbarer Zeit abklingen. Wer sich die Mühe nimmt, mit Wirtschaftsfachleuten zu sprechen, mit Leuten also, die die wirtschaftliche Lage nicht durch eine Parteipropaganda-Brille sehen, sondern klar, nüchtern und wissenschaftlich die Lage betrachten, der wird seiner bisher gehegten Ansicht beraubt werden. Jedenfalls lassen diese Prognosen der Wirtschafts-

fachleute nicht die Hoffnung zu, daß an den Ausbau eines Wohlfahrtsstaates gedacht werden kann. Ich bin selbst in der Privatwirtschaft tätig und weiß, mit welchen Schwierigkeiten heute gerade die Privatwirtschaft zu kämpfen hat. Ich persönlich stehe daher auf dem Standpunkt, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich ausgesprochen pessimistisch zu beurteilen ist. Ich lasse mich aber gerne von Ihnen überzeugen, daß ich Unrecht habe und Sie mit Ihrer optimistischen Betrachtung Recht behalten.

Nun eine andere Frage in diesem Zusammenhang, die auch bereits besprochen worden ist. Das ist die katastrophal niedrige Geburtenzahl, die wir in Österreich haben. Es drängt sich einem damit ganz klar und nüchtern die Frage auf, wer denn einmal für unsere Pensionen und Renten aufkommen wird? Nicht nur allein die Bequemlichkeit vieler junger Eheleute, die eine Italienreise oder ein kleines Auto dem Wunsch nach einem Kind vorziehen, ist Schuld daran, sondern vorwiegend die sozialen Verhältnisse. Wo ist denn schon heute der junge Mann, der vor seine Auserwählte hintreten und sagen kann, ich habe ein gesichertes Einkommen, ich verdiene gut, habe eine Wohnung und bin daher in der Lage eine Familie zu erhalten. Ist es vielmehr nicht so, daß nur dann an die Gründung eines Hausstandes gedacht werden kann, wenn beide Eheleute verdienen? Sie kennen sicher aus der Praxis diese Erscheinung, ich brauche mich da gar nicht an Hand von Beispielen darüber verbreiten. Über alle in diesem Zusammenhang auftretenden Begleiterscheinungen könnte stundenlang gesprochen werden. Auf jeden Fall trägt dieser Zustand nicht dazu bei, die Geburtenfreudigkeit zu heben. Kommt aber trotzdem ein Kind zur Welt, noch ehe die Wohnung eingerichtet und alle Haushaltungsgegenstände, die notwendig sind, um einen Haushalt führen zu können, vorhanden sind, dann wird eine Notlösung getroffen. Die junge Mutter geht weiterhin in Arbeit, die Kinder werden zu den Großeltern oder zu Verwandten gesteckt und was oftmals noch schlimmer ist, sie bleiben bei den Eltern, die sich um ihre Kinder nicht kümmern können, weil sie berufstätig sind. Das ist mit ein Grund, warum wir von einer Jugendverwahrlosung sprechen müssen.

Gestatten Sie, daß ich zwei Fälle aufzeige, die bezeichnend sind und deren Zeuge ich selbst war und bin. Ich kenne ein aufgewecktes Bürschchen von 10 Jahren, das ich unlängst auf der Straße zu einer für das Kind ungewohnten Uhrzeit traf. Auf meine Frage, was er so spät auf der Straße zu tun habe, entwortete er, daß er zu Hause nicht in die Wohnung könne, weil beide Eltern noch in einem Betrieb in Arbeit ständen und ihm allein die Wohnung nicht überlassen wollen. Er war angewiesen, auf der Straße zu warten, bis die Eltern heimkommen. Wenn dieser Fall eine Ausnahme darstellen würde, wäre eine Erwähnung desselben überflüssig. Ich könnte aber in diesem Zusammenhang eine Reihe von gleichartigen Fällen aufzeigen, unter welchen Verhältnissen unsere Kinder oft aufwachsen müssen. Hier beginnt der Ansatzpunkt, der zur Jugendverwahrlosung führt.

Der zweite Fall ist einer, von dem man kaum annehmen möchte, daß so etwas im 20. Jahrhundert

in einem Kulturstaat vorzufinden ist. Ich bin in einem mittleren Industriebetrieb beschäftigt, dort arbeitet ein außerordentlich fleißiger 18jähriger Bursche, der auf Grund seiner Tüchtigkeit und seiner Aufgewecktheit von der Betriebsleitung vorgeschlagen wurde, an einem Lehrgang teilzunehmen. Er wollte jedoch nicht. Und warum wollte er nicht? Weil er weder Lesen noch Schreiben kann, geschweige denn die vier Grundrechnungsarten beherrscht. Wir haben uns zusammengesetzt und ich habe ihn geprüft und ob Sie es glauben oder nicht, es war tatsächlich so! Man stelle sich das vor, ein junger Mensch im 20. Jahrhundert im Kulturstaat Österreich! Das Schicksal dieses jungen Menschen hat mich interessiert, ich habe es mir erzählen lassen, es ist düster und grausam. Als kleines Kind wurde er von seiner Mutter zu fremden Leuten gesteckt, von einem Bauern zum andern geschoben, schließlich kam er zu einem Bauern in Fürsorge, wo er als 10jähriger schwerste Arbeiten verrichten mußte. Zu einem Schulbesuch kam er überhaupt nicht mehr; zumal der Bauer ihn schamlos vom Schulbesuch ferne hielt und rücksichtslos zu Arbeiten ausnützte. Es soll hier nicht die Tätigkeit der Fürsorgeämter einer Kritik unterzogen werden. In diesem einen geschilderten Falle ist aber ein Versagen irgendeiner Stelle zweifellos festzustellen. Ich werde Sie damit nicht weiter aufhalten, sondern werde mich diesbezüglich an das zuständige Referat wenden und werde mir erlauben, bei Frau Landesrat Matzner bezüglich dieses Falles vorzusprechen. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, dem jungen Menschen zu helfen und ihn die notwendige Schulbildung nachholen zu lassen.

Abschließend noch einige Worte zum Abschnitt Zivilblindenfürsorge. Hinsichtlich der Zivilblindenfürsorge hoffen wir, daß in Bälde ein bundeseinheitliches Rahmengesetz zustandekommt, damit endlich diesem labilen Zustand, der zur Zeit herrscht, ein Ende gesetzt wird. Wir begrüßen die Beibehaltung der Post 443,51, wonach für die Kriegsgefangenen- und Heimkehrerfürsorge rund 100.000 S ausgeworfen sind. Unsere Einstellung zu dieser Frage haben wir von dieser Stelle aus wiederholt dargelegt und ich möchte hiezu lediglich bemerken, daß diese Einstellung unverändert bleibt.

Wir unterstützen bei 449 die Post 705, die Schaffung von Wohnungen für besonders kinderreiche Familien. Im Hinblick auf die bevölkerungspolitischen Probleme und eine körperlich gesunde und sittliche Entwicklung unserer Jugend kann diese Frage nicht beiseitegeschoben werden. Ich hoffe, daß da nicht wieder der Proporz Triumphe feiert, sondern nur nach dem Grade der Bedürftigkeit vorgegangen wird. Ich werde übrigens im Kapitel 6 noch einmal darauf zurückkommen.

Meine Fraktion wird dem Kapitel 4 ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Hella Lendl: Hoher Landtag! Wir führen in Steiermark 3 Landesfürsorgeheime mit zusammen 616 Betten. Es ist immer eine große Anzahl von Pflegelingen vorgemerkt. In diese Heime werden nicht nur Alterspflegelinge sondern auch junge Menschen eingewiesen, die ein körperliches oder geisti-

ges Gebrechen aufweisen. Wir haben in den drei Heimen großen Raummangel nicht nur an Schlaf- und Nebenräumen, sondern es macht sich insbesondere das Fehlen von geeigneten Aufenthalts- und Speiseräumen bemerkbar. Es ist aber auch nicht möglich, daß wir eine Trennung der alten Pflinglinge von den jüngeren vornehmen. Diese jungen Menschen haben ein Anrecht auf das Leben und es wäre notwendig, für diese eigene Räume zu schaffen, wo sie sich mit Spielen beschäftigen oder eine ihrer Mentalität entsprechende Unterhaltung finden könnten. Es müssen aber auch die nichtbettlägerigen Pflinglinge ihr Essen in den Schlafräumen einnehmen und bei schlechter Witterung dienen die Schlafräume und Gänge auch als Aufenthaltsraum. Es ist selbstverständlich, daß die Schlafräume dann nicht in dem reinlichen Zustand gehalten werden wie es wünschenswert wäre.

Zu diesem Raummangel überhaupt kommt aber noch, daß wir in Kindberg ein Isolierhaus mit elf Betten haben und in dieses Isolierhaus Pflinglinge mit ansteckenden Krankheiten oder Bazillenträger eingewiesen werden. Es ist nicht möglich, diesen Betrieb vom Hauptbetrieb so zu trennen, daß eine Ansteckungsgefahr für andere Pflinglinge vermieden werden könnte. Ehrnau ist ein alter Herrschaftsbesitz, ist veraltet, nicht zweckentsprechend und hat große Säle, welche als Schlafräume dienen. Viele kleine Fenster machen die Räume schlecht lüftbar, sie sind lichtarm, es fehlt dort auch an geeigneten Wasch- und Baderäumen. Dazu kommt, daß infolge dieses Raummangels es nicht möglich ist, Kleiderkästen in den Schlafräumen oder auf den Gängen aufzustellen. Die Pflinglinge sind gezwungen, ihre Kleider auf dem Dachboden in Aufbewahrung zu geben. Seit 1945 sind die zuständigen Stellen bemüht, eine Verbesserung in diesen Anstalten herbeizuführen. Unter anderem wurde eine Zentralheizungs-Warmwasserleitung gemacht und die sanitären Anlagen so gerichtet, daß sie den einfachsten hygienischen Ansprüchen entsprechen. Wenn wir diese Menschen, die mit verschiedenen Gebrechen behaftet sind, menschenwürdig unterbringen und versorgen wollen, dann ist es notwendig, daß wir einen weiteren Bau in der Steiermark für diese Pflinglinge aufführen. Es ist aber auch notwendig, daß ein Ausbau der schon bestehenden Landesfürsorgeheime vorgenommen wird. Es ist dies aber nur möglich, wenn der Belag in diesen Heimen vermindert wird. Wir freuen uns und begrüßen es sehr, daß im außerordentlichen Haushaltsvoranschlag ein Betrag für den Bau eines neuen Fürsorgeheimes in Radkersburg vorgesehen ist. (Beifall bei SPO.)

Abg. **Wegart**: Hohes Haus! Die Gruppe 4 des Landesvoranschlages gibt mir Gelegenheit, einiges zu sozialpolitischen Fragen unserer Zeit zu sagen. Ich darf, wenn ich im besonderen auf die Gruppe 4 zu sprechen komme, mit einer Feststellung beginnen. Die sozialen Leistungen unseres Voranschlages bestätigen, daß unsere Volkswirtschaft in ihrem Kern gesund und in Ordnung ist. Ich habe mir erlaubt, eine Aufstellung aus dem Landesbudget herauszuschreiben, und konnte dabei die erfreuliche Feststellung machen, daß rund 300.000.000 S an sozialpolitischen Leistungen im Landesvoranschlag für

das Jahr 1956 aufscheinen, das sind rund 38 % des gesamten Voranschlages. (Zwischenruf: „Ja, einschließlich der 40 Millionen!“) Nein, die sozialpolitischen Aufgaben auf alle Gruppen des Voranschlages verteilt, auf Fürsorge, Gesundheitswesen, Wohnungswesen, Personalaufwand, auch auf die Berufsschulen und auf diverse andere sozialpolitische Aufgaben. Ich habe ausgeführt, daß diese Aufgaben und Ausgaben in allen Gruppen des Voranschlages enthalten sind. Ich würde mir erlauben, hiemit einen Vorschlag zu machen. Herr Landeshauptmann Horvatek, vielleicht wäre es möglich, so wie im Bundesvoranschlag, auf Seite 116 die Kapitel einzeln aufzuführen, Kultur, Wohlfahrt, Sozialausgaben und dergleichen. Hier im Landesbudget sind in den einzelnen Gruppen soziale Ausgaben enthalten, die man vielleicht in einer Gruppe, in einem Sammelwerk am Schluß festhalten könnte. Ich erlaube mir, diesen Vorschlag zu machen.

Diese 300 Millionen Schilling des Voranschlages für sozialpolitische Aufgaben haben nicht nur eine sozialpolitische, sondern ebenso auch eine wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Sozialpolitisch haben sie den Zweck, daß den Hilfsbedürftigen, die nicht mehr arbeiten können und auf die Gemeinschaftshilfe angewiesen sind, die Hilfe des Landes gewährt wird, damit sie ein ihrer Menschenwürde entsprechendes Dasein führen können. Ich darf die Feststellung machen, daß die Zeit Gott sei Dank vorüber ist, wo jene, die vom Schicksal hart getroffen wurden, keine soziale Belastung in unserer Gesellschaft darstellten. Ich stelle fest, daß die Ausgaben in der Gruppe 4 doch immerhin die Summe von 23½ Millionen ausmachen, denen 15½ Millionen an Einnahmen gegenüberstehen, so daß die Leistung des Landes noch immer eine Summe von rund 8 Millionen ausmacht. Aber die soziale Fürsorge hat nicht nur den Zweck, jenen, die dauernd in Not geraten sind, zu helfen, sondern sie hat auch den Zweck, denen zu helfen, die nur zeitweise in Not geraten sind, denn auch solche gibt es viele, denen wir vorübergehend unter die Arme greifen können, damit sie wieder ihr Dasein normal gestalten können. Diese Fürsorge hat auch die Aufgabe, für die Jugendlichen und Kinder zu sorgen, daß sie eine Ausbildung erhalten und daß sie eine Stelle im Leben antreten können.

Wenn Abg. Hafner angeführt hat, daß ein Achtzehnjähriger heute nicht lesen und nicht schreiben kann, dann muß ich hiezu doch bemerken, dieser arme Bub ist unter die Räder des zweiten Weltkrieges geraten, wo Schulen oft anderen Zwecken zugeführt worden sind, indem man sie für Lazarette und andere Dinge zur Verfügung stellte. Es kann aber nicht die Entwicklung nach 1945 dafür verantwortlich gemacht werden. Wenn der Bub heute 18 Jahre alt ist, ist er im Jahre 1937 zur Welt gekommen, und seine Entwicklung fällt gerade in den zweiten Weltkrieg hinein.

Eine weitere sozialpolitische Aufgabe stellt das Gesundheitswesen dar, der Mutterschutz und das Hebammenwesen. Wenn auf diesem Sektor etwa rund 192 Millionen an Ausgaben dastehen und 157 Millionen an Einnahmen, dann beträgt die gesetzliche Leistung des Landes immerhin die beachtliche Summe von 35 Millionen Schilling.

Auch zur Linderung der Wohnungsnot, mit der wir uns hier auseinandersetzen haben, wird das Wohnbauförderungsgesetz 1954, bei dem der Bund 30 Millionen zuschießt, wesentlich beitragen. Aber, Hohes Haus, eine Statistik, die ich vor einigen Tagen sah, betätigt, daß im Jahre 1953—1954 in ganz Österreich insgesamt 100.000 neue Wohnungen gebaut wurden, eine Leistung, die überall, auch mit anderen europäischen Ländern, einem Vergleich standhält. Die Österreichische Volkspartei sagt zu dieser sozialpolitischen Verpflichtung ihr bewußtes „Ja“. Diese Verpflichtungen wurden nicht zuletzt unter der Führung des OVP-Landeshauptmannes und der Regierungsmitglieder beantragt und vom Landtag einmütig beschlossen.

Wenn ich noch einiges zur sozialen Frage sagen darf, so erhebt sich die Frage, ob es überhaupt eine soziale Frage gibt. Die Antwort lautet „jawohl“, die gibt es immer und überall. Sie beschränkt sich allerdings nicht auf einen Stand oder auf einen Beruf. Die soziale Frage geht quer durch alle Schichten und alle Stände unseres Volkes. Sie geht genau so durch unsere Bauernschaft, durch unsere Wirtschaft und genau so durch die Gruppe der Arbeiter und der Angestellten. Ich gestehe das und ich bekenne mich dazu. Daher kann die Lösung der sozialen Frage auch nicht Angelegenheit einer einzigen Partei sein, und keine politische Partei kann die Lösung der sozialen Frage für sich allein pachten. Die Lösung dieser Frage ist eine Angelegenheit der gesamten politischen Gemeinschaft unseres Landes und ich möchte mir erlauben, Ihnen hier einiges aus der Statistik zu sagen. Vom Generalredner der SPO haben wir vor einigen Tagen gehört, daß es im Lande bei uns nur Großgrundbesitzer gibt, die nicht arbeiten wollen. Mir steht eine amtliche Unterlage der Landwirtschaftskammer zur Verfügung (Abgeordneter Taurer: „Das ist eine Verdrehung!“). Ich bitte mir zuzuhören, Herr Taurer, vielleicht können Sie etwas profitieren. Es gibt in ganz Steiermark 14.297 landwirtschaftliche Betriebe, in der Größe unter 2 ha, das sind 18 %. Es gibt weiters 20.898 Betriebe von 2 bis 5 ha, das sind 26,4 % aller steirischen landwirtschaftlichen Betriebe. Es gibt ferner 31.809 Betriebe zwischen 5 und 20 ha, das sind 40,2 % der gesamten Betriebe, weiters 10.829 Betriebe in der Größe von 20 bis 100 ha, das sind 13,7 % und es gibt 1374 Betriebe, die über 100 ha groß sind, das sind 1,7 %. Meine Damen und Herren, wenn ich zusammenstelle die Größenordnung von 2 bis 20 ha, so sind das von den 79.000 landwirtschaftlichen Betrieben in der Steiermark 67.000 oder 84,6 %. Also der Klein- und Mittelbesitz ist das vorherrschende Element in unserer Landwirtschaft und nicht, wie das so gerne immer hingestellt wird, die Großbetriebe. Ich würde Sie auch gerne einmal einladen, in der Mittel-, Ost- oder Weststeiermark irgend einen Keuschler mit 4 bis 6 Joch Grundbesitz aufzusuchen und dort einmal den Lebensstandard zu überprüfen, den diese Menschen haben. Dann würde so mancher, der an und für sich nur bei den Wahlen leider Interesse für die Bauern bekundet, eine wesentlich andere Einstellung zu den sozialen Fragen haben, als es hier in diesem Hohen Hause gerade vom Haupt-

redner der SPO zum Ausdruck gebracht wurde. (Abg. Sebastian: „Das ist eine Verleumdung.“) Ich lade Sie ein, hinunterzufahren in die Ost- und in die Weststeiermark und diese Betriebe zu besichtigen, dann würden sie von diesen bäuerlichen Betrieben eine wesentlich andere Auffassung erhalten, als es heute hier üblich ist. Wir hören von einer großen Partei das Ausspielen der Landwirtschaft, daß die nicht arbeitet, das ist eine zu billige Methode. (Gegenrufe bei SPO.) (Abg. Pittermann: „Lesen Sie in der ‚Neuen Zeit‘ nach.“) (I.R. Maria Matzner: „Wenn man ein Demagog ist, muß man ein großer Demagog sein!“)

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß so manches in der Arbeiter- und Angestelltenschaft nicht in Ordnung ist. Ich habe die Einkommensgrenzen der Gebietskrankenkasse hier zur Verfügung in den einzelnen Lohnstufen. (Abg. Wurm: „Herr Wegart, ist das Gruppe 4?“) In der Lohnstufe 3 bis 5, in der Einkommensgrenze von 660 bis 1020 sind 30.583 Versicherte. Ich stelle ausdrücklich fest, daß diese Einkommensgrenzen unter keinen Umständen befriedigend sind und ich würde mir erlauben, hier einmal auch die Anfrage an den Herrn Abg. Wurm zu stellen, wie es mit dem Kollektivvertrag für die zahnärztlichen Assistentinnen und Schreibkräfte in den Rechtsanwaltskanzleien steht. (Abg. Wurm: „Sie sind eben nicht richtig orientiert, darum kommen sie nicht weiter.“) Sehr gut, ein Geständnis! (Abg. Dr. Pittermann: „Das werden wir uns merken.“) Die Gewerkschaft ist für alle da, das kann doch nicht eine Frage der Organisation sein. (Abg. Wurm: „Gestern nachmittag wurde darüber verhandelt und wir können froh sein, daß es vorwärts ging.“) Ich bin Ihnen sehr dankbar, das zu hören. Ich muß aber feststellen, daß die Dinge nicht in Ordnung sind. Wir haben weiter in den Lohnstufen 6 bis 10 in der Größenordnung von 1020 bis 1620 rund 80.000 Versicherte. Auch hier muß eindeutig festgestellt werden, daß noch eine Reihe von Fragen zu ordnen sind.

Wenn wir die soziale Frage näher behandeln, müssen wir uns auch mit den wirtschaftlichen Betrieben unseres Landes auseinandersetzen. Sie sind immer wieder die Zielscheibe bestimmter Demagogen. In Steiermark sind von der Handelskammer in den einzelnen Sektionen von Gewerbebetrieben und Fremdenverkehrsbetrieben 43.499 als Mitglieder angemeldet, davon 28.291 Betriebe, die keine Beschäftigten aufweisen. Ich würde sehr gerne manchen einladen, mit mir eine so kleine Gemischtwarenhändlerin aufzusuchen und sie nach dem monatlichen Einkommen zu befragen. Ich möchte feststellen, daß es nicht Hunderte sondern Tausende sind, die eine Einkommensgrenze von 400—600 S aufweisen, ein Einkommen, das weit unter dem Existenzminimum liegt. Das sind die sozialen Probleme, die es in unserem Lande gibt, die nicht durch eine Partei, sondern nur durch uns alle gelöst werden können. Es ist sehr einfach und billig, diese Dinge auf eine Gruppe abzuschieben, sie hätte das für sich gepachtet und die anderen als Kapitalisten hinzustellen. Meine Herren von der Linken, Sie haben auch ein paar fette Brocken von Kapitalisten in Ihren Reihen. Ich glaube, ich kann mir nähere

Angaben ersparen. (Gegenrufe bei SPO.) (Landeshauptmann Krainer: „Genosse Generaldirektor!“) Wenn Sie die Verfechtung sozialer Interessen haben, ist der Wiener Straßenbahnerstreik eine sehr interessante Angelegenheit. Mir steht zur Verfügung die „Neue Zeit“ vom Donnerstag, den 6. Dezember 1955 „Was ist geschehen?“. Die Wiener Stadtgemeinde hat vor einiger Zeit die Wiener Straßenbahntarife erhöht und nicht untersucht, ob es notwendig war oder nicht, sie hat sie erhöht. Es wäre für die Wiener Stadtgemeinde selbstverständlich, daß auch die Wiener Straßenbahner an dieser Erhöhung profitieren sollten. Die Wiener Straßenbahner haben ihre Wünsche angemeldet. Man hat mit allen Mitteln versucht, ihre Wünsche zu unterdrücken. Es ist ein wilder Streik ausgebrochen. Sie haben alle diese Vertrauensleute der Wiener Straßenbahn zusammengerufen, um ihnen die Leviten zu lesen und es sagt Nationalrat Pölzer wörtlich: „Wir Sozialisten würden lieber einen Streik führen als ihn bekämpfen, aber wir sozialistischen Gewerkschafter streiken nicht gegen die sozialistische Gemeindeverwaltung und fordern unsere Vertrauensmänner auf, nicht zu wanken und nicht zu weichen.“ (Abg. Pittermann: „Sondern mit den niedrigen Löhnen zufrieden zu sein!“) Es ist eines der Rechte der Arbeiterschaft, daß sie streiken kann, wenn es um die Durchsetzung ihrer Lohnwünsche geht. Ist es nicht bemerkenswert, daß Sie selbst Ihren Arbeitern verbieten, um lohnpolitische Wünsche zu streiken, nur weil es sich um die sozialistische Stadtgemeinde Wien handelt. Wir haben das schon einmal erlebt und nicht weit von hier erleben wir es zum zweitenmal bei einem geschlossenen Betrieb. Warum streikt Ihr nicht? Bei uns ist das nicht notwendig, bei uns dürfen wir das nicht! Das ist eine Entwicklung, die wir für sehr bedenklich halten und es ist notwendig, daß auch in diesem Hohen Hause darüber gesprochen wird.

Wenn ich zu diesen sozialpolitischen Fragen noch etwas anderes sagen darf: Untersuchen wir nüchtern, warum sind so viele Menschen trotz des fortgeschrittenen Lebensstandards mit ihrer Lage unzufrieden? Wenn wir heute so manchen fragen und gerade die mit einem besseren Einkommen, warum ist es so, daß gerade die in Donawitz, Kapfenberg oder bei Böhler mit einem ansehnlichen Einkommen nicht zufrieden sind (Abg. Rösch: „Nach Stöffler sind doch alle zufrieden!“), warum bauen so viele ihr kleines Häuschen und entfliehen den Zinshäusern? Nicht zuletzt deshalb, weil sie aus der Vermassung heraus wollen, sie fühlen sich nicht wohl, weil die individuelle Leistung des einzelnen Menschen nicht anerkannt wird. Wir werden uns neu in der Sozialpolitik orientieren müssen, meine Herren, weil es darum geht, der Einzelpersonlichkeit und der Leistung des einzelnen gerecht zu werden und kleine Gemeinschaften zu bilden. Gerade diese sind wirklich krisenfeste Burgen unserer sozialen Ordnung. (Abg. Rösch: „Wie z. B. der AAB!“) Herr Abg. Rösch, immerhin macht der AAB rund 35% des Anteiles an OVP-Stimmen aus. (Abg. Sebastian: „Aber reden dürfen sie nicht soviel!“) Wir sind mit dieser Gemeinschaft außerordentlich zufrieden. Ist es nicht so, daß bei der Alpine, bei den Veitscher Magnesitwerken und anderen klei-

neren Betrieben unseres Landes dieser kleine AAB Ihre Positionen zu erobern beginnt? Es liegt heute noch einer im Spital zwischen Leben und Tod, weil Sie ihn verprügelt haben. Es ist hier ein anderer Ort, es ist nicht meine Absicht, in diesem Hohen Hause einen politischen Ringkampf zu entfachen, aber ich möchte doch eigentlich auf das Jahr 1953 zurückkommen. Damals haben Sie in der Wahlpropaganda mit großen Lettern einen Arbeitslosenschreck an die Wand gemalt.

Meine Damen und Herren, Sie haben auch damals in Ihrer Zeitung eine Reihe von Zuschriften gebracht, und in der Arbeiterzeitung vom 23. November 1952 geschrieben: „Die Kamitz-Politik vergrößert die Arbeitslosigkeit“, oder in der Arbeiterzeitung vom 21. Jänner 1953 geschrieben: „Die Kamitz-Arbeitslosigkeit“ oder „Der Wunderplan des Dr. Kamitz“ und so könnte ich noch eine Weile die einzelnen Schlagher herunterholen. 3 Jahre später schreiben dieselben Zeitungen: „Die Vollbeschäftigung ist erreicht, mehr als 2 Millionen Beschäftigte in unserem Land“. Allerdings, Herr Abg. Rösch, unter dem Herrn Finanzminister Dr. Kamitz und unter Bundeskanzler Raab, unter jenen Männern also, von denen damals behauptet wurde, daß sie die Arbeitslosigkeit bringen werden. (Abg. Sebastian: „Mit der sozialistischen Finanzpolitik!“) Der Arbeitslosenschreck und der berühmte schwarze Rabe mit der Arbeitslosenkarte ist uns noch zu deutlich in Erinnerung, und erweisen sich heute als ein schwerer politischer Bumerang gegen Sie und es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, wenn in der Vertrauensmännerzeitschrift der SPO vom Jänner 1955 anlässlich der Vorarlberger Kämpfe geschrieben wird: „Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, daß Vorarlberg derzeit eine wirtschaftliche Hochkonjunktur von nur 600 Arbeitslosen aufweist. In dieser Lage propagandamäßig etwas Entscheidendes herauszuholen, ist wirklich sehr schwer.“ (Gelächter bei OVP.) Begreifen Sie daher, meine Damen und Herren, daß unsere Politik nur darauf abgestimmt sein kann, die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, weil das die beste Absage an jene ist, deren politischer Weizen nur auf dem Boden der Arbeitslosigkeit gedeihen kann. (Beifall bei OVP.)

Aber auch, meine Damen und Herren, der Rentenklau des Jahres 1953 hat eine sehr traurige Rolle gespielt. Man hat damals behauptet, die böse OVP und der böse Kamitz wollen die Renten kürzen, ja nicht nur das, sie wollen sie sogar stilllegen. Wider besseres Wissen haben damals sozialistische Redner und Zeitungen behauptet, wenn die OVP gewinnen würde, dann würden die Renten gekürzt. (Abg. Sebastian: „Wenn Sie gewonnen hätten, dann ja!“) Derselbe Kamitz nun, den Sie als Rentenklau bezeichnet haben, hat heute die wirtschaftliche Grundlage geschaffen, auf der sich der soziale Bau der zweiten Republik so stolz erheben kann. (Zustimmung bei OVP.) Nehmen Sie zur Kenntnis, die OVP hat bei diesem ASVG ebenso ihren Anteil und bekennt sich zu diesem ASVG, das können Sie deuten wie Sie wollen. (Abg. Rösch: „Nicht der Raab und Kamitz!“) Der Herr Minister Maisel und der Herr Präsident Böhm haben in erfreulicher Weise den großen Anteil der OVP und des Herrn Dr. Ka-

mitz anerkannt an diesem ASVG und haben das auch objektiv ausgesprochen. Aber meine Damen und Herren, ich stelle fest, dieses ASVG konnte nicht erreicht werden, weil irgendwer es gefordert hat, sondern dieses ASVG konnte erreicht werden in erster Linie deshalb, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Grundlagen geschaffen wurden, auf denen es sich erheben kann. Wir können nur, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, soviel verteilen, als wir zuerst gemeinsam erarbeiten und nicht umgekehrt. Je größer das Sozialprodukt ist, umso mehr werden wir verteilen können, je kleiner es ist, umso weniger wird für jeden davon abfallen. Es ist doch nicht so, daß das nur die eine Seite gemacht hat, immer wieder hören wir, nur eine Gruppe habe die ganze Wiederaufbauleistung vollbracht. Ich stelle ausdrücklich fest, diesen österreichischen Wiederaufbau in der Wirtschaft haben alle Gruppen und alle Schichten zusammen vollbracht, die Arbeiter, die Bauern, die Angestellten, die Gewerbetreibenden, die Wirtschafttreibenden und nicht nur ein einzelner Stand. Auch Raab und Kamitz, Herr Abg. Rösch! Sie sind ja sonst nicht so unruhig, warum versuchen Sie immer wieder auf Kamitz loszugehen. Sie haben schon Ihre guten Gründe, Ihr Feuer dauernd auf Raab und Kamitz zu eröffnen.

Jedes Sozialgesetz seit dem Jahr 1945 ist mit und durch die OVP beschlossen worden, es gibt kein einziges solches Gesetz, das Sie allein beschlossen hätten. Viele Anträge und Anregungen sind von OVP-Abgeordneten ausgegangen und haben schließlich dem Sozialgesetz ein besseres und anderes Gesicht gegeben. Die Sozialgesetze, die abgeschlossen worden sind, tragen nicht nur den Stempel einer Partei, sondern auch den Stempel der OVP. (Zwischenruf Tauerer: „Sie haben ja müssen!“) Das ist ein einfacher Zwischenruf. (Abg. Dr. Pittermann: „Sie sind ein Demagog in Reinkultur!“) (Abg. Tauerer: „Sie sind nicht einmal das!“) Wir haben schon viel erreicht, viele Aufgaben aber harren noch ihrer Lösung. Ich stehe auch nicht an zu erklären, daß all das, was erreicht wurde, durch die Zusammenarbeit in der Koalition erreicht wurde. Die Koalition ist eine Realität, und der überwiegende Teil der Bevölkerung bekennt sich auch dazu. Auch wir bekennen uns dazu, weil wir wissen, daß wir nur dann etwas erreichen, wenn wir zusammenarbeiten. Der Bevölkerung unseres Landes würde es wenig gedient sein, wenn wir uns gegenseitig bekämpfen, eine derartige Politik führt nur zur Vernichtung der Autorität. Was die Bevölkerung von uns will, daß wir sachlich und ruhig zusammenarbeiten. Die Ergebnisse der letzten 30 Jahre haben zu deutlich bewiesen, was kommt, wenn jemand nicht kritisch genug ist, einem Scharlatan nachzulaufen. Solche Leute gibt es nicht mehr.

Unser Land ist überraschend frei geworden und die 10jährige Besatzung hat ihr Ende gefunden. Erweisen wir uns der Freiheit würdig dadurch, daß wir uns um jene Gruppen kümmern, die sozial und wirtschaftlich zurückgeblieben sind. Den Radikalen wird der gesunde Instinkt unserer Bevölkerung zeitgerecht die nötige Abfuhr erteilen. Diejenigen, die glauben, mit wilden Streiks und dem Gesetz der Straße etwas zu erreichen, sind sehr

schlecht beraten. Was wir in diesen 10 Jahren erreicht haben, haben wir nicht mit Streiks und Demonstrationen erreicht, sondern mit dem Fleiß und der Zähigkeit aller Österreicher. (Abg. Rösch: „Vor 5 Minuten haben Sie den Streik verteidigt!“) Es verteidigt jeder die Grundsätze seiner eigenen Partei, es ist aber nicht zu leugnen, daß es etwas Gemeinsames gibt, nämlich unser Volk und unser Land, dem wir gemeinsam zu dienen verpflichtet sind. Wenn wir mit dieser Einstellung, meine Damen und Herren, an die noch vor uns stehenden Fragen herangehen, können wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Der Abg. Hofmann hat gesagt, man könnte stundenlang über das Kapitel Soziale Fürsorge reden. Meine Damen und Herren, ich glaube, darauf kommt es aber gar nicht an. Ich möchte sagen, die kleinste Tat würde wesentlich mehr bedeuten als die längste Rede. Deswegen auf zu einer solchen kleinen, aber logischen Tat! Nachdem auch der Redner der größten Regierungspartei sich heute mit warmen Worten zur Sozialgesetzgebung und überhaupt zur Lösung der sozialen Frage bekannt hat, könnte ich mir vorstellen, daß eine so kleine Tat ohne weiters aus dem Schoße des Hohen Landtages hervorgehen könnte. Vor mir liegt ein Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung, wonach die Fürsorgerrichtsätze einer neuen Revision unterzogen werden, und zwar nach oben. So weit, so gut!

Man muß sich aber fragen, ob dieses nach oben den tatsächlichen Notwendigkeiten entspricht. Lassen Sie mich auf das ASVG eingehen. Im Sozialversicherungsgesetz, das vor kurzem im Parlament beschlossen wurde, ist vorgesehen, daß, sofern der Sozialversicherte auf Grund seiner Versicherung nicht eine entsprechende Rente erhalten kann, eine Rente, die im bescheidenen Ausmaß sein Leben sichert, die Fürsorge herangezogen werden soll, um den Rentensatz auf ein Niveau zu bringen, daß der Mensch überhaupt existieren kann. Nun ist vorgesehen, daß dieser Betrag, den jeder Vollversicherte erhalten soll, mindestens 460 S im Monat betragen soll auch dann, wenn er auf Grund seines Arbeitsverdienstes, den er während seiner Versicherungszeit gehabt hat, nicht in der Lage war, eine solche Rente zu erzielen. Es ist allgemein bekannt, daß das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz auf dem Versicherungsprinzip aufgebaut ist. Herr Nationalrat Elser hat anlässlich der Beschlußfassung zum Sozialversicherungsgesetz gesagt: „Das Gesetz ist gut und das Gesetz bedeutet einen Fortschritt für die Lohn- und Gehaltsempfänger in unserem Lande, aber die größte Schwäche an dem Gesetz ist, daß es nach dem Versicherungsprinzip vorgeht und infolgedessen die niederen Einkommensgruppen — und die sind beträchtlich in unserem Lande — nicht auf eine Rente kommen könnten, wo man sagen könnte, das ist im Mindestausmaß eine lebensfähige Rente. Abg. Wegart hat sehr interessante Ziffern geäußert bezüglich der Gebietskrankenkasse und hat uns eine Statistik vor Augen geführt, mit der er klar gemacht hat, daß in Steiermark bei mehr als der Hälfte der Lohn- und Gehaltsempfänger das

Lohn- und Gehaltsniveau so niedrig ist, daß selbst er sagte, hier wäre dringend eine Korrektur notwendig. Ich freue mich immer, wenn ein Redner der ÖVP einen solchen Standpunkt einnimmt (Zwischenruf bei ÖVP: „Haben wir immer!“), weil ich überzeugt bin, daß in den nächsten Monaten und Wochen die Lohn- und Gehaltsempfänger eine entsprechende Korrektur der Gehälter und Löhne erkämpfen werden und es von großer Bedeutung ist, wenn die ÖVP der Meinung ist, das ist begründet, einer solchen Entwicklung der Löhne und Gehälter kann man nur zustimmen.

Abg. Wegart hätte aber nicht bei der Gebietskrankenkasse Halt machen sollen. Er hätte auch die Landwirtschaftskrankenkasse heranziehen sollen. (Abg. Rösch: „Darf er ja nicht!“) Daß er da nicht zum Resultat gekommen ist, daß ein Großteil unserer ländlichen Arbeiter und Landarbeiter — die sind nicht bei einem Keuschler beschäftigt, Herr Abg. Wegart, — ein Lohn- und Gehaltseinkommen haben, das tief unter dem Niveau unserer Arbeiter in Industrie und Gewerbe liegt, so daß ein Landarbeiter, der im Monat 700 S verdient, nach 25jähriger Beschäftigung in der Landwirtschaft eine Rente bekommen würde, die noch immer weit unter dem Niveau liegt, das das allgemeine Sozialversicherungsgesetz als mindest notwendiges Einkommen bezeichnet! Ein Landarbeiter mit 700 S Monats-einkommen würde nach 25 Jahren Beschäftigung 315 S monatliche Rente bekommen. Es ist allen klar, daß man mit 315 S nicht leben kann und nun sieht das ASVG vor, daß in einem solchen Falle die Sozialversicherungsanstalt eine erhöhte Rente auszahlt und die Fürsorge den Betrag zu refundieren hat. In dem Falle würde der Zuschuß 145 S monatlich betragen, so daß diese monatliche Rente dann 460 S betragen würde. Nun wird niemand behaupten, daß das eine ausreichende Rente ist, die genügen würde, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Diese bescheidene Rente, diese Mindestrente, die im allgemeinen Sozialversicherungsgesetz festgelegt ist, liegt nun wesentlich über den Fürsorgesätzen, die bis jetzt gegolten haben, sie liegt wesentlich über den Fürsorgesätzen, die jetzt von der Landesregierung beschlossen worden sind. Am 24. November wurde ein Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung ausgeschickt, wonach in dieser Hinsicht folgende Erhöhung eintreten soll: „Die Bestimmungen des § 299 des ASVG, wonach die Fürsorgeträger verpflichtet werden, aus Fürsorgemitteln Ausgleichszulagen für Rentner zu ersetzen, deren Einkommen gegenüber den im ASVG festgesetzten Richtsätzen zurückbleibt oder die nach den derzeitigen Fürsorgerichtlinien nicht hilfsbedürftig waren, macht es, um nicht zwei unterschiedlich behandelte Kategorien von Befürsorgten zu schaffen, erforderlich, aus Billigkeitsgründen“ — und jetzt kommt die Schwäche der Ausarbeitung dieses Beschlusses — „eine wenigstens teilweise Angleichung der derzeitigen Fürsorgerichtsätze an die Mindestrichtsätze nach dem ASVG vorzunehmen.“ Diese Billigkeitsgründe, die beachtet, aber nicht konsequent in Anrechnung gebracht werden, sind es, die mich veranlassen, den Hohen Landtag aufzufordern, die Mindestrichtsätze des ASVG als Mindestrichtsätze der von der Landesregierung zu

beschließenden Fürsorgerichtsätze festzulegen, so daß dieser Mindestrichtsatz für alle Befürsorgten von 350 S im Monat auf 460 S monatlich erhöht wird. Bei einer sozial so hervorragenden Stimmung, wie man sie hier im heutigen Landtag vorfindet, kann ich mir sehr gut vorstellen, daß das auch gelingen könnte. Ich möchte also beantragen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, Richtsätze zu erlassen, die den Mindestrenten des ASVG entsprechen.“ Meine Damen und Herren, hier haben Sie Gelegenheit, an Stelle weitreichender Erklärungen eine einfache, aber bestimmt segensreiche Tat zu setzen.

Noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Wegart. Er ladet zum Beispiel ein, das Leben und die Lebensverhältnisse eines Keuschlers, eines Kleinbauern zu studieren. Herr Abg. Wegart, ich würde folgendes vorschlagen: Man soll die Kleinbauern und Keuschler bei den Arbeitern und Angestellten (Zwischenrufe) . . . — Täuschen Sie sich nicht, wir haben eine Ahnung von den Bauernbünden am Lande — oder die Kleinkeuschler und Kleinbauern in die Höfe der Großbauern und Großgrundbesitzer führen und zeigen, wie jene leben, die immer und immer wieder es verstehen, sich für Ihre Interessen, sich für die Interessen der Großbauern und Großbesitzer die kleinen Leute vorzuspannen. Sie leben ja faktisch davon, daß sie mit dem kleinen Mann und mit dem Schicksal des kleinen Mannes Demagogie treiben und in Wirklichkeit die Interessen der Großen, ob nun in der Stadt oder auf dem Lande, vertreten.

Nun möchte ich noch ein paar Worte sprechen zu Ihrer Einstellung zu den Kollektivverträgen und zur Vermassung. Mir scheint, als Landessekretär der ÖVP lesen Sie nicht einmal die „Tagespost“, denn dann wäre Ihnen einiges in Ihren Ausführungen nicht passiert. In dem letzten Artikel der „Tagespost“ vom 17. Dezember heißt es unter „Der Weg ins Nichts“. Es heißt da durchaus nicht, daß die Verelendung die Linke stark macht und sogar die äußerste Linke, es heißt, und man kann es drehen und wenden wie man will, auch die Prosperität macht die äußerste Linke stark, im Zusammenhang mit dem Wiener Straßenbahnerstreik und den Betriebsratswahlen. Herr Wegart, ich werde Ihnen etwas sagen, die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei hat das vergangene Jahrhundert mit ungeheuren Kämpfen erfüllt und dieser Kampf um die Befreiung aus der Lohnsklaverei überhaupt wird auch diesem Jahrhundert noch den Stempel aufdrücken. In diesem Artikel gegen die Vermassung heißt es auch, wie herrlich es wäre, wieder auf den individuellen Arbeitsvertrag zurückzukommen. Z. B. heißt es: „Das Gebot einer Welt, die sich nicht selbst aufgeben will, liegt nicht im Ausbau des materiellen Sozialismus und der sogenannten kollektiven Sicherheit, deren Ende der Kommunismus ist, sondern in der Wiederherstellung menschlich individueller Arbeitsverhältnisse in dem Sinn, daß der Arbeiter in der Lohntüte nicht nur den Gegenwert für so und so viel Kilo Brot, Mehl, Fleisch, Kohle usw. findet, sondern auch die Bestätigung seiner Person, seiner individuellen Leistung und damit ein Stück echten Lebensinhaltes.“ Meine Damen und Her-

ren, was ist damit gemeint? Es ist damit gemeint, daß der Arbeiter und Angestellte auf dem Weg über die gewerkschaftliche Organisation sich heute einen Kollektivvertrag und mit diesem Vertrag ein gewisses Mindesteinkommen sichert. Ich möchte Sie fragen, würden die elenden Löhne, die Sie selbst festgestellt haben sowohl in Industrie und Gewerbe als auch in der Landwirtschaft, würden diese elenden Mindestlöhne nicht noch ungleich elender sein, wenn es keinen Kollektivvertrag gäbe, keine Gewerkschaft? Umgekehrt ist es kein Zweifel, daß der kleine Mann, der Lohn- und Gehaltsempfänger in einer Welt, wo ihm übergroße Kräfte gegenüberstehen, keine andere Möglichkeit hat, sich zu organisieren und den Kampf um seine Interessen organisiert durchzuführen. Sie sagen, entscheidend werden die kleinen Gemeinschaften sein. Weil Sie das Gefühl haben, daß die Arbeiterklasse heute als gut organisierte Macht in unserem Staat in der einheitlichen Organisation des Gewerkschaftsbundes zusammengefaßt ist, bereit, ihre Interessen sehr wirksam zu vertreten, deshalb fordern Sie die kleinen Gemeinschaften. Es ist eben so, meine Damen und Herren, daß unserer Zeit der Stempel aufgedrückt wird letzten Endes von den werktätigen Massen und diese werden das in zunehmendem Maße tun in der nächsten Zeit.

Sie stellen die Frage, wie wird es mit der Konjunktur ausschauen? Für die Politiker der ÖVP gibt es eine Vollbeschäftigung und eine glänzende Konjunktur, auf der anderen Seite aber müssen sie selbst zugeben, daß auch diese Konjunktur zwei Seiten hat, nämlich daß sie eine glänzende Konjunktur ist für die Großverdiener, für die Besitzer der Produktionsmittel, daß aber gleichzeitig breite Massen unseres Volkes in dieser Konjunktur ihre Arbeitskraft voll und ehrlich einsetzen und in Wahrheit von den Früchten dieser Konjunktur ausgeschlossen sind. Wie erklären Sie sich diesen ungeheuerlichen Widerspruch? Dabei steht fest, daß breite Schichten unseres Volkes in der steten Angst und Sorge leben, wie lange wird diese Konjunktur andauern? Wird sie nicht wieder von einer Krise abgelöst werden, wie wir sie auch schon in der ersten Republik erlebt haben?

Wir wissen, daß das ASVG sich segensreich auswirken kann und wird, wenn es gelingt, den Lebensstandard der arbeitenden Schichten unseres Volkes, und zwar auch des letzten Arbeiters und Angestellten, wo immer er steht, auf ein Niveau zu bringen, daß er es nicht notwendig hat, Fürsorge zu beanspruchen. Also kämpfen diejenigen Schichten der Arbeiterklasse, die heute versuchen, ihr Realeinkommen zu erhöhen, gleichzeitig auch für die Entlastung der Sozialaufgaben in der Gemeinde und im Lande. Wir brauchen keine soziale Fürsorge in dem Ausmaße, als wir sie jetzt haben, wenn derjenige, der ein ganzes Leben ehrlich arbeitet, auf Grund dieser Leistung auf einen gesicherten Lebensabend Anspruch hat. Und zwar nicht auf dem Weg über die soziale Fürsorge, sondern auf dem Weg über seine Sozialversicherung. Und deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich Sie bitten — und der Herr Abg. Wegart hat hier ja so schöne Worte gefunden bezüglich der Gemeinschaft des ganzen

Volkes — möchte ich Sie bitten, daß Sie meinen Antrag aufgreifen und die Landesregierung auffordern, die Richtsätze für unsere Sozialbefürsorgten auszugleichen den Mindestrichtsätzen des ASVG.

Abg. **Hegenbarth**: Hoher Landtag! Meine geschätzten Vorredner haben Ihnen bereits in groben Zügen ein Bild entworfen, das veranschaulicht, welch ein großartiges Gebäude unser Fürsorgewesen ist. Und eine immer größere Zahl, ein immer größerer Prozentsatz unserer Bevölkerung nimmt dieses Fürsorgewesen irgendwie in Anspruch. Aber es wäre unecht und ungerecht, wenn man neben den gewaltigen Leistungen der öffentlichen Fürsorge vergessen wollte, welche unvorstellbare Leistung auch die private, die konfessionelle Fürsorge, Jahr für Jahr erbringt. Vor mir liegt ein kleines Heftchen, es betitelt sich „Jahresbericht des steirischen Caritasverbandes für das Jahr 1954“. Und dieses schlichte Heftchen, dessen Lektüre ich jedem Mitglied des Hohen Hauses empfehlen möchte, ist ein Leistungsbericht, der sich würdig anreihet an die Leistungen der öffentlichen Fürsorge. Als vor zehn Jahren die größte Völkerwanderung aller Zeiten ausbrach und Dutzende Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden, der eine, weil er einer bestimmten Nation angehörte oder einer bestimmten Rasse, der andere, weil er anderer politischer Auffassung war, damals war es auch die private Fürsorge, die in großzügigster Weise diesem Strandgut der damaligen Zeit die erste Hilfe angedeihen ließ. Zehntausende von Flüchtlingen aus Osten und Südosten haben damals 1945 und nachher die Hilfe des steirischen Caritasverbandes in Anspruch genommen. Viele haben Steiermark nur als Durchzugsland benützt, sind dann weitergezogen in andere Bundesländer oder ins Ausland, manche auch nach Übersee. Was dageblieben ist, hat sich allmählich akklimatisiert und in das Berufsleben eingegliedert.

Damit hat der Caritasverband, der anfangs seine Aufgabe darin gesehen hat, diesem Menschen, die alles verloren haben, die erste primitive Hilfe zu leisten, ein wesentlich anderes Aufgabengebiet bekommen, er hat diesen Menschen die Möglichkeit gegeben, sich anzusiedeln. Wenn heute auch in Steiermark über 10.000 Heimatvertriebene in Baracken leben müssen, so ist es immerhin erfreulich, feststellen zu können, daß durch Darlehen des Caritasverbandes mehr als 250 heimatvertriebene Familien aus dem Südosten in den letzten fünf Jahren sich in Steiermark ein eigenes Heim schaffen konnten. Wenn Sie auf dem Hauptbahnhof aussteigen, werden Sie diese Caritasschwester mit ihren weiß-gelben Armbinden sehen. Sie warten auf Bedürftige, die ihre Hilfe in Anspruch nehmen. Diese Baracke auf dem Bahnhofplatz ist ein Stück Zeitgeschichte. Man könnte einen spannenden Roman schreiben, was diese Menschen, diese Schwestern, im Laufe der verflossenen zehn Jahre erlebt haben. 7½ Tausend haben diese Baracke benützt, um zu übernachten, über 14.000 Essenportionen werden derzeit jährlich ausgeteilt. In der Stadt Graz werden acht Ausspeisungen erhalten, wo jetzt jährlich über 60.000 Mittag- und Abendessen gratis ausgegeben werden, weit über 900 Kinder aus armen Familien sind kostenlos auf Er-

holung geschickt worden, 71 Kindergärten mit über 2660 Kindern sind im heurigen Jahr betrieben worden. Man muß sich nur die Gefühle einer solchen kleinen Bäuerin vor Augen halten, die von 4 Uhr früh bis spät in die Nacht werken muß, wenn ihr die Caritas mit ihrem Kindergarten die Aufsicht und Sorge für ihre kleinen Kinder wenigstens über Tag nimmt. Es ist die Caritas mit 71 Kindergärten in Steiermark eine Organisation, die an erster Stelle unter allen Organisationen, die derartiges tun, wirkt. Sie greift noch darüber hinaus und es ist da eine gewisse Parallelität zu den Schöpfungen des Landes —, sie hat Schüler- und Lehrlingsheime, denn zehn Schüler- und Lehrlingsheime gibt es hier in Graz und in anderen Städten, in den Bezirksstädten des ganzen Landes — 712 Schüler und Lehrlinge sind derzeit in diesen Schüler- und Lehrlingsheimen untergebracht. Die Hauswirtschaftsschule des Caritasverbandes in unserer Landeshauptstadt erfreut sich eines Rufes, der weit über die Grenzen des Landes hinausreicht. Es ist sehr erfreulich, daß dieser Schule durch die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes die entsprechende Würdigung der Öffentlichkeit zuteilgeworden ist.

Im Jahre 1954 hat der Steiermärkische Caritasverband, der nur eine relativ ganz geringe Summe an Beihilfe von öffentlicher Hand erhält, der zu 98 % alle benötigten Güter durch wohlthätige Menschen in Form von Almosen erhält, Güter im Betrage von 11 Millionen Schilling umgesetzt. Dabei sind die tausenden freiwillig geleisteten Stunden, jene die ehrenamtlich der Caritas helfen, selbstverständlich nicht inbegriffen.

Meine Damen und Herren! Das ist eine stolze Leistung an öffentlicher Fürsorge, die der Caritasverband für Steiermark hier geben kann. Wenn es diesen Verband nicht gäbe und das Land Steiermark zusätzlich diese sozialen Leistungen auf sich nehmen würde, so würden die Erhöhungen eine stattliche Anzahl von Millionen bei dieser Gruppe betragen und unser Herr Finanzreferent in höchst prekärer Lage sein. Ich weiß, daß die Leute, die im Caritasverband wirken, es nicht gerne haben, daß man von ihren Leistungen spricht. Ich halte es aber als meine Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß hier an dieser Stelle diese vorbildlichen Leistungen öffentlich gewürdigt werden. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Weidinger: Hohes Haus! Die Gruppe 4 dieses Landesvoranschlages ist vor allem der Fürsorge und der Jugendhilfe gewidmet. Sehr umfangreich und vielseitig ist die Jugend und auch die Fürsorge für sie. Über 100 Millionen Schilling sind in diesem Voranschlag bei diesem Kapitel vorgesehen und werden für die Fürsorge aufgewendet. Es ist eine große Gruppe, die einmal auch unsere Erben übernehmen werden und sich dann um das annehmen müssen, was wir ihnen hinterlassen. Gott sei Dank betreibt unser Staat schon sehr umfangreich Familienpolitik und hoffentlich wird der Geburtenrückgang, bei dem unser Land dem traurigen Ruf als das geburtenärmste Land der Welt zugeht, wieder abnehmen.

Es wird viel von der Jugend gesprochen und auch davon, daß die Jugend anders ist als vor 30,

40 und 50 Jahren. Die Jugend von heute ist bedeutend schlechter dran, als die vor 30, 40 und 50 Jahren! Die Jugend ist heute durch das mechanisierte Zeitalter viel mehr Gefahren ausgesetzt, vielfach schutzlos diesem mechanisierten Zeitalter preisgegeben. Wenn Österreich seine Freiheit wieder erlangt hat, so ist diese Freiheit jedoch erst dann von richtiger Bedeutung, wenn eine gesunde Jugend die Fahnen unseres Landes weitertragen werden. Die Jugend muß seelisch und körperlich gesund sein und hier wiegt die seelische Gesundheit mehr als so manch anderes. Der Ruf nach Jugend gibt uns auf diesem Gebiet das Gebot, zu retten, was zu retten ist. Dazu gehört auch die von Geburt aus behinderte Jugend, die Blinden, die Stummen, die verwahrloste Jugend, damit aus ihnen noch brauchbare Menschen kommen, die dem Lande dann einen Dienst erweisen können.

Als im Vorjahr anlässlich dieser Budgetdebatte über die Räumung des Taubstummeninstitutes gesprochen wurde, wurde von der Referentin Frau LR. Matzner entgegengehalten, daß nun bereits das dritte Mal über die Räumung dieser Anstalt gesprochen wird. Es wäre mir bestimmt lieber, wenn ich nur einmal hätte darüber zu sprechen brauchen. Leider Gottes bin ich auch heuer wieder gezwungen, einiges zu sagen über diese Frage, obwohl mir voriges Jahr Frau Landesrat Matzner hier eine Zusicherung gegeben hat. Dazu will ich diesen Satz aus dem stenographischen Protokoll zitieren. Sie sagte: „Die Abteilung 9 als das zuständige Referat hat alle Schritte unternommen, um die Räumung herbeizuführen. Sie kann derzeit nicht durchgeführt werden, weil vermutlich erst Ende Februar die Bauarbeiten beendet sind.“ Aus dieser Äußerung ergab sich die Hoffnung, daß nach Beendigung dieser Arbeiten es doch möglich sein wird, die III. chir. Abteilung wieder im Landeskrankenhaus unterzubringen. Dieses Haus, die Taubstummenanstalt, ist zehn Jahre nach Beendigung des Krieges und zu einer Zeit, da unsere so sehr um unser Wohl besorgte Besatzung uns verlassen hat, noch immer von der III. chir. Abteilung besetzt. Es wurden wohl in der Zwischenzeit einige Räume freigemacht und so wurde es ermöglicht, ich glaube 43 Kinder, die früher nicht untergebracht werden konnten, jetzt unterzubringen. Aber bei weitem ist dieses Haus noch nicht dem Zweck, für den es gestiftet wurde, zugeführt und freigegeben. Dazu kommt noch das Fehlen eines Kindergartens, wodurch wichtige Jahre des Sprechlernens in Verlust geraten, weiters wird beeinträchtigt die Berufsausbildung durch das Fehlen von Haushaltsschulen für Mädchen und Lehrwerkstätten, wie Schneiderei, Schuhmacherei, Tischlerei, da man für diese Kinder ja schwer Lehrstellen bekommt. Sie wissen ja, wie schwer es heute überhaupt ist, Lehrplätze zu bekommen für gesunde Kinder und wieviel schwerer erst für Körperbehinderte. Es wäre deshalb von besonderem Vorteil, wenn dort in der Anstalt diese Ausbildung möglich wäre. Seit zehn Jahren ist kein Turnsaal vorhanden, obwohl gymnastische Übungen gerade für diese Taubstummen von großem Wert sind, in allen anderen Taubstummenanstalten in anderen Bundesländern sind Turnsäle vorhanden. Außer-

dem ist kein Lehrmittelzimmer vorhanden, kein Konferenzzimmer, kein Kranken- und kein Isolierzimmer, ja, es sind sogar zu wenig Klosette vorhanden und die Kinder müssen von einem Stockwerk in das andere laufen. Die Vereinigung von Krankenhaus und Internat wirkt sich auch sehr ungünstig für die Kinder aus. In der Nachkriegszeit wurden in der Steiermark verschiedene Anstalten ausgebaut und ich glaube, wenn der ernstliche Wille vorhanden gewesen wäre, hätte man auch dieses Problem schon lösen können in der Hinsicht, daß man dieses nun schon seit mehr als zehn Jahren seinem Stiftungszweck vorenthalte Haus endlich wieder freibekommt.

Die Steiermark kann außerdem hier noch einen anderen allein dastehenden Fall verzeichnen. 28 S pro Tag verlangt die Landesregierung für das Internat für 7- bis 17-jährige Kinder an der Pflichtschule. Ich glaube, in keinem anderen Bundesland in Österreich wird man so hohe Richtsätze finden. Oder kann mir jemand eine solche Anstalt in Österreich nennen, wo ein annähernd so hoher Verpflegungssatz wie bei uns verlangt wird? (LR. Fritz Matzner: „Hätten Sie sich zuerst erkundigt, dann brauchten Sie jetzt nicht zu fragen.“) (LR. Prirsch: „Aber er hat das Recht dazu!“) (LR. Fritz Matzner: „Nur reden, reden!“). Aber ich glaube, mir steht das Recht zu, zu fragen. Ich weiß ja, daß das nirgends besteht. Ich weiß auch, daß nur wenige Vollzahler sind und daß diese Lasten dann auf die Bezirksfürsorgeverbände abgewälzt werden. Aber auch für die Bezirksfürsorgeverbände ist das eine Last, weil es gerade die ländlichen Bezirke vor allem trifft, denn ich glaube nicht, daß die Stadt Graz größere Beträge dafür zu leisten hat, weil die Grazer Kinder ja nicht angewiesen sind, in diesem Internat zu leben.

Glauben Sie ja nicht, daß die Landbezirke vielleicht für Fürsorgezwecke kein Verständnis haben, gerade diese Bezirke der Landgemeinden leisten für Fürsorgezwecke sehr viel. Wenn ich Ihnen hier einige Bezirke nennen darf, die fast nur von Gemeinden mit reinem Grundsteueraufkommen finanziert werden, welche Beträge diese für Fürsorge ausgeben. So wurden z. B. in Deutschlandsberg 1,800.000 S ausgegeben, in Feldbach 1,600.000 S, in Hartberg 1,300.000 S und in Leibnitz 2,500.000 S. Das wurde für die offene Fürsorge ausgegeben. Diese Beträge werden vielfach nur aus dem Grundsteueraufkommen von reinen Landgemeinden finanziert.

Außerdem kann ich sagen, daß der Bezirk Hartberg 10,000.000 S geopfert hat für ein neues Altersheim, ohne daß das Land überhaupt einen Groschen dazugegeben hat. Als Bürgermeister einer solchen Gemeinde des Bezirkes Hartberg kann ich Ihnen sagen, daß es uns sehr schwer gefallen ist, diese Summe aufzubringen. Wir konnten uns erst nicht entschließen, haben es aber dann doch auf uns genommen, erstens, um die dortigen nicht menschenwürdig untergebrachten Alten aus dem Kloster, das nur eine Notlösung war, herauszubringen in eine menschenwürdige Behausung und zweitens, um es diesen Menschen zu ermöglichen, innerhalb ihres Heimatbezirkes ihre alten Tage verbringen zu

können. Weil wir ja wissen, daß diese Menschen, die dort ihre ganze Lebenskraft und Gesundheit geopfert haben, die sich geschunden und gerackert haben auf dem Boden der Heimat, dort auch verwurzelt sind und daß man sie jetzt in ihren alten Tagen nicht entfernen kann und unter fremde Menschen geben zur Betreuung. Das war der Grund, der uns veranlaßt hat, dieses Opfer auf uns zu nehmen. Außerdem wollten wir ihnen die Möglichkeit geben, daß sie ab und zu Besuche von ihren Verwandten und Bekannten bekommen können, was auch nur möglich ist, wenn der betreffende Alte innerhalb seines Heimatbezirkes untergebracht wird. Meine sehr Verehrten, das haben wir gemacht, freiwillig, weil früher hier ein Zwischenruf gefallen ist, in dem Sinne, „Ihr seid ja gezwungen worden dazu“. Bei uns sind 89 OVP-Gemeinden und nur vier SPO-Gemeinden, uns konnte niemand zwingen, es war eine freiwillige Leistung unseres Bezirkes. (Beifall bei OVP.)

Wenn ein Bezirk finanzschwacher Gemeinden solche Leistungen zustande bringt, dann glaube ich, müßte das Land auch einmal instande sein, die Taubstummenanstalt zu räumen, damit sie wieder voll und ganz ihrem Zweck zugeführt werden kann, für den sie gestiftet worden ist. Ich bitte deshalb, nicht so sehr um die Mittel, sondern mehr um den guten Willen und ich bin überzeugt, wenn der Wille vorhanden ist, wird auch ein Weg gefunden werden, diese Anstalt wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zuzuführen. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Afritsch: Hohes Haus! Ich glaube, es ist ein Mißbrauch, wenn in der Spezialdebatte zur Gruppe 2 Schulwesen, Gruppe 3 Kulturwesen, Gruppe 4 Fürsorgefragen dauernd parteipolitische Reden gehalten werden. Dazu sind meiner Auffassung nach die Generaldebattenredner bestimmt, vielleicht sind auch noch 1 bis 2 Gruppen geeignet, um dort rein politische Fragen zu behandeln, aber hier, meine Damen und Herren, haben wir uns nur mit den Posten zu beschäftigen. Aber es wundert mich ja nicht, weil ja vorgestern auch Herr Landesrat Prirsch sich bemüht hat, wieder das alte Lied anzustimmen, daß die Arbeiterschaft gegen die Bauernschaft ausgespielt wird und umgekehrt, Stadt gegen Land, Arbeiter gegen Bauern. Das führt zu nichts. Das glaubt fast niemand mehr. Freilich, gegen Dummheit ist kein Kraut gewachsen! Deshalb wird es immer wieder versucht. Wir haben die Gruppe 4 und Abg. Wegart hat in der Gruppe 4 „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“ sogar die sattsam bekannte Raab-Kamitz-Legende wieder vorgebracht. (Abg. Leopold Ebner: „Raab-Kamitz ist eine große Realität!“) Ich setze mich nicht damit auseinander, ich möchte aber sagen, daß das ein Mißbrauch dieser Gruppe ist, daß man von einer Vergewaltigung dieser Gruppe sprechen kann, wenn man, anstatt sich mit diesen Posten auseinanderzusetzen, immer wieder mit den alten Schlagern herauskommt. (Abg. Doktor Pittermann: „Abg. Taurer ist sogar von 1934 ausgegangen.“) Ja, aber als Generaldebattenredner!

Nun zur Gruppe 4! In der Generaldebatte ist es selbstverständlich, daß diese Frage gründlich be-

handelt wird. Sie wurde von den Abgeordneten Stöffler und Taurer behandelt, aber auch von Abgeordneten der anderen Parteien behandelt. Ich habe hier nur die Absicht, mich mit einem Posten zu beschäftigen. Die Sozialistische Partei begrüßt sehr diesen neuen Posten: „Beitrag zur Berufsausbildung und Existenzgründung Körperbeschädigter und Sinnesbehinderter“. Ein Betrag von 300.000 S ist hier eingesetzt. Sachlich stelle ich fest: Aus dem Protokoll ist ersichtlich, daß dieser Antrag vom Abg. Hofmann gestellt wurde im Sinne der Einstellung der Sozialistischen Partei. Ich bin sehr froh, daß dieser Posten hineingekommen ist, weil ich weiß, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel zu leisten ist.

Ich habe, Hohes Haus, nichts gegen die Berichtserstattung des Herrn Abg. Hegenbarth über den Caritasverband, aber wo führt das hin, wo käme der Landtag hin, wenn alle Fürsorgeverbände und alle Fürsorgeorganisationen des Landes hier einen ausführlichen Tätigkeitsbericht bringen würden? (LR. P r i r s c h: „Es war sehr interessant und wertvoll.“) Die Ausführungen des Herrn Abg. Hegenbarth erwecken fast immer das Interesse des Landtages. Es könnte ja ein Abgeordneter aufstehen und einen Bericht über die Tätigkeit des großen Fürsorgevereines „Volkshilfe“ bringen. (Zwischenruf: „Wir würden ihn gerne hören.“) Dann würden wir aber nicht nur bis zum Weihnachtsabend hier sitzen müssen. (Zwischenruf: „Wir werden gut bezahlt.“) Ich wäre auch in der Lage, über den Fürsorgeverein „Kinderfreunde“ einen Bericht zu bringen. Wie schon gesagt, die Spezialdebatte gibt aber nicht die Möglichkeit.

Nun möchte ich sagen, daß wir diese Post sehr begrüßen, weil eben für die Existenzgründung Körperbehinderter und Sinnesbehinderter noch viel zu tun ist. Ich bringe nur einige Möglichkeiten: Es sollen Fahrzeuge für Gehbehinderte beschafft werden; man denke an einen Zuschuß für Maschinen, die von Körperbehinderten bedient werden sollen usw. Ich stehe auf dem Standpunkt und die Sozialistische Partei ist schon seit vielen Jahrzehnten der Auffassung, daß man von einem Recht auf Fürsorge sprechen kann. Jeder, der der Fürsorge bedarf, hat das Recht, von Gemeinde, Land und Staat befürsorgt zu werden. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß sehr viel durch Unfälle hervorgerufen wird und Körperbehinderte und auch Sinnesbehinderte durch Unfälle zu ihrem Leiden gekommen sind. Ich will nicht mit einer großen Statistik aufwarten, die Zeitungen berichten dauernd über die Unfälle. Hier handelt es sich um erschütternde Zahlen. In Österreich sagt die Statistik, daß alljährlich durch übermäßigen Alkoholgenuß etwa 200 Todesopfer zu beklagen sind. In Steiermark gibt es jährlich rund 4000 Unfälle und auch hier stellt man fest, daß über 5 % der Unfälle auf den Alkoholgenuß zurückzuführen sind.

Ich habe nicht die Absicht, eine lange Rede über die Auswirkungen und Schäden des übermäßigen Alkoholgenusses zu halten. Daß hier große Zusammenhänge bestehen, muß uns allen klar sein. Wenn etwa der Erhalter der Familie, der Vater oder ein älterer Sohn trinkt, übermäßig trinkt, hat

er nicht nur Schwierigkeiten auf seinem Arbeitsplatz, sondern, wenn er der Trunksucht verfallen ist, wird auch die Familie sehr darunter leiden, oft sogar zugrunde gerichtet. Das Land hat seit Jahren auf diesem Gebiete sehr viel geleistet. Am Feldhof gibt es eine Abteilung — man hat sie heute schon als kleine Trinkerheilstätte bezeichnet —, die seit Jahren schöne und große Erfolge erzielt hat. Zwei Zahlen: Es würden insgesamt 130 Personen hier behandelt, darunter 111 Männer und 19 Frauen. Positiv abgeschlossene Behandlungen waren 80. Also von 130 Fällen konnten 80 Fälle hier erfolgreich abgeschlossen werden. In der Schule wird die alkoholgegnere Erziehung sich zweifellos günstig auswirken. Ich bin der Auffassung, daß alle Jugendorganisationen, das Landesjugendreferat, das Jugend-Rotkreuz sich hier große Verdienste erworben haben. Zweifellos muß auf diesem Gebiete noch mehr getan werden.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich auch hier sagen: Ich wollte, es wäre nicht notwendig, immer zu sagen, das ist so und das ist so. Wir können mit Statistiken, mit Mahnungen kommen, mit erhobenem Zeigefinger sagen: Du sollst nicht . . . Man muß vor allem bei Kindern und bei der Jugend, bei den Erwachsenen große positive Aktionen durchführen. Ich habe auch jahrzehntelang in der Jugendfürsorge gearbeitet. Es geht bei der Jugend nur so, wenn man versucht, den Kontakt mit der Gemeinschaft zu bekommen. Wenn dann eine enthaltsame Erziehung durchgeführt wird, dann werden zweifellos schöne Erfolge festzustellen sein. Der Mensch, meine Damen und Herren, der in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft erzogen und geformt wird, der junge Mensch, der künstlerisch wertvolle Bücher liest, der zu den Kulturstätten, wie Theater, Konzert, Musik usw. eine Beziehung gefunden hat, der sich gute Filme ansieht, der sportelt und wandert, der für anständige Unterhaltung erzogen wird, der wird auch später ein wertvoller und gediegener Staatsbürger und ein wertvolles Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden. Alle Mittel, die das Land für diese Bestrebungen ausgibt, sind daher sehr zu begrüßen. Und es ist nur zu hoffen, daß in den nächsten Jahren noch größere Mittel zur Bekämpfung der Jugendverwahrlosung flüssiggestellt werden können. (Beifall bei SPO.)

Abg. **Schabes**: Hohes Haus! Wenn ich meine Gedanken um 45 bis 46 Jahre zurückverlege, dann denke ich immer an ein Sprichwort, das damals sehr in Geltung war: „Für jedes Haserl hat der Herrgott auch ein Graserl!“ Es war das die Zeit, in der ein 16- bis 17-jähriger noch Mitglied des katholischen Jünglingsvereines war, es war die Zeit, sehr verehrte Anwesende, in der die Fürsorge vorwiegend auf privater Grundlage aufgebaut war. Es war die Zeit, in der das Bürgertum im Kaffeehaus beim Tarock oder im Restaurant noch das Geld gesammelt hat, das dann der Fürsorge zur Verfügung stand. Es war die Zeit, in der alle Jahre zu Weihnachten Kinder bekleidet worden sind da und dort, einmal 20, einmal mehr und einmal weniger. Es war aber auch die Zeit, in der die Kinder, wenn sie zu Weihnachten so ein Geschenk bekommen haben und dann nach

Weihnachten wieder in die Schule kamen, von den anderen Kindern mit schiefen Blicken angesehen wurden? Warum mit schiefen Blicken angesehen wurden? Weil diese armen Kinder alle uniformiert waren, genau so uniformiert, wie im 34er-Jahr der Heimatschutz in Donawitz. Ich kann mich gut erinnern an die Jahre 1907 oder 1909, wie man da diese Kinder ausgestattet hat, alle gleich, zwar zweckmäßig warm, da war ja weiter nichts dagegen einzuwenden, die Buben graue Anzüge, graue Hüte mit einer Feder rückwärts und die Mädchen dieselbe Uniform, nur als Kostüm.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, und daran hat sich nun inzwischen viel geändert. Wir sehen das schon an den Mitteln, die heute aufgebracht werden für die Fürsorge, für die öffentliche Fürsorge und wenn ich das jetzt gebracht habe, so vor allem mit Rücksicht auf den Unterabschnitt 449,705, wo 300.000 S zur Verfügung stehen zur Beschaffung von Wohnungen. Meine sehr verehrten Anwesenden, wenn man wie ich draußen in einem Bezirk tätig ist durch zehn Jahre, in einem Bezirk wie Deutschlandsberg mit 100 Gemeinden, da kommt einem im Laufe von zehn Jahren oft unvorstellbares Elend vor die Augen. Es ist ja nicht zu schildern, wie groß und bitter manchmal die Not der Menschen ist, die auf dem flachen Lande leben müssen. Es ist für jeden Menschen ein Glück da draußen, wenn er ein eigenes Heim hat, wenn es auch nur eine kleine Keusche ist. Wehe aber demjenigen, der eine Pachtkeusche hat oder der gezwungen ist, in einer Baracke zu wohnen. Die Familie vergrößert sich, jedes Jahr kommt ein Kind dazu, es sind schließlich acht Kinder da und es ist trotzdem ausgeschlossen, diesen Leuten eine Wohnung zu beschaffen. Wenn man hier so oft von Landflucht spricht, dann muß ich darauf hinweisen, daß diese Wohnungsnot draußen auf dem Lande mit ein Grund ist für diese Landflucht, weil es fast unmöglich ist, draußen zu einer Wohnung zu kommen, schon gar nicht, wenn mehrere Kinder da sind. Auch die Bauern sind sehr oft kinderfeindlich eingestellt. Es kommt bald zu einem Streit und wenn acht oder neun Kinder da sind, da gibt es eben Konfliktstoff genug und der sammelt sich immer mehr an bei so vielen Kindern. Ich möchte dazu nur einen konkreten Fall als Beispiel schildern aus der Weststeiermark, der in den letzten Monaten mir sehr große Sorgen gemacht hat. (LR. P r i r s c h: Nennen Sie uns einen Generaldirektor der in seine 7-Zimmer-Wohnung eine Familie mit Kindern aufnimmt und dann nennen Sie uns einen Bauern, der das bei gleichen Verhältnissen abgelehnt hat!) Das meine ich ja. Ich wollte nur hinweisen auf einen konkreten Fall, den der Herr Landeshauptmann vielleicht schon kennen wird. Die Familie war früher in Soboth in einer Pachtkeusche. Nach einem halben Jahr war der Streit mit der Besitzerin der Keusche da. Sie wohnt zwar in einer ganz entfernten Gemeinde. Es ist beim Gericht dann zu einem Vergleich gekommen, weil der Mann der Meinung war, eine Ausweichmöglichkeit finden zu können. Und jetzt wird die Familie mit Delogierung bedroht. Natürlich kann man sie nicht einfach ins Freie setzen, aber diese achtköpfige Familie muß in einem einzigen Raum leben, der nicht größer

als 14 bis 15 m² ist. Ich könnte noch viele solcher Beispiele anführen, aber ich will Sie nicht aufhalten damit, und ich bin auch überzeugt, daß in allen anderen Landbezirken ähnliche Fälle sind.

Umsomehr ist es daher eine Genugtuung, als ich heuer erstmalig diesen Betrag von 300.000 S für diese Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien im Voranschlag eingesetzt fand. Wenn man schon so viel spricht von der Förderung der Geburtenfreudigkeit, dann muß gerade für diese Familien die Sicherheit gewährleistet sein, daß sie auch in die Lage versetzt werden, ein Heim und Ruhe zu haben, wo sie keiner Kündigung und keinen Schikanen ausgesetzt sind. Wir werden den Betrag auch möglichst einteilen, nur dürfte er im nächsten Jahr vielleicht etwas größer sein. Wie man das macht, bleibt Sache der Durchführung. Man kann diese Leute auch in den Gemeinden nicht unterbringen, die Neubauten aufführen, denn jede Gemeinde sorgt zuerst für ihre eigenen ansässigen Familien und andere kleine Gemeinden wieder können ja nicht bauen. Daher sehen Sie, wie notwendig dieser Betrag ist.

Ebenfalls gebe ich meiner Zufriedenheit Ausdruck, daß man für die Förderung körper- und sinnesbeschädigter Jugendlicher einen Betrag von 300.000 S in den Voranschlag aufgenommen hat. Auch zu dieser Frage könnte man mit vielen Beispielen dienen. In der letzten Zeit hatten wir den Fall eines 15—16jährigen Mädchens mit einem kürzeren Fuß, es hat die Hauptschule besucht und nun ist es ausgeschlossen, dieses Mädchen irgendwo in einer Lehre unterzubringen.

Auch fehlt es am Lande draußen vielleicht irgendwie an den Möglichkeiten einer Vereinheitlichung, daß dort unbedingt, wenn Mädchen die notwendigen Voraussetzungen aufweisen, daß ein solches Kind, ein Mädchen oder ein Bube, den Vorzug genießt, in einer Lehrstelle oder in einem Betrieb eine sichere Existenz zu finden. Daher gebe ich hier meiner Befriedigung Ausdruck und glaube, daß man im nächsten Jahr auf Grund der Erfahrungen die Beträge erhöhen wird. (Beifall bei SPÖ.)

Landesrat Maria **Matzner**: Hoher Landtag! Ich muß feststellen, daß sich ein Teil der Debattenredner zum Einzelplan 4 nicht direkt mit diesem beschäftigt hat, weiters, daß keine allzu großen Wünsche und, was ich persönlich feststellen möchte, keine allzu großen Beschwerden gegen die Tätigkeit der Abteilung 9, Fürsorge, laut wurden. Ich möchte sagen, daß es selbstverständlich weder dem Lande noch der öffentlichen Fürsorge noch mit Unterstützung der Privatfürsorge möglich sein wird, allen Mängeln, die sich in der Erziehung und Aufziehung der Kinder ergeben, entgegenzuwirken. Wir sind Menschen, behaftet mit allen Fehlern. Wenn wir auch im Wirtschaftlichen alle Voraussetzungen schaffen, wird es noch immer Fehler geben. Es ist eine Tatsache, das wird von der Steiermark mit Bedauern festgestellt, daß wir das Fürsorgegrundgesetz noch nicht geschaffen haben. Es hat vor ungefähr acht Wochen eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für die Fürsorge in Österreich stattge-

funden, in der Sektionschef Fritzer vom Innenministerium angekündigt hat, daß eine neuer, geänderter Entwurf der Bundesregierung vorgelegt werde und wir endlich zum österreichischen Fürsorgerecht kommen. Sie können davon überzeugt sein, daß wir von Steiermark alles dazu tun werden, daß wir das österreichische Fürsorgegesetz erhalten.

Frau Abg. Lendl hat auf den Raummangel in den Fürsorgeheimen hingewiesen. Die Abteilung 9 bemüht sich seit Jahren, den Neubau eines Fürsorgeheimes zu erreichen. In diesem Hohen Hause wurde schon aufmerksam gemacht, daß das nach 1945 vorhandenen gewesene Fürsorgeheim Feldbach als Krankenanstalt Verwendung gefunden hat und nicht mehr als Fürsorgeheim weiter verwendet wird. Es ist unerlässlich, daß ein neues Fürsorgeheim gebaut wird. Ich verweise da auf das höhere Lebensalter der Menschen und die damit zusammenhängenden stärkeren Alterskrankheiten. Es hat die ÖVP im Finanzausschuß die Auffassung vertreten und diesbezüglich einen Antrag als Minderheitsantrag angemeldet, den Neubau eines Fürsorgeheimes in Radkersburg zu streichen und an Stelle dessen den Bau eines Mütterheimes in Radkersburg zu errichten. Wir haben uns als Sozialistische Partei gegen den Bau eines Mütterheimes nicht zu wenden, wir haben aber den Wunsch, daß beides erfolge. Ich habe im Finanzausschuß aufmerksam gemacht, daß die Errichtung eines Mütterheimes dort unzweckmäßig wäre und daß nach Fertigstellung des Erziehungsheimes Blümelhof für ein Mütter- und Kinderheim in Graz Vorsorge getroffen ist, wozu nur die vorbereitenden Umbauarbeiten durchzuführen sind. Es ist mir nicht recht verständlich, warum die ÖVP der Meinung ist, daß der Bau eines Mütterheimes wichtiger und zweckmäßiger ist als der Bau eines Fürsorgeheimes. Ich habe versucht, mir persönlich ein Bild zu machen und habe hier den Eindruck, daß man der Auffassung ist, daß der Bau von Fürsorgeheimen nicht Aufgabe des Landes wäre. Ich mache neuerdings darauf aufmerksam, daß das Land Steiermark die gesetzliche Verpflichtung hat, denn die derzeit noch geltenden rechtlichen Bestimmungen besagen ausdrücklich, daß der Landesfürsorgeverband verpflichtet ist, für den notwendigen Landesbedarf hilfsbedürftiger, anstalts- und pflegebedürftiger Geisteskranker und Geisteschwacher, Epileptiker, Taubstummer, Blinder und Krüppel in geeigneten Ansalten zu sorgen. Diese Verpflichtung ist vorhanden und wir sind außerdem verpflichtet, allerdings auf Grund der Voraussetzung, daß wir dafür Platz haben, auch andere Hilfsbedürftige in diesen Heimen unterzubringen. Nachdem wir seit langem wissen, daß wir den Platz nicht haben, sind wir an die Bezirksfürsorgeverbände mit der Aufforderung herangetreten, selbst dafür zu sorgen, daß in dem Maße, in dem das Land nicht verpflichtet werden kann auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, in den eigenen Bezirken möglichst für die Unterbringung aller jener Pfleglinge vorzusorgen, die heute noch teilweise in Fürsorgeheimen des Landes untergebracht sind. Unserem Appell wurde, ich kann das mit Befriedigung feststellen, Rechnung getragen. Ich kann dem zustimmen, was Abg. Weidinger

über das Bezirks-Altersheim in Hartberg gesagt hat. Unserem Appell wurde Rechnung getragen und ein Bezirks-Altersheim neu gebaut. Dann haben wir noch Müzzuschlag, Kindberg, das Brucker Heim. Wir wissen, daß, trotzdem diese Altersheime eine andere Gruppe von alten und hilfsbedürftigen Menschen aufnehmen, der Bau des Heimes in Radkersburg unerlässlich geworden ist. Abg. Lendl hat schon darauf hingewiesen, daß wir nicht in der Lage sind, eine gewisse Auflockerung in den Fürsorgeheimen durchzuführen; nicht in der Lage sind, die Jugendlichen von den alten Menschen zu trennen und außerdem alte hilfsbedürftige Ehepaare in die bestehenden Fürsorgeheime unterzubringen. Für diese Sonderzwecke soll Radkersburg dienen. Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, auch hier der Auffassung, und zwar der überprüften Auffassung zuzustimmen, daß wir zu dem Bau des Fürsorgeheimes Radkersburg endlich kommen.

Abg. Pölzl hat uns sehr empfohlen, die Fürsorgegerichtsätze zu erhöhen auf die Mindestrente nach dem ASVG. Ich darf feststellen, daß die Steiermärkische Landesregierung in voller Erkenntnis der Notwendigkeit, daß die Fürsorge angeglichener werden soll an das Mindesteinkommen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, gehandelt hat und die Beschlüsse auch darnach gefaßt worden sind. Wir sind davon ausgegangen, daß die Mindestrente für Selbstversicherte, die durch Jahre und Jahrzehnte ihre Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, 460 S beträgt. Hiezu kommt die Wohnungsbeihilfe von 30 S und für den Haushaltsangehörigen, angenommen für die Ehefrau, ein Zuschlag von 50 S, das sind 540 S. Das ist eine eigentliche Mindestrente für zwei Personen. Wir haben unsere Fürsorgegerichtsätze so aufgebaut, daß der Befürsorgte 300 S, für das erste Haushaltsmitglied 200 S und den tatsächlichen Mietzins, der in manchen Fällen weit über die 30 S Wohnungsbeihilfe hinausgeht, erhält. Wir haben dabei, um allen Schwierigkeiten begegnen zu können, Erhebungen durchgeführt, wie hoch im Durchschnitt in den einzelnen Fürsorgeverbänden der Mietaufwand bei den Dauerbefürsorgten ist und sind zum Durchschnitt von 40 S Mietaufwand für den Dauerbefürsorgten gekommen.

Wenn Sie nun, Herr Abg. Pölzl, rechnen: 300 S Richtsatz für Haushaltungsvorstände, 200 S für die Frau und 40 S als durchschnittlichen Mietaufwand, dann werden Sie ebenfalls auf 540 S kommen. Wir sind damit — das kann ich hier sagen — den anderen bedeutend voraus. Wir haben allgemein, die Sozialisten und die ÖVP, die Auffassung vertreten, wir müssen hier eine Angleichung durchführen an die Mindestrenten. (Abg. Pölzl: „Aber auf die Alleinstehenden trifft das nicht zu.“) Wir sind dann weiter auf die 350 S für Alleinstehende gekommen, weil wir selbst außer der schon vorgesehenen Aufstockung zur Witwenrente noch einen weiteren Betrag aus Fürsorgemitteln hätten aufstocken müssen.

Wir haben darüber lange Beratungen durchgeführt, wir haben es uns bestimmt nicht, leicht gemacht, aber zu den Lasten, die die Gemeinden aus dem ASVG zu tragen haben und auch aus den er-

höhten Fürsorgerichtsätzen, ging hervor, daß wir bei den 350 S bleiben mußten. Ich darf sagen, daß wir wissen, daß die Fürsorgerichtsätze eben nur „Richtsätze“ sind und daß es selbstverständlich auch schon heute Befürsorgte gibt, die je nach Größe der Familie und anderer besonderer Umstände eine erhöhte Befürsorgung genießen und daß wir auch auf diesem Gebiet in der Steiermark wirklich als beispielgebend anzusehen sind. Es erübrigt sich also, hier einen neuen Antrag zu stellen. In anderen Bundesländern geht man erst in den kommenden Wochen daran, die Fürsorgerichtsätze zu erhöhen und nach den Gesprächen, die ich persönlich in den letzten Tagen geführt habe, glaube ich nicht, daß die anderen Bundesländer unserem Beispiel ganz folgen können. Wobei ich unterstreichen möchte, daß wir alle wissen, daß all das, was an Fürsorge geleistet wird, nicht ausreicht, um bei den Befürsorgten von einem sorglosen Leben sprechen zu können. Wir rechnen immer wieder damit — und die Richtsätze geben auch die Möglichkeit dazu — daß sich die Menschen noch etwas dazu verdienen können und auch die Bekleidungs- und Brennstoffaktion der Fürsorge dient dazu, um diesen Leuten das Notwendigste zum Leben zu gewährleisten.

Der Herr Abg. Weidinger hat heute an meine Ausführungen in der Budget-Debatte des vergangenen Jahres hinsichtlich des Taubstummen-Institutes erinnert. Ich muß sagen, die Abteilung 9 und mein Referat sind sich nicht bewußt, hier auch nur das Geringste unterlassen zu haben, um die Taubstummenanstalt frei zu bekommen. Wir haben uns damit auch in der Landesregierung beschäftigt. Es mußte aber festgestellt werden, daß die auf- und umgebauten Räume im Landeskrankenhaus doch nicht imstande waren, die ganze 3. chirurgische Abteilung aufzunehmen in den umgebauten Räumen und daß wir daher in der Taubstummenanstalt nur einen Teil der von ihr besetzten Räume freibekommen können. Diese Räume aber haben uns in die Lage versetzt, daß wir wenigstens alle schulpflichtigen Kinder unterbringen konnten. Im außerordentlichen Voranschlag ist eine unbedeckte Post für den Ausbau der III. Chirurgie in Höhe von 5 Millionen Schilling enthalten. Wenn die Mitglieder der ÖVP mithelfen, eine Bedeckung für diese Post zu finden, dann wird die Räumung der Taubstummenlehranstalt durch die III. Chirurgie möglich sein.

Erlauben Sie mir nun im Zusammenhang mit dem Einzelplan 4 zurückzukommen auf die Ausführungen des Herrn Abg. Stöffler in der Generaldebatte, wo er an mich persönlich die Frage gestellt hat, ob ich noch immer für die soziale Indikation bin. Nicht nur ich, sondern die ganze Sozialistische Partei ist für die soziale Indikation und ich möchte sagen, daß in der Frage, was man unter sozialer Indikation zu verstehen hat, die Sozialisten ganz genau wissen, daß Schwangerschaftsunterbrechungen nur das letzte Auskunftsmittel sind und das wir ja selbst nicht wünschen. Aber wenn in einer Familie schon sehr viele Kinder da sind und wenn die Familie nicht in der Lage ist, die Voraussetzungen für die Erziehung und Gesunderhaltung eines,

weiteren Kindes zu treffen und vor allem, wenn die Frau physisch nicht in der Lage ist, noch weitere Kinder zu gebären, dort sind wir für die soziale Indikation. (Abg. Stöffler: „Das ist die medizinische Indikation.“) Wir befinden uns hier in Übereinstimmung zu den Ausführungen des Koadjutors Dr. Jachym, der auf einer Tagung, die in Wien im Oktober stattgefunden hat, über die Frage der sozialen und medizinischen Indikation ausführte, daß auch die Kirche der Auffassung sei, daß eine Familie nur so viele Kinder aufziehen sollte, wie sie kann. Ich habe das hier festgestellt, weil es zeigt, daß man sich auch auf kirchlicher Seite mit diesem Problem beschäftigt, aber ich glaube nicht, daß es mit einem hingeworfenen Schlagwort bereinigt werden kann. Ich glaube auch nicht, daß wirtschaftliche Maßnahmen allein entscheidend sind für eine Steigerung der Geburtenfreudigkeit. Vor allem wehren wir uns als Sozialisten dagegen, daß die Methoden auf wirtschaftlichem Gebiet den Schluß zulassen, daß die Frau zur Gebärmachine degradiert wird. (Gegenrufe bei ÖVP.) Wir sind über alle wirtschaftlichen Maßnahmen hinaus der Auffassung, daß auch an die Frau gedacht wird, und es wurde schon darauf hingewiesen, daß es heute noch sehr viele Frauen gibt, die jährlich ein Kind zur Welt bringen. Darf ich im Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang noch sagen, daß es auf die Dauer gesehen oder für die Zukunft gar nicht so ist, daß wir in 10, 20 oder 30 Jahren nicht in der Lage sein sollen, die sozialen Errungenschaften auszubauen, weil zu wenig Menschen da sind. Ich bin wirklich nicht dieser Auffassung. Es haben sich bürgerliche Kreise und selbstverständlich auch die Sozialisten mit diesem Problem ernstlich beschäftigt und wir sind zu dem Schluß gekommen, nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die politische Unsicherheit und die soziale Unsicherheit sind es gewesen, die vielfach zu dem Rückgang der Geburtenzahl geführt haben. Ich habe vor mir eine Statistik über die Bevölkerungsbewegung aus dem Jahre 1954 und das Material wird augenblicklich im statistischen Zentralamt verarbeitet, daraus geht hervor, daß wir, zumindest für Steiermark gesehen, in diesem Jahr sogar einen Anstieg der Geburtenzahl zu verzeichnen haben. Es wurde daraus außerdem ersichtlich, daß diese, sagen wir ansteigenden Geburten nicht zu verzeichnen sind in bäuerlichen Bezirken wie Hartberg, Leibnitz, Radkersburg usw. (Landesrat Prirsch: „Relativ, gnädige Frau! Ein Zeichen, daß es den Bauern schlecht geht.“) Ich stelle also fest, daß hier die Probleme viel tiefer liegen, sie gehen quer durch die Bevölkerung. Hier sind es nicht immer die wirtschaftlichen Fragen allein, die eine entscheidende Rolle spielen (LR. Prirsch: „Bei den Bauern sicher!“), und ich habe schon im Jahre 1953 gesagt, in welchen Familien und unter welchen Voraussetzungen weniger Kinder vorhanden sind.

Ich glaube aber, daß das Anführen von hohen Geburtenzahlen in anderen Ländern Europas oder der Welt überhaupt uns auch kein klares Bild geben kann. Die Geburtenzahlen allein sind nicht entscheidend. Entscheidend sind die Geburtenzahlen nur im Vergleich mit den Ziffern der Säuglingssterblichkeit. Wenn angeführt wird, daß in Portugal

und in Italien und in anderen Ländern mit geringeren sozialen Leistungen als in Österreich und mit geringerer Vorsorge für werdende Mütter und Mütter überhaupt Leistungen erbracht werden, dann wissen wir, daß in diesen Ländern auch die Säuglingssterblichkeit höher ist als bei uns in Österreich. Sie beträgt in Steiermark im Jahre 1954 noch immer 4.9% und wir sind in der Lage, nach Schweden, dem Lande mit der derzeit geringsten Säuglingssterblichkeit, nämlich 2.9%, eine höhere, sagen wir lebensfähigere Geburtenzahl zu haben, wenn wir noch etwas mehr tun zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Ich glaube, daß das, was wir zu tun haben, auf diesem Gebiete liegt und all unsere Bemühungen darauf hinaus gehen müssen, neben wirtschaftlichen Maßnahmen zu erreichen — und hier möchte ich als Vertreter der ÖVP. bitten, mitzuwirken —, daß dem Antrag der Sozialisten auf Gewährung von Heiratsbeihilfen und Geburtenhilfen für alle, nicht nur für Bedienstete des Landes Steiermark, stattgegeben wird. Es geht vor allem darum, Maßnahmen für die Mütter selbst im steigenden Maße zu treffen; auch hier soll durch den Entwurf eines Mutterschutzgesetzes, eines österreichischen Mutterschutzgesetzes, dafür gesorgt werden, daß die Mütter die Zeit nach der Entbindung sorglos verbringen können, ihre Gesundheit und die Gesundheit des kommenden Kindes erhalten und sichern. Die junge Mutter soll ihren Arbeitsplatz, den sie infolge der Schwangerschaft verlassen mußte, auch wieder erhalten, nachdem sie sich ihrem Kinde widmen konnte. Wir sind überzeugt, daß dadurch ebenfalls ein Beitrag zur Erhöhung der Geburtenzahl geleistet wird.

Ich freue mich, daß es auf Grund der Debatte zu Einzelplan 4 und der grundsätzlichen Ausführungen zu diesem Einzelplan doch dazu gekommen ist, daß wir alle miteinander wetteifern in dem Bestreben, die soziale Sicherheit der Menschen zu vergrößern, so daß aus der Fürsorgeinstitution von einst ein Wettbewerb um den Ausbau der sozialen Errungenschaften für alle, auch für die Mütter und Kinder in diesem Staate, geworden ist. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

Landeshauptmann Krainer: Ich habe nicht die Absicht, gegen die Rede der Frau Landesrat zu polemisieren. Frau Landesrat Matzner hat mehrmals angeführt, daß für die Alten nicht die notwendige Vorsorge getroffen wird und zwar aus dem Grunde, weil die ÖVP. hier nicht vollkommen mitgeht und einen Antrag eingebracht hat, an Stelle des vielgenannten Altersheimes in Radkersburg ein Mütterheim zu errichten.

Ich will nun klar machen, warum wir der Meinung sind, daß man nach Radkersburg wohl ein Mütterheim, nicht aber ein Fürsorgeheim geben kann. Wir anerkennen dankbar, daß von beiden Referenten in den letzten Jahren die Errichtung von Altersheimen angeregt und gefördert wurde. So sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Altersheimen geschaffen worden, in Hartberg, in Mürzzuschlag, in Leibnitz, in Bruck, eine Erweiterung in Deutschlandsberg, in Kindberg, Feldbach, Mureck und Weiz. In den Bezirken sind weitere

vier Heime, die in den nächsten Jahren vollendet und aufgebaut sein werden. Nun wird es in diesen Heimen überall so sein wie auch in Hartberg, daß für die Siechen eine besondere Vorsorge getroffen werden muß und eine eigene Abteilung geschaffen wird; in Hartberg, das möchte ich ausdrücklich feststellen, besteht die Möglichkeit, daß die Pflegebedürftigen — und diese Tendenz ist ja auch in allen übrigen Heimen vorhanden — in einer eigenen Abteilung Aufnahme finden. Wir haben es uns sehr wohl überlegt, als wir den Antrag gestellt haben, nach Radkersburg, in den entlegenen Zipfel unseres Landes, nicht ein Fürsorgeheim zu geben. Es ist leider nicht möglich, in jedem Ort für die Unterbringung der Alten und Siechen zu sorgen. Richtig ist es, in einem kleinen Umkreis der Verwandten und Bekannten für die Unterbringung dieser Menschen vorzukehren, so weit nicht Verwandte selbst diese Aufgabe übernehmen. Wir haben es oft erlebt, wenn der Mensch in seinen alten Tagen versetzt werden mußte, er der Familie, den Verwandten und Bekannten entrückt ist, daß er dann verlassen ist. Er ist zwar in einem Heim untergebracht, es fehlt ihm aber alles, was den alten Menschen noch aufrecht erhält. Die Versetzung solcher armer Leute in entlegene Gebiete unseres Landes ist unserer Überzeugung nach nicht menschlich. Es kann nicht der Zweck und die Absicht der Landesregierung sein, diese alten Menschen einfach von ihrer Familie und ihren Bekannten zu entfernen und sie in der unbekanntenen Weite unterzubringen. Wir sind der Meinung, daß die Bezirke alle Anstrengungen machen müssen, um auch die Fürsorgefälle, auch jene, die bettlägerig sind, wenigstens in den Bezirken in eigenen Abteilungen unterzubringen, damit die Verwandten, Freunde und Bekannten die Möglichkeit haben, diese alten Menschen noch aufzusuchen und sie wenigstens zu den Festtagen ein wenig menschlich zu betreuen.

Diese unsere Auffassung werden wir mit allem Nachdruck vertreten. Wir sind gegen eine Fürsorge, die darauf ausgerichtet ist, den Menschen zwar ein Dasein, aber irgendwo zu verschaffen. Wir sind der Meinung, daß man den alten, kranken Menschen nicht aus seiner Umgebung herausreißen darf, und daß es als Mindestforderung gelten muß, daß er im Bezirke untergebracht ist, weil nur so noch die Möglichkeit gegeben ist, die menschlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten; diese alten Menschen nur einfach irgendwo unterzubringen, damit werden wir uns nicht zufrieden geben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eines sagen, meine Damen und Herren. Der Herr Finanzreferent klagt und die Landesregierung klagt darüber, daß die Personallasten ständig steigen. (1. L.-H.-Stellv. Horvatek: „Er stellt nur fest, er klagt nicht.“) Nicht Sie allein, die Landesregierung auch und ich klage mit. Es ist eine Tatsache, daß mit neuen Heimen neue Dienstposten notwendig sind und neue Kosten erwachsen. Wir glauben, daß man die Ausgaben so verteilen soll, daß sie sinnvoll und menschlich sind, und hier haben die Bezirksfürsorgeverbände bzw. die Gemeindeverbände noch ein Aufgabengebiet, das bisher leider

vernachlässigt worden ist. Wir möchten aber auch noch aus einem anderen Grund die Befürsorgten bzw. die alten Leute bezirklich untergebracht sehen. Es ist leider eine unleugbare Tatsache, daß die Familienbande nicht mehr jenes feste Band ist, wie es für ein gesundes Volk wünschenswert wäre. Leider ist es so, daß die Familiensolidarität weitgehend verschwunden ist und ich höre immer wieder die Klage, was sollen wir mit diesen „Alten“ anfangen. Es will sich der Sohn gegenüber seiner Mutter oder die Tochter gegenüber der Mutter oder dem alten Vater nicht mehr die Mühe nehmen, auf sie zu schauen, auch dann, wenn es möglich wäre. Wo also dieses Familienband so locker geworden ist und wenn schon die öffentliche Hand eingreifen muß, dann wollen wir den Platz der Unterbringung wenigstens so einrichten, daß der alte Vater oder die alte Mutter nicht ganz in die Ferne rücken, um dann vergessen zu werden, sondern daß sie wenigstens in der näheren Umgebung sind und man sich auf diese Weise noch ab und zu interessiert, wie es den nächsten Angehörigen in irgend einem Heim geht. Es sind also die Gründe für die Ablehnung eines Fürsorgeheimes in Radkersburg die, daß wir der Meinung sind, man kann die alten Leute nicht in die entferntesten Gegenden unseres Landes verpflanzen. Wir sind der Meinung, daß auf dem Gebiete der Fürsorge die Gemeindeverbände mehr als bisher tun sollen, damit diese Pflegebedürftigen in eine Umgebung kommen, in der sie sich nicht menschlich verlassen fühlen.

Wir sind aber ebenso der Meinung, daß auch die Einrichtung eines Mütterheimes dringend notwendig wäre. Ich kann aber erst dann für Kinder sorgen, wenn sie zur Welt gekommen sind. Erst dann kann ich vorsorgen, daß die Kindersterblichkeitsrate durch eine entsprechende Befürsorgung herabgesetzt wird. Ich muß zuerst Kinder haben. Und es ist einmal eine unleugbare Tatsache, daß viele Frauen, vor allem ledige Frauen deshalb einen Abortus anstreben, weil sie sich nicht getrauen, ein Kind zur Welt zu bringen, weil sie nicht wissen, wo sie dieses Kind gebären sollen. Wir würden also dringend ein Heim brauchen, und da wäre der Platz Radkersburg außerordentlich gut gelagert, damit die werdende Mutter weiß, ich kann dorthin gehen, ich kann dann, wenn ich das Krankenhaus schon verlassen müßte, noch dort bleiben, ich kann in das Heim gehen, wo ich ruhig der Geburt entgegen sehen kann und wo ich mich auch nachher nicht fürchten muß, ohne Unterkommen zu sein. Ich glaube, daß das eine vordringliche Aufgabe der öffentlichen Hand wäre. Wir haben ja den einen oder den anderen Ansatz für ein solches Heim, z. B. die guten Hirtinnen, also christliche Schwestern, haben ein solches Heim eingerichtet. (Landesrat Maria Matzner: „Auf Grund unserer Anregung.“) Ja, aber zahlen tun es vorläufig die guten Hirtinnen selbst. Ist es nicht vor allem eine vordringliche Aufgabe des Landes oder des Staates, zu trachten, daß die werdende Mutter ihrer Hauptsorge: Wohin, wenn ich niederkommen soll? enthoben wird, und daß ein solches Heim geschaffen wird? Wir sind ja auch nach dem Grundsatzgesetz, das der Bund beschlossen hat, verpflichtet, — und wir werden ja das

Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz demnächst hier behandeln — solche Heime einzurichten.

Warten wir nicht lange, nehmen wir die erste Möglichkeit wahr, die dazu geboten ist, und sorgen wir dafür, daß für die werdenden Mütter ein Heim geschaffen wird, wo sie sich wohl fühlen und wissen, daß sie ohne Sorgen ihr Kind gebären können. Ich bitte die Frau Landesrat Matzner, diese Gründe zu würdigen, es handelt sich hier meiner Überzeugung nach um eine gute Sache und es handelt sich um eine menschliche Sache, und wie ich weiß, werden wir uns sicher auf diesem Standpunkt finden und beiden, den Alten in den Bezirken und den werdenden Müttern, helfen können. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Landesrat Maria Matzner: Entschuldigen Sie, wenn ich noch einmal das Wort nehme, aber ich habe die Überzeugung, daß es sich hier um einen Irrtum handelt. Es ist nicht richtig, daß ein Altersheim die gleichen Aufgaben hat wie ein Siechenheim. Und es ist richtig, daß wir verpflichtet sind, für die Siechen auf Grund des § 5 solche Anstalten einzurichten. Und es gibt ein Zwischending, daß man in Altersheimen da und dort Einrichtungen dafür schafft, wie es nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes in Hartberg geschehen ist. Dazu sind aber die Bezirksaltersheime nicht verpflichtet, dazu ist das Land verpflichtet. Wir können Anregungen an die Bezirksaltersheime hinausgeben, haben es auch getan, aber trotzdem erklären die Bezirksheime, nicht in der Lage zu sein, auch die schwer Pflegebedürftigen in diesen Heimen unterzubringen. Und das ist der Irrtum und auch der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Auffassung. Wir haben gerade mit Rücksicht darauf, daß wir die Leute von ihrer Verwandtschaft nicht zu sehr entfernen und entwurzeln wollen, Radkersburg gewählt, denn wir haben schon drei bestehende Heime in der Obersteiermark, aber für einen großen Teil der Pfleglinge aus dem ost- und südsteirischen Gebiet ist gerade deshalb, damit hier der Kontakt mit den Angehörigen wach bleibt, Radkersburg ausgewählt worden. Und auf Grund eines einstimmigen Regierungsbeschlusses wurde bewilligt, daß dieses Heim vom Land geschaffen wird.

In der Frage des Mütterheimes wiederhole ich das, was bereits in der Landesregierung gesagt wurde im Zusammenhang mit dem Ausbau des Blümelhofes und dem „Mutter-und-Kind“-Heim. Wir haben das voraussichtliche Erfordernis zusammen mit den Fürsorgerinnen festgestellt. Und dazu kommt noch, daß die Hirtenschwestern ein solches Heim bereits eingerichtet haben. Ich glaube, daß wir alle das Bestreben haben, daß die arbeitende uneheliche Mutter eine Unterkunft findet. Hartberg hat für Geistesschwache und Bettlägerige ein Unterkommen geschaffen, aber keine Unterkunft für Mutter und Kind. Während andere wieder Mutter-und-Kind-Stationen in ihren Bezirksaltersheimen eingerichtet haben. Und so weit ich erfahren habe, wird auch in Bruck eine eigene Gebärstation eingerichtet und Mutter und Kind aus der Umgebung dort untergebracht.

Es sind also, möchte ich sagen, gleichartige Bestrebungen auf allen Gebieten. Aber dies entbindet uns nicht der Verpflichtung, hier jene Aufgaben zu erfüllen und durch den Bau eines Fürsorgeheimes für schwer siche Personen, die nicht in Altersheimen untergebracht werden können, vorzusorgen. Unsere Forderung ist nur von diesem Gesichtspunkt ausgegangen und nicht von dem Gesichtspunkt, daß das ohnedies auch durch erweiterte Altersfürsorge in Altersheimen erfüllt werden könnte. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Stöffler: Ich habe zu meiner Überraschung zur Kenntnis genommen, daß Frau Landesrat Matzner immer noch den Standpunkt einnimmt, es gäbe eine sogenannte soziale Indikation. Keimendes Leben ist jedenfalls Leben, und zwar menschliches Leben und es darf und soll nie erlaubt sein, ein Menschenleben auf Grund materieller Überlegungen zu töten. Das Recht haben wir Menschen nicht! Nie haben wir dieses Recht! Wenn sich die Menschen eingehend überlegen, ob sie das Recht besitzen, Verbrecher zum Tode zu verurteilen, um wieviel weniger haben wir dann das Recht, menschliches Leben zu töten, nur weil man glaubt, daß die materiellen Voraussetzungen, ein Kind zu ernähren und zu erziehen, beim Elternpaar nicht gegeben sein werden. Ja, wer zieht denn da die Grenze, wo die materielle Unmöglichkeit, ein Kind zu erziehen, beginnt? Und wenn man selbst diese Grenze ziehen könnte, ist da nicht der Tod das furchtbarste Auskunftsmittel für jene Fälle, die hinter dieser Grenze liegen? Das richtige Auskunftsmittel ist die Hilfe, aber niemals der Tod! Wir werden uns mit aller Vehemenz gegen diese Auffassung zu töten wenden, weil das Volk bei dieser Auffassung in einen moralischen Sumpf geraten würde. Ich bedaure es außerordentlich, daß Sie immer wieder zu diesem Standpunkt zurückkehren. Ich hätte erwartet, daß wenigstens die drohende Katastrophe des Volkstodes soweit eine Ernüchterung bringt, die auch Sie in der Richtung bewegen müßte, alles zu tun, um das keimende Leben zu schützen und wenn die Kinder zur Welt kommen, alles zu tun, um ihre Erziehung zu gewährleisten. (Frau Landesrat Maria Matzner: „Das ist ja keine Frage!“) Über die physische Eignung sollen die Ärzte bestimmen, dort haben die Politiker überhaupt nichts zu suchen. Man wird die medizinische Indikation, ob man will oder nicht, zur Kenntnis nehmen müssen. Doch wird auch auf diesem Gebiet nicht zuletzt, weil so viel von der sozialen Indikation gesprochen wird, die Auffassung darüber, was richtig ist, ins Wanken kommen, insbesondere dann, wenn bei den Leuten, die das Urteil zu fällen haben, auch schon der Boden des Gewissens fehlt. Für die Gewissenlosen wird der Weg immer leichter, wenn wir ihnen freie Bahn schaffen und Ausreden für Unregelmäßigkeiten finden. Wir geben es trotzdem nicht auf, nochmals an ihre Partei zu appellieren. (Abg. Sebastian: „Appellieren Sie an Ihre Freunde im Wirtschaftsbund!“) (Abg. Dr. Pittermann: „Reden Sie nicht so zu einem solch ernstesten Thema! Das kennzeichnet Ihren Charakter!“) Diese Dinge sind viel zu ernst und gehen viel zu tief in die Seele des Menschen, als daß wir sie mit die-

sen Zwischenrufen abtun könnten. Man muß sich wirklich ernste Gedanken machen aus der Verpflichtung heraus, die wir gegenüber dem Volke haben, nicht nur hinsichtlich seiner zahlenmäßigen, sondern vor allem auch ob seiner moralischen Entwicklung. Wenn Sie die Worte eines Priesters zitieren, gnädige Frau (zu Frau Landesrat Matzner), so muß ich dazu feststellen: Ich habe den Appell dieses Priesters nicht gelesen. Ich bin aber überzeugt, daß es keinen Priester gibt, der die soziale Indikation verteidigen würde, denn das widerspricht dem Glauben an Gott! (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Hofmann-Wellenhof: Wenn ich mir einige ganz kurze Worte zu diesem Thema erlaube, wollen Sie, Frau Landesrat, dies nicht als persönlichen Angriff auffassen. Ein Wort in Ihren Ausführungen hat mir ganz persönlich weh getan, das Wort „Gebärmaschine“. Dieses Wort sollen wir überhaupt nicht gebrauchen. Ich weiß, wie das Wort zu verstehen ist. Ich habe drei kleine Kinder zu Hause und werde auch ein viertes geschenkt bekommen, ich halte noch fest an dem alten Glauben, daß Kinder ein Segen sind und daß der Kindersegen über einem Hause, einer Familie, walten muß. Gnädige Frau, ich weiß Ihre Verdienste in der Fürsorge voll zu schätzen. Wenn ich aber nach dieser Landtagssitzung nach Hause komme und meiner lieben Frau gegenüber trete, so ist es unmöglich, daß mich dieses Wort begleitet. Es stammt aus dem deutschen Wortschatz anno 1938, da hat man die Mütter dekoriert, wenn sie vier Kindern das Leben schenken. Es war kein Grund, daß sie vom Staat einen Orden erhielten, es ist eine private Angelegenheit, aber gerade dem damaligen Staat dürfte man auch jetzt schon aus einer gewissen historischen Rückschau heraus um nichts in der Welt einen Vorwurf machen, daß er die Geburtenzahl so ungemein steigerte, weil die Familien gewisse materielle Vorteile erhielten; nein, dies wäre eine Geschichtsfälschung, weil diese Familien den naiven Glauben hatten, daß dieser Staat eine große Festigkeit aufweisen werde. Mit der Sage vom tausendjährigen Reich hat man das Volk in der Erwartung einer glücklichen Zukunft gewiegt und damit den biologischen Lebenswillen in einem außerordentlichen Maße gefördert.

Wenn Sie hier sagen, verehrte Frau Landesrat, die Entwicklung der Geburtenzahl in Steiermark sei nicht mehr so katastrophal, so ist das erfreulich und nicht zuletzt das Verdienst der Bemühungen des Landes in fürsorgerischer Beziehung; aber vergessen wir nicht, dieses kleine Aufholen ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung, der augenblicklichen Konjunktur. Dieses kleine Aufholen wird aufgesaugt durch das steigende Defizit, das biologisch unsere Bundeshauptstadt Wien darstellt. Gerade Wien ist bekannt, in ganz Europa bekannt wegen seiner vorbildlichen Einrichtungen für die Förderung und Schutz der Kleinkinder. Aber diese Förderung ist letzten Endes nicht entscheidend und vermag den biologischen Lebenswillen nicht wesentlich zu beeinflussen. Man sagt, Wien ist eine aufstrebende Stadt, wenn man auf seine schönen Bauten sieht, nein, Wien ist eine sterbende Stadt

und wenn Wien nicht den biologischen Lebensüberschuß, der noch auf dem Flachland vorhanden ist, an sich zöge, wäre Wien in einer Generation keine Weltstadt, bestenfalls eine mittlere Stadt, vielleicht sogar eine kleine Stadt.

Die Situation ist außerordentlich gefährlich. Die herrlichen Kindergärten und Spielplätze werden leerstehen und auf den Rutschbahnen werden keine Kinder sein und dort herunterrutschen. Das ist keine Demagogie, sondern eine Kernfrage unserer Zeit und unseres ganzen völkischen Lebens. Gerade wir, die wir Grenzen haben nach dem Süden und Südosten, sind zu besonderer Vorsorge verpflichtet; wir wissen, daß in diesen Ländern aus der biologischen Kraft dieser Völker trotz ungünstigster sozialer und politischer Umstände ein ganz anderer Geburtenüberschuß herrscht als bei uns. Diese Kinder werden einmal gegen unsere Grenzen drücken, das ist selbstverständlich, und es wird ein Spannungsfeld erzeugt werden, das nicht zu unseren Gunsten bereinigt werden wird, wenn wir nicht einen natürlichen Wall aus Leben gegen diese Bedrohung aufrichten können.

Ich möchte ersuchen, daß wir diese Frage als eine Herzensfrage betrachten, und nicht als eine Frage zwischen Wirtschaftsbund und anderen Organisationen. Sie geht nämlich weit darüber hinaus. Vor allem muß in der Bevölkerung wieder die Überzeugung geweckt werden, daß, wenn auch materielle Errungenschaften geboten werden, nicht der der Dumme ist, der Kinder hat, und es muß die Überzeugung geweckt werden, daß man Kinder nur erziehen kann unter Verzicht auf gewisse äußere Lebensgüter, die unter dem Schlagwort Lebensstandard das Ziel vieler geworden ist. Vor zwei Tagen habe ich mich hier unterhalten über die Frage Kühlschranks oder Mozart und man solle Mozart nicht über dem Kühlschrank vergessen. Aber nun ein persönliches Erlebnis. Ein Bekannter fragte mich unlängst: „Wieso haben Sie kein Auto?“ und gleich darauf: „Na ja, Sie haben eben Kinder.“ Gewiß sollte es nicht heißen: Auto oder Kinder, sondern Auto und Kinder. Aber augenblicklich ist es eben so, und jeder von Ihnen, der eine größere Familie hat, wird das bestätigen, daß man eben heute in Österreich Kinder nur auf Kosten des eigenen Lebensstandards großziehen kann. Und nun wage ich die Behauptung, daß Lebensstandard ein relativer Begriff ist. Der eine erblickt ihn im zivilisatorischen Komfort und der andere in inneren Werten, und da ist letzten Endes der Mann, der zwar zu Fuß geht, aber ein paar Kinder hat, meiner Ansicht weit reicher und besser daran und läßt neidlos dem anderen alle diese Dinge, die verrostet und nach drei Jahren wider unmodern sind und wieder durch neue ersetzt werden müssen. Denn Kinder, meine Damen und Herren, werden nicht unmodern, sie machen unser Geben reich und glücklich. Gestatten Sie, daß ich heute weniger als Abgeordneter sprach, sondern gerade jetzt wenige Tage vor dem größten Wunder der Kindwerdung ich nichts anderes bin als einfach ein Hausvater oder wie man im Volksmund sagt „ein Kindsvater“. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Pölzl: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Es gibt keine ernste Frage unseres Lebens, die nicht auch die soziale Frage unseres Landes berühren würde. Es ist ganz ausgeschlossen, die Frage der Indikation zu behandeln, ohne daran zu denken, daß das Wort Indikation für die verschiedenen Klassen unseres Volkes etwas sehr verschiedenes bedeutet und etwas sehr verschiedenes ist. Machen wir uns doch gegenseitig nichts vor, in Wirklichkeit ist die Situation so: Es gibt so- und sovieler tausende Frauen, die wirtschaftlich und sozial sehr wohl in der Lage wären, Kinder zu gebären und aufzuziehen, die aus den Kreisen der besitzenden Klasse hervorgehen und die immer wieder Mittel und Wege finden, nicht zu gebären. Das sind diejenigen, die das Geld haben, sich einen entsprechenden Arzt zu suchen und sich in ein Sanatorium zu legen und die den Kindersegen, von dem wir alle wissen, daß er das Schönste und das Größte ist, das wir uns ausdenken können, ablehnen und ein Dasein führen, das mit ihrem sonstigen Drogen-dasein eben in Einklang zu bringen ist.

Die Frage der Indikation in unserem Lande ist eine Klassenfrage in hohem Grade. Und wenn natürlich von den Vertretern der herrschenden Klasse den unterdrückten Klassen immer wieder gesagt wird „Ihr müßt Kinder kriegen“ und wenn auf der anderen Seite diesen unterdrückten Klassen ununterbrochen vor Augen geführt wird, daß jene, die wohl in der Lage wären, Kinder zu erziehen und zu gebären, nicht im Schlaf daran denken, sich Kinder anzuschaffen, dann darf man wirklich nicht unwillig werden, wenn die Freude zum Kind außerordentlich stark beeinträchtigt wird beim Arbeiter und auch beim Bauern von der Sorge, wie werde ich dieses Kind ernähren und großziehen.

Der Herr Abg. Stöffler sagt, „heilig ist das Leben“ und ich möchte vollkommen mit ihm übereinstimmen, wenn wir wirklich in der Lage wären, das Leben zu verteidigen, nämlich dort, wo es notwendig ist. Aber, meine Damen und Herren, es ist leider so in der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, daß die natürliche Gemeinschaft der Menschen nicht imstande und nicht in der Lage ist, die individuelle Not des Einzelnen aufzuheben und zu lindern in dem Ausmaß, als es notwendig wäre dann, wenn einer in die schwerste Not und das größte Elend gerät, wie das bei einer ledigen Mutter der Fall ist, die vor der Frage steht, ihr Kind zu gebären oder nicht. Wir wissen doch alle aus persönlicher Erfahrung und aus dem täglichen Anschauungsunterricht, wie sich die Dinge hier wirklich abspielen, und auf welcher entsetzlichen Weise gerade auf dem Land draußen Frauen oft gezwungen sind, Kinder zu gebären.

Der Herr Abg. Hofmann-Wellenhof hat gemeint, man müsse an diese Betrachtungen die Frage knüpfen, „wie sieht es in den Volkdemokratien und in der Sowjetunion aus?“ Sie wissen, daß eine österr. Delegation von Abgeordneten in der Sowjetunion geweilt hat und ich habe alles mögliche darüber gelesen. Aber es hat keinen einzigen Abgeordneten gegeben, der nicht bezeugt hätte, daß für Mutter und Kind in diesem sozialistischen Land unter allen Umständen gesorgt wird. Gelingt es auch uns, für Mutter und Kind — woran ich aller-

dings zweifle — auch in der kapitalistischen Welt unter allen Umständen zu sorgen, dann ist auch die Frage der sozialen Indikation nicht mehr aktuell und nicht mehr auf der Tagesordnung.

Landesrat Fritz **Matzner**: Wer den Worten der Frau Landesrat Matzner nicht nur mit den Ohren, sondern auch mit dem Gefühl gefolgt ist, hätte feststellen müssen, wie sie das Wort „Gebärmachine“ gebraucht hat und dabei selbst innerlich erschüttert war. Das ist auch aus den vorausgegangenen Beispielen zu ersehen gewesen. Es galt festzustellen, daß die Frau, bar aller Würde, zur Mutter förmlich gezwungen wird und letzten Endes eine Kränkung der Frau und Mutter entsteht. So habe ich die Ausführungen der Frau Landesrat Matzner verstanden. Ich finde darin eine gewisse Spitzfindigkeit, als ob sie die Fürsprecherin wäre für ein solches Entweder-Oder, als ob sie nicht Verständnis hätte, daß Derartiges nicht sein darf. Niemand — auch nicht der Abg. Stöffler — darf daraus den Schluß ziehen, daß wir nicht alles tun wollen, daß gesunde Kinder zur Welt kommen. Wir haben die ersten materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen, es ist, ohne marktstreuerisch zu sein, der Sozialdemokratischen Partei vor allem in der 1. Republik und jetzt wieder der Sozialistischen Partei zuzuschreiben, daß sie bisher führend alles getan hat, um die materiellen Voraussetzungen zu bessern und daraus die Forderung wieder ableiten zu können: Bringt Kinder dem Volke. So haben wir es gehalten. Wir waren es, die zuerst die Voraussetzungen dafür geschaffen haben.

In Wien hat die sozialistische Gemeinde die Mütterberatungsstellen eingerichtet, sie hat das neu gekommene Kind sofort in Windeln gewickelt und hat dem Kind, ob von einem Armen oder Reichen, das gegeben, was es braucht in der ersten Stunde. (Abg. Hofmann-Wellenhof: „Ich habe eigens die Verdienste der Gemeinde Wien betont.“) Wenn wir uns weiter fragen, wer hat endlich den Mutterschutz geschaffen, daß auch auf gesetzlichem Wege sich die Frau vor oder nach der Geburt dem Kinde, dem kommenden und gekommenen, völlig widmen kann? Das waren Dinge, die durch uns initiiert worden sind und heute werden Töne angeschlagen, als ob die OVP allein dazu da ist, das Schöne und Gute bei Mutter und Kind zu finden. Wir haben das praktisch bewiesen, wir sind nicht bei den Worten geblieben. Ich rede da gegen Abg. Stöffler, der solches getan hat. Heute haben Ihre Worte, sicher zumindestens in Gedanken, den Eindruck erweckt, als ob die OVP die alleinige Trägerin des Gedankens für das Wohl von Mutter und Kind wäre. Dem muß begegnet werden, nicht weil man eifersüchtig ist, wem die Prämie oder die Palme zufallen soll, sondern weil man Menschen, die sich durch ihr ganzes Leben lang bemüht haben, in dieser Weise Gutes zu tun, unnötig kränken würde.

Wenn ich nun auf diese so menschliche Haltung, die Abg. Hofmann-Wellenhof zeigte, eingehe, darf ich auch um Verständnis dafür bitten, daß man eine solche Methode nicht unterstützen wird, die in ihrer Ausführung ganz leicht den Verdacht aufkommen läßt — und der Beifall, der Ihnen gezollt wurde, hat das gezeigt —, daß sie nur einseitig gegen uns

gerichtet ist. (Zwischenruf: „Sie hätten applaudieren können.“) Ich kann mich beherrschen. Ich darf für uns in Anspruch nehmen, daß wir auf diesem Wege kaum etwas zu lernen haben, als wo kriegen wir die Mittel her, um noch mehr zu tun, als bisher geschehen ist. Es hat die Sozialversicherung sehr viel auf diesem Wege geleistet. Und wenn wir weiter uns um die Jugendlichen kümmern, werden wir das für uns in Anspruch nehmen, die wir auch hier Schrittmacher gewesen sind.

Ich habe den Herrn Landeshauptmann nicht ganz verstanden, wenn er sich plötzlich für Mutter und Kind stärker interessiert, als er auch von den alten Menschen gesprochen hat. Aber ich glaube, es ist dann erst ein Werk annähernd vollständig, ein Werk, das für alle Menschen gesetzt werden soll, wenn gesagt werden kann, wir haben alles getan, was möglich ist, von der werdenden Mutter bis zum abgehenden Menschen, dem wir es in diesen letzten Jahren, Monaten und Tagen so leicht wie möglich machen wollen. Das ist das Bestreben der Frau Landesrat Matzner und nicht das Wegreißen des alten Menschen von der Familie, die ihn dann nicht besuchen kann. Was hat der arme Mensch davon, wenn er jetzt in einer bäuerlichen oder in einer Arbeiterfamilie lebt, wenn sie ihm nicht all das geben kann, was wir als Menschen, die das Schönste für ihn wollen, ihm geben können? Es ist viel gescheitert, ihn herauszunehmen aus der Familie, wo er vielfach als Last empfunden wird und in ein schönes Heim zu geben.

Wir erleben — das soll kein Angriff auf die Bauernschaft oder die OVP sein — wir erleben furchtbare Fälle vor allem in bäuerlichen Kreisen, wie die alten Menschen behandelt werden. Man könnte statistisch sich die Mühe geben, nachzuweisen, was dort in furchtbarer Weise geschieht, nur damit man alte Menschen wegbringt, zum Erbrecht kommt und ähnliches mehr. So wollen wir nur an die alten Menschen denken und wollen sie herausnehmen aus einer qualvollen Umgebung. Es können die Angehörigen bei den heutigen Verkehrsmitteln ihn immer leicht besuchen kommen, sie können jeden Sonntag zu ihrem Vater oder ihrer Mutter kommen. Es ist heute möglich, daß sich das Familienband im Laufe der Jahrzehnte gelockert hat und sich das Verantwortungsgefühl des Sohnes zum Vater und der Tochter zur Mutter geändert hat und nicht mehr jene enge Bindung herbeizuführen ist. Das ist leider richtig.

Darum glaube ich, daß wir beides zu tun haben. Wenn die Referentin vorschlägt, als erste gute Sache für die Alten etwas zu tun, sollten wir alle ihre Wünsche erfüllen, nichts vernachlässigen und die Sache der zu erwartenden und geborenen Kinder ebenso ernst behandeln wie bisher. Wollen Sie nicht versuchen, der Frau Landesrat Matzner Gefühllosigkeit zu unterschieben, es war wirklich von ihr nur der Protest der Frau, der gegen eine solche Zumutung zum Ausdruck gebracht wurde und nicht mehr. (Beifall bei SPO.)

Abg. Präs. **Scheer**: Hohes Haus; meine Damen und Herren! Es ist erfreulich festzustellen, daß von sämtlichen Fraktionen zu hören ist, daß eine ernste Be-

sorgnis vorherrscht, unseren Geburtenrückgang wieder in einen geburtenfreudigen Zustand zurückzuführen, und daß verschiedene Wege hier aufgezeigt wurden, wie der Wunsch realisierbar ist. Ich darf kurz dazu feststellen, daß es weder die materielle Seite allein, noch die moralische Seite allein schaffen wird, daß dies gelingt, sondern daß die Wahrheit in diesem Falle in einem goldenen Mittelweg liegt. Mit materiellen Dingen allein wird man den Geburtenrückgang nicht beheben, und auch der begüterte Stand ist nicht der, der die meisten Geburten aufweist, sondern gerade umgekehrt. Gerade der sozial weniger gut gestellte ist der, der eine wesentlich größere Geburtenzahl aufweist. Das allein ist es also nicht. Und es hat der Herr Kollege Hofmann-Wellenhof hier einen Vergleich zur Vergangenheit gebracht, in dem er darauf hingewiesen hat, daß das Volksgefühl, das moralische Empfinden eines Volkes auf der einen Seite und das Wissen um eine gesicherte soziale Zukunft auf der anderen Seite, daß ein Zusammenwirken dieser beiden Dinge das Erreichen wird, was wir alle wollen, nämlich daß unser Volk nicht zugrundegeht. Das hier festzustellen ist ein gutes und ein angenehmes Wissen. Und wir befinden uns auch in Übereinstimmung mit dem Abgeordneten der Kommunistischen Partei, wenn er auch von seiner Seite, von der russischen Warte her diesem Geburtenrückgang ganz andere Motive unterstellt als wir sie empfinden. Aber in der letzten Konsequenz sind wir uns einig darüber, daß wir alles unternehmen wollen, soweit es in unserer Möglichkeit steht, dies zu tun.

Wir dürfen uns nicht der Täuschung hingeben, daß dieses Problem hier entschieden werden kann, sondern daß dies auf Bundesebene gemacht werden muß und daß entsprechende Bundesgesetze geschaffen werden müssen, die dieses Problem angehen. Ein modernes Beispiel gibt uns Frankreich, das vor 10 bis 15 Jahren ein absterbendes Volk war und dieses Frankreich hat es nun durch entsprechende Maßnahmen soweit gebracht, daß es nunmehr ein aufsteigendes Volk ist. Da stellen wir fest, daß diese 2 Momente, die finanzielle Unterstützung der Kinderreichen einerseits und das moralische Empfinden des Volkes es zuwege gebracht haben, den Geburtenrückgang zu beheben. Es ist also ein soziales und ein finanzielles Problem, vor dem wir stehen und wir wollen hoffen, daß es uns gelingt, heute dieses Problems Herr zu werden. (Beifall bei der WdU.)

Landesrat Prirsch: Hoher Landtag! Gründe veranlassen mich, zu diesem Kapitel das Wort zu ergreifen. Erstens einmal die Meinung der Frau Landesrat Matzner, daß der Geburtenrückgang am Lande — und ich glaube, daß das relativ gemeint ist — ebenso groß ist als in der Stadt. Ich kann es mir nicht versagen, hier einen kleinen Ausschnitt zu geben. Ich weiß nicht, ob er willkommen ist, aber es ist ein erfreulicher Ausschnitt. In der Haushaltsschule Alt-Grottenhof, bei einem Jahrgang mit 48 Schülern habe ich erheben lassen, wie viel Schwwister sie jeweils haben. Diese 48 Schülerinnen sind aus Familien gekommen, die zusammen 235 Kinder besessen haben. Es waren 5 Familien dabei mit 10 bis 12 Kindern, 3 mit 8 bis 9, 9 Familien

mit 6 bis 7 Kindern, und 16 Familien mit 4 bis 5 Kindern, so daß sich ein Durchschnittsstand von rund 4 Kindern pro Familie ergab. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Es ist ein Zeichen dafür, daß gerade die Kinder aus kinderreichen Familien unsere Bildungseinrichtungen zahlreicher besuchen. Ergänzend möchte ich noch hinzufügen, daß in diesem Fall die sogenannten Lernbeihilfen völlig gerechtfertigt sind. Ich meine, wir wären zu der ganzen Debatte nicht gekommen, wenn Frau Landesrat Matzner den einen Satz gesagt hätte, den Satz, der das Bekenntnis enthalten hätte: daß wir alle, die Landesregierung und der Landtag wünschen, unsere Steirer mögen ein kinderreiches Volk bleiben. Ich glaube aus diesem Nichtzumausdruckbringen des Positiven durch Frau LR. Matzner ist der Eindruck einer leider negativen Haltung entstanden. Ich bin überzeugt, daß ich es nicht nur aus kulturellen oder religiösen Erwägungen für gefährlich, ja vom völkischen Standpunkt und vom menschlichen Standpunkt aus für schädlich halte, wenn man, ob unbedacht oder gewollt, den Eindruck erweckt, daß das Leben in schwierigen Situationen dem Ermessen des einzelnen Menschen anheimgestellt bleibt, weil daraus unter gar keinen Umständen etwas Positives entstehen kann. Auch in der heutigen Zeit ist das Leben noch lebenswert und da wir Menschen in unserer Welt nur dieses eine Leben haben, darf unter keinen Umständen das keimende Leben gefährdet werden.

Zu der zweiten Sache bin ich herausgefordert worden, vielleicht habe ich es nur so aufgefaßt — durch die pauschale Behauptung, daß die Bauern auf ihre alten Leute nicht schauen (LR. Fritz Matzner: „Das ist wieder eine Verdrehung, ich habe nur behauptet, daß leider in der bäuerlichen Familie solche Fälle öfter vorkommen als in einem Arbeiterhaushalt, und das ist auch wahr!“) Das ist auch wieder so eine Lüge, wie Sie gestern behauptet haben, der Abg. Rösch hätte etwas gesagt, was dann garnicht wahr war! Landesrat Fritz Matzner, Sie machen die Sache nur noch interessanter, als sie schon ist. Ich bleibe dabei, Sie haben es gesagt, daß die Fälle, wo alte Menschen schlecht behandelt werden, in der Landwirtschaft öfter vorkommen als in der Stadt. (LR. Fritz Matzner: „Vorhin habe ich gesagt, öfter als im Arbeiterhaushalt und das ist auch wahr! Euch werden wir die Umdreherei schon noch abgewöhnen, gegen Lügen muß man auftreten, ich habe gesagt öfter in der Landwirtschaft, aber ich habe nicht gesagt, vor allem in der Landwirtschaft!“) (Verschiedene Zwischenrufe, Lärm.) (Präsident: „Das Wort hat Herr Landesrat Prirsch!“) Das darf Sie auch nicht wundern, denn am wenigsten für das Alter vorgesorgt ist ja in der Landwirtschaft. (LR. Matzner: „Jetzt geben Sie es wenigstens zu, ich danke für Ihre Aufrichtigkeit!“)

Bei der Arbeiterschaft sind doch viel leichtere Voraussetzungen gegeben, dort ist natürlich auch unter Umständen der Spitalsaufenthalt, der Aufenthalt in einem Fürsorgeheim eine Frage der Sozialversicherung geworden und nicht eine Frage der Kinder. Es darf uns nicht wundern, wenn natürlich dort die Schwierigkeiten ganz andere als in anderen

Bevölkerungskreisen sind. Ich wollte das nur festgestellt haben, Herr Landesrat Matzner, nicht um etwas zu verdrehen, sondern um klarzustellen, daß für Ihre Meinung auch gewisse, ich möchte sagen, reale Motive da sind, daß deshalb der Angriff so verstanden werden muß. Sie bringen es selbst zum Ausdruck, daß Sie weder die OVP noch den Bauernstand damit treffen wollten. (LR. Fritz Matzner: „Ja, das gebe ich zu!“) Also, ich darf noch einmal sagen, daß man hier nicht allzusehr und allzuviel sich aufregen soll. Ich muß wohl feststellen, daß ich natürlich einen allgemeinen Vorwurf in dieser Hinsicht ablehnen muß. Wenn Sie die Zeitungsberichte verfolgen, werden Sie sehen, daß menschliche Schwächen und Leidenschaften durch alle Berufschichten und Stände ziemlich gleichmäßig aufgeteilt sind und daß man sich mit einer solchen Beschuldigung hüten soll. Das verdient unsere steirische Bauernschaft nicht! (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Wernhardt: Hoher Landtag! Gestatten Sie mir, daß ich wieder zum Ausgangspunkt, zur Errichtung eines Fürsorgeheimes in Radkersburg zurückkomme. Wenn der Herr Landeshauptmann der Auffassung ist, daß das Bezirks-Altersheim in Hartberg beispielgebend für die kommende Errichtung von Heimen ist, weil es auch eine Abteilung für Bettlägerige und Geistesschwache hat, geht er im Wesen an der Meinung von Landesrat Matzner vorbei. Es sind in Hartberg nur ein paar Marodenzimmer und es wird die Sache für die Siechen, die man in erster Linie vorläufig im Fürsorgeheim in Radkersburg unterbringen will, offen bleiben. Das Altersheim Hartberg hat keine ständige ärztliche Betreuung, dafür wird aber ein praktischer Arzt, wenn es notwendig ist, ins Altersheim kommen, weil kein Arzt sonst zu haben sein würde. Es führt zwar den Titel „Altersheim“, es werden aber nicht nur Befürsorgte Aufnahme finden, sondern auch jene, die eine bescheidene Rente beziehen und eben, weil sie sonst niemand haben, im Altersheim Hartberg ihr Unterkommen finden können. Das ist der Sinn und Zweck, wie jetzt das Heim errichtet ist. Man will vermeiden, daß jeder kleine Fall ins Krankenhaus kommt und dafür sind einige Marodenzimmer vorhanden. Es können nicht mehr sein, weil der Apparat zur Erhaltung und Pflege der wirklich Siechen und Kranken für den Bezirk viel zu teuer kommt. Ab 1. Jänner 1956 wird eine Gemeindeverbandsumlage von 46 % eingehoben, man würde dann den Gemeinden die letzte Möglichkeit, etwas anderes zu leisten, wegnehmen.

Was Frau Landesrat Matzner meint, sind jene Menschen, die sich überhaupt nicht mehr helfen können, die der Betreuung und ärztlichen Behandlung bedürfen, das ist ihr Hauptargument. Ich staune, daß der Herr Landeshauptmann nicht dem Gedanken einer Abteilung für Mutter und Kind im Altersheim Hartberg beitrifft. Nach meiner Auffassung sind die Menschen, die wir im Altersheim Radkersburg unterbringen würden, solche, denen die Dauerpflege näherliegt als der Sitz in der Heimat, wogegen eine werdende Mutter nach meiner Meinung in der Nähe der Heimat zu sein hat. Fragen Sie unsere Ärzte in den Entbindungsanstalten, wie

sie bestürmt werden von den Ehegatten, wie lange es wohl dauern werde usw. Es geht dann nicht an, daß eine Mutter im Bezirk ihren Angehörigen fern und allein ist, während der Sieche, der fast niemand mehr hat, durch etwaige Besuche eine Erleichterung findet. Darum glaube ich, daß man dem Gedanken der Frau Landesrat Matzner eher nähertreten soll als der Meinung des Herrn Landeshauptmannes Krainer. (Beifall bei SPO.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Das Schlußwort hat Abg. Hofmann.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hoher Landtag! Zur Gruppe 4 wäre abschließend zu sagen, daß das allgemeine Sozialversicherungsgesetz den Gemeinden vor allem und den Bezirks-Fürsorgeverbänden die Fürsorgelasten aufbürdet, aber immerhin ist es sicher, daß gleichzeitig dieses Gesetz, wenn es zehn Jahre wirksam sein wird, eine ganz bedeutende Entlastung auf dem Fürsorgesektor besonders den Gemeinden bringen wird.

Ich muß noch etwas richtigstellen. Abg. Weidinger behauptet, die Gruppe 4 habe Ansätze von über 100 Millionen Schilling. Der teilweise Ersatz der Ausgleichszulagen nach dem ASVG von 40 Millionen Schilling kommt hier als Durchgangspost vor, so daß sich die Ansätze auf ungefähr 59 Millionen Schilling erniedrigen, das heißt, daß für die Gruppe 4 nach Abzug der Einnahmen insgesamt 32 Millionen Schilling aufgewendet werden müssen.

Im großen und ganzen möchte ich abschließend erinnern, daß die Debatte zur Gruppe 4 absolut positiv war und ich ersuche daher neuerdings, der Gruppe 4 mit den Abänderungsanträgen Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 4 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Damit sind wir am Ende der Vormittagssitzung angelangt. Ich unterbreche die Sitzung, die Beratungen werden um 14 Uhr 30 Minuten weitergeführt.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 25 Minuten unterbrochen.)

(Wiederaufnahme der Sitzung um 14.30 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus, ich nehme die Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe V, Berichterstatter ist an Stelle des erkrankten Abg. Sebastian Abg. Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Gruber: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wie alle Jahre, haben auch heuer wieder die Beratungen über die Gruppe 5 einen breiten Rahmen im Finanzausschuß eingenommen. Ist doch die Gruppe 5 jene Gruppe, die das Gesundheitswesen in ihrem vollen Umfang umfaßt und darüber hinaus die Körperertüchtigung der Jugend mit einschließt. Es ist selbstverständlich, daß für diese Gruppe beachtliche Aufwendungen notwendig sind. Nicht nur Neubauten und Umbauten der Landeskrankenhäuser sind immer wieder erforderlich, auch die Anpassung an den med. Stand

der Technik in Krankenhäusern und Operationssälen, die Beschaffung von Instrumenten und allen anderen med. Bedarfsartikeln ist eine dringende Notwendigkeit geworden. Geht es doch darum, das höchste Gut der Menschen, die Gesundheit, zu hüten.

Im Jahre 1955 waren in dieser Gruppe Einnahmen von 142,017.900 S vorgesehen, im Jahre 1956 157,182.800, also insgesamt ein Mehr an Einnahmen von 15,164.900 S. Bei den Ausgaben im Jahre 1955 waren 187,383.300 S und 1956 192,235.300 S vorgesehen. Das ergibt ein Mehr an Ausgaben von 4,852.000 S gegenüber dem Vorjahr.

Wenn wir diese Zahlen gegenüberstellen, müssen wir darauf hinweisen, daß hier durch eine gute Organisation Verbesserungen getroffen wurden, so daß trotz erhöhter Aufwendungen wie durch Erhöhung der Personalkosten, Kürzung der Arbeitszeit und verschiedene andere Maßnahmen die Ausgaben nur um 4,852.000 S gestiegen sind. Im Finanzausschuß wurde eine Reihe von Erhöhungsanträgen gestellt. Diese Anträge umfassen nur ein Minimum dessen, was notwendig wäre, um die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen.

Es sind nun endgültig nach Beschluß im Finanzausschuß für das Jahr 1956 157,182.800 S an Einnahmen vorgesehen und 196,349.200 S an Ausgaben, so daß sich ein Abgang von 39,166.400 S ergibt. Ich darf das Hohe Haus bitten, wenn man in Beratungen eingeht, sachlich darüber zu diskutieren und daran zu denken, daß es hier darum geht, das höchste Gut des Menschen, die Gesundheit, zu erhalten.

Abg. Dr. Rainer: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gruppe 5 ist nicht nur der Betrag für die Krankenhäuser und deren Personal, sondern unter dem Abschnitt 56, Unterabschnitt 561, auch ein Kapitel, betreffend die Jugendförderung, enthalten. Wir haben uns bereits in der Gruppe 4 mit der Jugendförderung beschäftigt. Dort hat es sich im Speziellen davon gehandelt, Kranke oder besonders gefährdete Jugend zu fördern, während es sich hier um eine Jugendförderung für die gesunde Jugend handelt. Es ist dafür ein Betrag von etwas über 1 Million Schilling eingesetzt. Ebenso für die Ausgestaltung der Jugendherbergen ein Betrag von $\frac{1}{4}$ Million Schilling, was uns besonders freut, weil gerade das Jugendherbergswesen in der Steiermark förderungswürdig ist. Es sollen damit einerseits neue Herbergen gebaut werden, und andererseits die bestehenden für moderne internationale Ansprüche ausgestattet werden.

Wir sind uns alle darüber einig, daß eine Förderung der Jugend auch außerhalb der Schule notwendig ist. In zwei Weltkriegen haben die Erwachsenen an den Säulen ihrer Existenz und an der sonstigen Ordnung gerüttelt. Es ergibt sich heute die brennende Frage, ob die kommende Generation in einer Verblendung oder zumindest in einer Tatenlosigkeit diese Ordnung einstürzen läßt, oder ob sie entsprechende Lehren aus der Vergangenheit und aus den gewonnenen Erfahrungen gezogen hat. Fast alle Staaten Europas haben seit dem letzten Krieg Einrichtungen für die Erziehung und Förderung der Jugend geschaffen. Mittel und Wege müs-

sen erkundet werden, um die Jugend vor allem in der Reifezeit nicht in schlechte Gesellschaftskreise hineinschlittern zu lassen, sondern vielmehr ihr tätiges Interesse für die Gemeinschaft zu erwecken. In Österreich bestehen seit dem Jahre 1947 sogenannte Landesjugendreferate, welche durch ehrenamtlich gestellte Jugendreferenten unterstützt werden. Die Aufgabe, die diesen Jugendreferaten zugrunde liegt, umfaßt 3 Punkte:

1. Viele geeignete Menschen für die Jugendarbeit zu gewinnen und sie in geeigneten und besonderen Lehrgängen zu schulen.

2. Dem schädlichen Einfluß durch positive Maßnahmen entgegen zu wirken.

3. Um einen entsprechenden Beitrag zur außerschulischen Erziehung zu leisten. Wir sind stolz darauf, daß die Steiermark auf diesem Gebiete führend in ganz Österreich ist. Allein im Jahre 1954 wurden 2360 Teilnehmer in 56 Lehrgängen geschult. Ihnen allen ist bestimmt aus der Presse bekannt, daß sich das Landesjugendreferat bemüht, in der Bekämpfung von Schmutz und Schund gute Literatur an die Jugend heranzubringen. Fast 4000 Jugendsportnadeln wurden im vergangenen Jahr verliehen. Und nicht zum Schluß seien erwähnt die Ferienlager des Landesjugendreferates, die jährlich 1500 Jugendliche eine frohe Gemeinschaft erleben ließen. Wir können daher feststellen, daß mit dem angelegten Geld in den letzten Jahren viel Gutes geschehen ist und wir hoffen, daß in den nächsten Jahren mehr als bisher auch der Erfolg unserer Arbeit uns allen sichtbar vor Augen tritt.

In diesem Zusammenhang ist es auch angebracht, einen Blick auf die von uns zu fördernde Jugend zu werfen, nicht um hier eine Polemik loszulassen, sondern ich glaube, daß es für alle von Interesse ist, zu erfahren, wie diese Jugend heute dasteht, wie sie ist, denn das ist nicht so selbstverständlich. Wir haben erst heute Vormittag von einem Fall gehört, daß ein Jugendlicher mit 18 Jahren noch nicht lesen und schreiben kann. Das ist natürlich ein Ausnahmefall, das wissen wir, der für die Beurteilung der Jugend im allgemeinen nicht von Bedeutung ist. Trotzdem ist es wichtig, daß wir uns mit der Jugend beschäftigen und daß wir einen Blick in ihr Herz und in ihre Seele tun.

Wir sehen noch ein Zweites in der Jugend, denn bis zu einem gewissen Grad ist sie doch ein Spiegel unserer selbst. Sie tut nur das, was sie von uns gesehen und gelernt hat, sie maskiert sich noch nicht, ist nicht so bemüht, jede Gefühlsregung zu beherrschen und jedes Wort auf die Goldwaage zu legen und so können wir uns selbst in ihr besser erkennen. Es ist üblich, wenn man über die Jugend spricht, bittere Klagen zu führen, wie schlecht sie sei, wie verroht ihre Sitten, wie lax ihre Moral, wie stumpf ihr Benehmen. Wäre es wirklich so, wir müßten uns selbst anklagen. Von Lehrpersonen hört man immer wieder, daß die Disziplin im Schwinden begriffen sei. Der gewöhnlichen Klage über die Jugend steht stets die Unzufriedenheit der Jugend mit der älteren Generation gegenüber. Sie findet, daß die Älteren nicht viel Verständnis für sie haben, sie registrieren eine gewisse Ungeduld der Älteren ihr gegenüber usw. Auch dies ist alles

nichts Neues. Schriftsteller und Dichter aus allen Jahrhunderten führen über diese Erscheinungen in ihren Büchern Aufzeichnungen. Immer stand die Jugend in einer gewissen Opposition zu ihren Vätern; immer mußte die Jugend ihre Erfahrungen selbst machen, immer hofften die Väter, meist vergeblich, ihre Erfahrungen würden auch für die Söhne ausreichen. Unsere Jugend ist im Grunde weder schlechter noch besser als wir oder unsere Vorfahren. Der Prozentsatz an jugendlichen Verbrechern übersteigt nicht das übliche Maß. Die Jugend ist lernfreudig und wißbegierig, hilfsbereit und sportbegeistert. Die Ausnahmen sind die, welche die Regel bestätigen. Die Jugend ist viel realistischer als unsere Jugend war. Was ist es nun, das uns, die wir im öffentlichen Leben unseres Vaterlandes tätig sind, an der Jugend nicht gefällt, wenn wir versuchen, an sie heranzukommen und es uns nicht gelingen will? Der Herr Bürgermeister Dr. Speck hat vor zwei Tagen gesagt, die Jugend weise mangelndes Staatsbewußtsein auf. Wir bedauern es, daß sie sich für den Staat nicht begeistern kann, ja daß sie kaum Respekt, Sympathie, Achtung für ihn übrig hat. Sie sieht in ihm nur eine unpersönliche Verwaltungseinrichtung, die im Bürokratischen zu viel und in der Berufsförderung zu wenig tut. Sie resigniert von vorneherein in den Dingen der Politik, der Demokratie. Ja, wir kennen diese Einstellung. Sie soll uns allerdings nicht wundern; versuchen wir, die Ursachen zu erkennen. Die Jugend liebt es, Vorbildern nachzueifern. Stets hat sie sich in ihren besten Werten daran geschult und von dort her im allgemeinen Ehre, Treue und Anstand als unverrückbare Pfeiler ihrer Existenz aufgefaßt. Was aber haben wir Kriegs- und Nachkriegsgeschlagene in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch laut genug hinausgeschmettert, daß sie es nicht überhören konnte: Es ist sowieso alles schlecht und verdorben, mit Ehrlichkeit kann man diese Zeit nicht bestehen. Wir haben es erlebt und leider Gottes, es war nicht der Haß, aber doch ist es immer ins Blickfeld getreten, haben wir alle sehr oft die Wirtschaftsgesetze übergangen und im Jahre 1945 es als wunderbaren Witz aufgefaßt: Für 10 kg Schmalz kannst Du Kaiser von Österreich werden. Dies alles hat die Jugend sehr deutlich gesehen und gehört. Sie weiß von Brüdern und Vätern, wie man die großen Nutznießer des 1000jährigen Reiches und gottlob kürzeren Elendes fliehen ließ und wie man die kleinen Blockleiter und Kassiere, meist Idealisten, oft bis zur Vernichtung der Existenz malträtierte. Ja, muß denn nicht solches jahrelange Trommelfeuer auf die Menschlichkeit bewußt oder unbewußt weiter wirken in unserer Jugend als Zynismus und tiefer Schock? Zu all dem haben wir der Jugend die Vorbilder genommen, indem wir unsere Geschichte verschwiegen, verleugneten und so viele ihrer verehrungswürdigen Gestalten beschmutzten.

Und heute? Was hat unsere Jugend heute an uns zu sehen? Wie die Väter mit allen Fasern dem Gelde nachjagen, als hinge die letzte Glückseligkeit von einem Hunderter mehr im Monat ab. Abg. Pölzl wird vielleicht glauben, es sei hier so ähnlich wie gestern eine bewußte Äußerung, die Massen oder Arbeiterklassen, wie er es nannte, von ihren

Sorgen und der tatsächlich momentanen ernststen Not abzulenken. So ist es nicht. Wir leben im Zeitalter des Materialismus im Osten und Westen, wir wollen alle verdienen, um dieses oder jenes Bedürfnis zu stillen. Aber wir müssen zugeben, daß wir schon bisher durch diese Art der Einstellung nicht glücklich geworden sind, im Gegenteil, die innere Leere, die uns erfüllt, kann kaum durch die gewaltige Hetzjagd und maßlose Vergnügungen und Unterhaltungen überbrückt werden. Wie lange ist das noch möglich? Natürlich wollen sie, Herr Abg. Pölzl, auch mit dem Auto fahren. In Amerika fährt bereits jeder Arbeiter mit seinem Auto. Dieses Auto ist dort nicht Selbstzweck, sondern ein Fortbewegungsmittel. Der Weg, von welchem aus der Arbeiter zu seinem Auto gelangt, ist allerdings nicht der von Herrn Pölzl gezeigte. Sein Weg führt nicht zur Glückseligkeit des Menschen, sondern zur weiteren Versachlichung des Menschen und endet im Konzentrationslager von Workuta.

Was hört sonst die Jugend noch von uns? Sie hört tönende Worte, denen Taten nicht folgen, Gebote, die nicht gehalten werden. Sie kennt Menschen, die in reiner Hingabe ihre Gesundheit opfereten und schweigen mußten, als man ihnen vorwarf, nicht übergelaufen zu sein. Wie soll sie ein aufrechtes Verhältnis zum Staat finden, da er doch um und um nur als Melkkuh angesehen wird, in die man möglichst wenig hineinfüttert, um möglichst viel herauszuziehen.

Wer möchte leugnen, daß nicht all dies auf die Jugend eingewirkt hat? Wer wundert sich noch, daß sie beinahe kein Staatsbewußtsein aufweist? Wir wundern uns, daß sie nicht schlecht bis in die Knochen geworden ist. Sie ist es nicht.

Wir haben eine große Entschuldigung, wir waren bisher nicht frei. Wir haben den Staatsvertrag erst vor wenigen Wochen erhalten, wir wußten nicht, ob der Eiserne Vorhang nicht am Bodensee oder an der Enns niedergeht. Die letzte politische Konsequenz unseres Tuns hieß: Überleben. Wir sind nun übriggeblieben, wir haben unsere Freiheit erlitten und erarbeitet. Dieser „Tag Null“ muß auch für die Jugend gelten. Die Jugend hat die Chance, sie will nicht irgend etwas geschenkt bekommen, sie will keine Pension haben, sie will die Chance haben, weiterzukommen und einen Beruf ergreifen zu können, der ihr gefällt. Dann will sie, daß man von ihr etwas verlangt, nicht etwas verspricht. Je größer die Opfer sind, die von ihr verlangt werden können, umso eher wird die Jugend zu gewinnen sein. Es wird viel neuer Stoff sein, den wir in der Schule von ihr verlangen müssen, denn die ganze Welt hat sich in der letzten Zeit so verändert, daß alle Menschen, die wissen wollen, in welcher Zeit wir leben, das aufholen müssen.

Die Jugend hat viel zu lernen, dem muß eine körperliche Betätigung entgegengestellt werden. Man sehe zu, daß man die besten und vor allem jugendfrohe Turnlehrer bekomme, um im Turnen den gemeinsamen Geist zu stärken. Man halte die Lehrer mehr an, sich stärker um den Charakter, als um den Verstand und das Wissen des Schülers zu kümmern. Das Elternhaus kann, das würde auch heute schon erwähnt, weil beide Elternteile im Beruf

stehen, nicht mehr alle Funktionen erfüllen wie vor 50 oder 100 Jahren. Man gewöhne sich ab, die Jugend ausschließlich als Parteikader zu betrachten. Es gibt wenig Mittel, der Jugend die Partei so zu verleiden, als diese Art des Denkens. Es sind uns leider Fälle bekannt, wo von dieser oder jener Seite der Antritt eines Lehrplatzes vom Parteibuch des Vaters oder der Mitgliedschaft zu einer Jugendorganisation abhängig war. Man nehme der Jugend das Gefühl, unbegehrt zu sein, die Kinderarmut ist die Antwort auf diese Art des Denkens: „Es sind keine offenen Stellen vorhanden, ich rate Ihnen ab, diese oder jene Laufbahn zu ergreifen“. Es ist nicht so sehr das Motorrad, daß die Ungeborenen verschuldet, sondern der tiefe Pessimismus, der unser Volk in der Wurzel des Herzens erfaßt hat. Der gläubige Mensch bekommt Kinder nicht deshalb, weil die Kirche die Abtreibung verbietet, sondern deshalb, weil er glaubt. Glauben ist eine Kraft, die den Menschen trägt, die hofft, die an die Zukunft glaubt, die den Mut hat, Kinder voranzuschicken, die alle Übel so wie die Eltern überstanden und hingenommen haben.

Dieser pessimistische Wesenszug in unserem Charakter ist nicht erst seit einigen Jahren in uns, er rührt aus der Zeit der Monarchie her. Die Monarchie ist nicht mit einem Schlag im November 1918 gestorben, das war vielmehr ein langsames Dahinsiechen. Kaiser Franz Josef hat erklärt, daß er ein großer Pechvogel war. Die Monarchie ist zerschlagen worden, aber wir in Österreich hatten nicht einen Erneuerer wie die Türkei in Kemal, der das ganze Reich auf einen Nationalstaat umgestellt hat. Man darf traurig sein, wenn man ein solches Reich dahinschwinden und sich auflösen sieht. Einmal muß aber diese Klage beendet sein, es muß ein neuer Anfang gemacht werden, der sich der alten Größe bewußt ist, aber als Erbe bewahrt. Wir gleichen als Staat einem deposierten Fürsten, der gezwungen ist, einem bürgerlichen Beruf nachzugehen. Auch er wird nicht bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sagen: „Herr Müller, ich war einmal ein Fürst“, sondern er wird durch bescheidene Haltung sich so auszeichnen, daß der Herr Maier oder der Herr Schulze sagen muß: „Man merkt es ihm ja doch an, daß er einmal ein Fürst war.“

Auch Spanien war einmal ein Weltreich, in dem die Sonne nicht unterging. Schweden war einst unter Karl dem XII. tief nach Rußland eingedrungen und es regierte unter Gustav Adolf über die deutschen Fürsten des Nordens. Holland war eine große Kolonialmacht, Frankreich eine Weltmacht, die Türkei eine Großmacht usw. Wir befinden uns also in guter Gesellschaft, denn wir haben um uns herum Länder, die alle einmal Großmächte waren, die sich aber mit ihrem Geschick besser abgefunden haben als wir. Sie leben der Gegenwart und wir sollten mit diesen Ländern und Völkern in Verkehr treten und vor allem unsere Jugend dorthin auf Wanderschaft schicken, aber nicht so: Autobus — einsteigen — Rast — singen, weiterfahren, dösen — nichts sehen, nichts hören — die Kilometer ablesen, die man zurückgelegt hat, sondern vielmehr sehen, wie die anderen Menschen leben, arbeiten und was

sie erstreben. Daß es vor allem die Jugendführer sind, an denen es liegt, ist selbstverständlich und braucht hier nicht erst erwähnt zu werden.

„Jugend kann nur durch Jugend geführt werden“ hieß es einmal und das war eine der dümmsten Parolen, denn Jugend will und soll durch reife Menschen erzogen und belehrt werden. Aber dann ist es notwendig, daß man diese reifen Menschen mit Gewicht und Ansehen ausstattet, damit sie auch in den Augen der Jugend etwas sind. Vor allem haben wir im politischen Leben Stehende unserer Jugend ein Beispiel zu geben. Arbeiten kann sie, das hat sie bewiesen, wir müssen sie nun durch unser Beispiel zum Staat, zum Vaterland führen, müssen ihr zeigen, daß Österreich mehr ist als ein paar Ämter und Parteien. Lehren wir sie Ehrerbietung vor unserer großen Geschichte und Vergangenheit! Zeigen wir ihr die Aufgabe, die dieses Land heute noch in einem Angelpunkt Europas zu erfüllen hat! Beweisen wir, daß nicht jene die Klugen sind, die zwei und mehr Parteibücher in der Tasche tragen, sondern die, die sachlich und ohne Fanatismus ihrer Überzeugung dienen! Leben wir ihr vor, daß nicht der am glücklichsten ist, der am meisten Geld hat, sondern wer ehrlich Erworbenes am besten anlegt! Freilich wollen wir alle weiter kommen und mehr verdienen, aber niemals auf Kosten von Anstand und Ehre: Die Jugend soll erfahren, daß es glücklicher macht, wenn es durch Haltung und Leistung geschieht. Zivilcourage zeichnet den Mann aus und nicht das Geld! Leben wir der Jugend das Glück der Familie vor und daß unser Kind viel mehr ist als das schönste Auto. Leben wir ihr vor, daß uns nicht deshalb die Demokratie als die beste Staatsform erscheint, weil darin jeder tun und lassen kann, was er will, sondern weil wir darin am besten tun können, was wir müssen. Erst wenn die Jugend wieder eine echte Bindung zu diesem Land erhält, dürfen wir getrost in die Zukunft blicken. Deshalb wollen wir ihr zeigen, welche herrliche Menschen diesem Land verbunden waren, würdig, daß aufgeweckte, kräftige, gescheite, gesunde junge Menschen ihnen nacheifern. Wir müssen der Jugend sagen, daß sie nicht beziehungslos in diesem Lande lebt und wir müssen ihr das Bekenntnis einer reichen Vergangenheit vermitteln.

Nicht erst seit 1945 oder 1918 besteht dieser Staat, aus dem Staub geboren. Nein, eine große Tradition ruht auf ihm. Seit tausend Jahren arbeiten, leiden, kämpfen hier Menschen unseres Blutes als Vorposten abendländischer Gesittung und Weltanschauung. Wir wollen der Jugend auch nicht verschweigen, daß es oft Blut und Tränen gekostet hat und große Opfer es nur ermöglichten, daß wir als Christen heute hier leben können. Aber nicht nur an den Soldaten mag sich ihr berechtigter Stolz sammeln, um unsere großen schöpferischen Geister beneidet man uns vor allem, auf allen Gebieten kulturellen Lebens standen sie in vorderster Reihe, Kunst und Wissenschaft blühten in Österreich wie nur je irgendwo. Und nicht bloß auf die Vergangenheit Mozarts und Raimunds, Beethovens und Grillparzers können wir verweisen, sondern auch auf eine fruchtbare Gegenwart, die uns befähigte, nach der totalsten Niederlage aller Zeiten Burg und Oper in schönstem Glanze wieder aufzubauen, mehr

Schulen als je zu errichten und Hörer aus aller Welt an unsere Universitäten zu ziehen.

Ich glaube sagen zu können, daß auch die Leistungen der jüngsten Vergangenheit, der letzten 10 Jahre, durchaus dazu angetan sind, unseren Stolz, den Stolz unserer Jugend, zu wecken. Wer hätte vor 10 Jahren zu vermuten gewagt, daß unsere sachlichen Verluste in einem so großen Ausmaß wieder wettgemacht sein werden, ein wirtschaftlicher Aufschwung wie noch nie in die Wege geleitet und unsere Freiheit gerettet sein werde. Dies alles war freilich nur möglich aus gemeinsamer Anstrengung, aus gemeinsamer Arbeit und es wird notwendig sein, daß wir auch unserer Jugend diese Anschauung vermitteln. Wenn wir nicht müde werden in unserem Einsatz für Österreich, wenn wir aus diesen Taten immer wieder das Wort an die Jugend richten, so muß es bald gelingen, sie dem Staat wieder näher zu bringen und ihr den Glauben an seine Zukunft zu geben. Für ihn, für Österreich wollen wir sie gewinnen, für das gemeinsame Vaterland, nicht für eine der Parteien, aus denen doch nie das ganze Bild dieses begnadeten Landes erstehen kann.

Wenn wir uns in unserer politischen Tätigkeit diesem Ziel gemäß verhalten, wird man später von uns nicht sagen, sie haben jener Richtung und dieser Partei angehört, sondern sie waren Österreicher, die ihr Land wieder jung und froh gemacht haben. Unser Weg ist uns damit vorgezeichnet. Je uneigennütziger wir ihn gehen, umso glücklicher und anständiger wird unsere Jugend sein, umso schöner Österreich. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Stephan: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich werde in dieser Flüssigkeit den Ausführungen meines Vorredners kaum folgen können. Ich habe gestern zu einem anderen Kapitel gesagt, „das Wissen mache Euch frei“. Und das wird auch für die freie Rede gelten müssen! Soviel zu dem Vorhergegangenen.

Im übrigen habe ich mir auch etwas aufgeschrieben, wie jeder Redner ein Konzept braucht. (Abg. Hofmann: „Sie lesen ja nicht!“) (1. LHStellv. Horvatek: „Vorlesen hat keinen Sinn!“) Nur muß ich infolge des Vorhergesagten, das ausschließlich der Jugend gegolten hat und im Inhalt erfreulich war, bei meinem Konzept von hinten anfangen. Die vorletzte Position der Gruppe, die wir zu behandeln haben, handelt vom Jungbürgerbuch. Und hier nun schien es mir, als ob bei der Verfassung desselben, so wie es ursprünglich aufgelegt war, nicht ganz der Geist am Werke war, den der Herr Abg. Dr. Rainer gerade mit so bewegten Worten geschildert hat. Die erste Jungbürgerfeier hat in meinem Heimatort stattgefunden. Präsident Wallner hat sie eingeleitet und auch der Herr Landeshauptmann war unter den Gästen. Dann ist nicht das erwähnte Buch verteilt worden, sondern das Buch „10 Jahre Aufbau in der Steiermark“ und es ist so ganz gut gegangen. Das erwähnte Jungbürgerbuch ist dann, wie Ihnen vielleicht bekannt ist, für die Jungbürgerfeier der Landeshauptstadt Graz reserviert worden und dort an die jungen Leute gottlob nicht verteilt worden, sondern es blieb ihnen an-

heimgestellt, sich dieses Buch nach der Kundgebung abzuholen. Bei der Verfassung dieses Jungbürgerbuches waren ohne Zweifel Kräfte am Werk, die den friedlichen Aufbau unseres Vaterlandes für die Zukunft nicht im Auge hatten.

Mehr will ich darüber nicht sagen. Ich will mich überhaupt hauptsächlich auf die Belange beschränken, die die Gruppe 5 an und für sich umfaßt. Es handelt sich hier zu neun Zehnteln um die Krankenanstalten, um die Krankenfürsorge, also um Dinge, die schon einmal geldmäßig im Landeshaushalt eine sehr große Rolle spielen, aber auf der anderen Seite, wie der Herr Berichterstatter schon ausgeführt hat, selbstverständlich vom Standpunkt der Volksgesundheit aus große Beachtung verdienen. Schon seit 6 Jahren, solange unsere Fraktion in diesem Haus vertreten ist, wird von unseren Vertretern immer wieder darauf hingewiesen, daß der Überbelag in den verschiedenen Landeskrankenanstalten nicht zuletzt auf eine nicht genügend durchdachte Organisation in der Krankenversicherung zurückzuführen ist. Schon vor — ich glaube mich nicht zu irren — 5 Jahren hat der Abg. Kandutsch darauf hingewiesen, daß man endlich an eine Reform der Krankenversicherung herangehen müßte. Nicht so sehr daß er verlangt hätte, daß dieses oder jenes zu machen sei, er hat lediglich verlangt, daß man sich doch höheren Ortes einmal über diese Sache Gedanken machen möge. Nun haben wir in diesem Jahr das allgemeine Sozialversicherungsgesetz bekommen. Dieses allgemeine Sozialversicherungsgesetz hat in Bezug auf die soziale Gesetzgebung ohne Zweifel große Fortschritte gebracht, in Bezug auf die Rente, die Altersversorgung ist sehr viel geschehen, die Krankenversicherung aber ist dabei zu kurz gekommen. Ich muß in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß mir der dem Hohen Landtag vorliegende Resolutionsantrag zur Gruppe 5, nach welchem den Versicherten Einblick in die Gebarung der Krankenversicherungsanstalt gegeben werden soll, durchaus vernünftig und begrüßenswert erscheint. Im übrigen möchte ich auf das verweisen, was in diesem Hause zur Reformierung der Krankenversicherung seit 6 Jahren immer wieder gesagt wurde.

Nun zum Überbelag in den Krankenhäusern! Einen der Gründe habe ich soeben berührt. Es gibt ohne Zweifel noch andere, die allerdings mit dem ersten im Zusammenhang stehen. Ich glaube, daß ich im Ausschuß kurz darauf hingewiesen habe, daß in die Krankenhäuser viele eingewiesen werden, die einer Krankenhausbehandlung an und für sich nicht bedürftig wären, die aber natürlich von den entsprechenden behandelnden Landärzten deswegen dorthin gewiesen werden, weil die Entlohnung für den Arzt, wenn er den Eingriff selbst vornehmen würde, viel zu gering ist, obwohl diesen kleinen Eingriff, der hier nötig ist, der Arzt draußen ohne weiteres vorzunehmen in der Lage wäre. Wenn er sich ausrechnet, daß sein Arbeitsaufwand mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung gestellt werden, nicht bezahlt ist, setzt er den Apparat des Krankenversicherungswesens in Gestalt der Landeskrankenanstalt, unter Umständen der Rettungsabteilung in Bewegung, was mehr Kosten verursacht. Im übrigen ist es ja für den Menschen, für den Arzt, der draußen

am Lande sitzt, nicht immer leicht, das Richtige zu treffen. Ich habe eine Anzahl von Bekannten am flachen Lande, die Distriktsärzte oder sonst praktische Ärzte sind, die sich im ständigen Kampf mit den verschiedenen Krankenversicherungsanstalten befinden. Es gibt Medikamente, die, wie empfohlen wird, diesem oder jenem nicht zu geben sind, wenn sie aber verschrieben werden, weigert sich die Krankenkasse wegen angeblich nicht genügender Begründung sie zu bezahlen. Ich glaube, daß hier schon bis zu einem gewissen Grade das, was wir im vorigen Kapitel besprochen haben, Platz greifen müßte, das fürsorgliche Denken für die Menschheit. Es ist sicher denkbar, den Mann ohne Morphium sterben zu lassen, er stirbt nicht langsamer und nicht schneller, aber es ist Menschenpflicht und auf die ist der Arzt seines beruflichen Ethos wegen schon eingeschworen, dem Mann das Sterben zu erleichtern. Das sollte die Krankenkasse bezahlen, tut es aber nicht immer. Es bleibt dem einzelnen Arzt überlassen, ob er es selbst tragen will oder auf irgendeine Art von den Patienten hereinbringt. Die Ansprüche, die man heute an einen Arzt stellt, nicht nur vom Patienten, sondern auch von dem schon zum 3. Male von mir seit dieser Sitzung berührten Proporz, sind groß.

Sie wissen genau, die großen Parteien werden es mit bestätigen, daß jeder Sanitätsdistrikt in diesem Land seinen angestammten Parteiposten hat. Es ist nicht allzulange her, ich möchte auf den einzelnen Fall nicht hinweisen, daß wieder einmal ein solcher Distriktsarztposten hätte zur Vergebung gelangen müssen, wobei unmißverständlich darauf hingewiesen wurde, daß nach Vereinbarung dieser Posten unweigerlich der einen oder anderen Partei zustünde. (Hh. Krainer: „Das ist nicht wahr!“) Ich kann mich nur schwer oder überhaupt nicht diesem Gedankengang anschließen. In dem vorliegenden Falle habe ich mich mehr wie sonst bei Kollegen, also bei Fachkräften, bei Bevölkerungsstellen wegen der Eignung des einen oder des anderen erkundigt und bin leider nicht zu dem Schlusse gekommen, der von der einen Seite vertreten wurde. Ich bin noch neugierig, wie das am Ende ausgehen wird. Dasselbe spielt sich leider bei der Vergebung von Primararztstellen ab. Schon vor zwei Jahren habe ich darauf hingewiesen. Ich muß eigentlich sagen, ich wiederhole mich nicht gerne. Vor allem hat die Lektüre der stenographischen Berichte der letzten 6 Jahre mich gelehrt, daß es in vielen Belangen umsonst ist, wenn man immer wieder auf etwas hinweist. Wenn einer nicht hören will, muß er es fühlen. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung diese Art von Beurteilung von fachlichen Leistungen auf die Dauer nicht vertragen und ohne Zweifel früher oder später ihr Veto gegen diese Art von Stellenvergebungen kundtun wird.

Im übrigen ist in dieser Gruppe noch die Rede von der körperlichen Ertüchtigung. Es ist mir bekannt, daß die Mittel fallweise an den ASKO, an die Union, weniger an den ASKO verteilt werden, zum geringsten aber an den traditionsreichsten, aber offenbar unmodernen Turnerbund. Gott sei Dank ist es gelungen. (Landeshauptmann Krainer: „Ohne Schwierigkeiten!“) (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r: „Es ist kein An-

suchen vorher vorgelegen!“) Sie werden gewußt haben, warum sie kein Ansuchen eingebracht haben. Gott sei Dank ist es in diesem Falle gelungen, den Turnern, die auf eine mehr als 140jährige Tradition zurückblicken, eine kleine Hilfe zuteilwerden zu lassen. Ich bitte Sie, in demokratischem Sinne, nicht im Sinne des Proporz auch weiterhin dieses Turnerbundes zu gedenken, der mit Idealismus und innerer Begeisterung einer Tradition folgt, die wir alle nur begrüßen. Es gibt nicht nur allgemeine deutsche Turner, es gibt auch christliche Turner, es gibt ASKO-Turner und trotzdem ist das Augenmerk in der Hauptsache dem Fußball zugewendet. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r: „Die Fußballer bekommen von der Steierm. Landesregierung nichts!“) Es wäre besser, wenn die, die verantwortlich zu sein glauben für die körperliche Ertüchtigung der Jugend, mehr den Turnern und weniger dem Toto und Fußball geben würden.

Damit glaube ich, zum Kapitel 5 genug gesagt zu haben und erkläre, daß wir den Ansätzen unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, von den durchaus bemerkenswerten Ausführungen des heutigen Tages auf ein paar sachliche Kapitel des Abschnittes 5 zurückzukommen. Da der Herr Landesrat Dr. Stephan sich in bewegten Worten über den Proporz bei den Distriktsärzten beklagt hat, will ich gleich mit diesem Unterabschnitt beginnen, wobei ich auch einige Wünsche im Namen meiner Fraktion vortragen möchte.

Das Land gibt für die Distriktsärzte den runden Betrag von 1.900.000 S aus, wofür es als Gegenpost Sanitätsbeiträge von 1.100.000 S nimmt, so daß also für die Distriktsärzte eine Ausgabenpost von rund 800.000 S erwächst. Diese Distriktsärzte haben im Jahre 1953 durch eine gesetzliche Regelung ihres Dienstverhältnisses zum Land eine legale Untermauerung erfahren und ich war damals hoch erfreut darüber, daß gleichzeitig mit dieser gesetzlichen Regelung auch die Bezüge gesetzlich fundiert worden sind. Die Distriktsärzte haben damals bei Verabschiedung dieses Gesetzes die Versicherung erhalten, daß ihnen im Laufe der Zeit — ich weiß, es geht nicht so schnell bei bürokratischen Maßnahmen — auch eine Dienstanweisung gegeben wird. Diese läßt nun schon zwei Jahre lang auf sich warten. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß hier Schwierigkeiten vorhanden sind, vor allem hinsichtlich der Kompetenz, weil sich hier die Gesetze auf dem Gebiet des Sanitätswesens, die zum Teil Angelegenheit des Bundes sind, mit denen des Landes überschneiden und es daher sehr schwierig ist, eine Dienstanweisung für Distriktsärzte auszuarbeiten, die nach der landläufigen Auffassung festlegen, welche ärztliche Funktionen sie durchzuführen haben.

Aber, sehr verehrte Damen und Herren, man darf sich die Sachen nicht so leicht machen, wie z. B. der Herr Landessanitätsdirektor, dessen Bonmot über die Distriktsärzte, welches ich Ihnen nicht vorenthalten will, zum geflügelten Wort geworden ist. Ich will annehmen, daß das im „Herrenhof“ entstanden

ist, seinen Umgang hat es in den Reihen der Distriktsärzte gefunden. „Die Distriktsärzte sind gut bezahlte Arbeitslose.“ Mit dieser Feststellung, die im Kreise der Distriktsärzte nicht sehr gut aufgenommen worden ist, und die bestimmt nicht dazu beiträgt, die Sympathien für den Landessanitätsdirektor zu vergrößern, mit dieser Feststellung ist nichts getan. Es ist nicht Sache der Berufsorganisation, auch Dienstanweisungen in Vorschlag zu bringen, sondern es ist Sache der Fachabteilung, des Geldgebers, des Arbeitgebers auch dann, wenn er nur 25% dazugibt, Dienstanweisungen auszuarbeiten und mit den Schwierigkeiten fertigzuwerden. Selbstverständlich werden die Berufsorganisationen, wenn sie gefragt werden, und ich hoffe, daß sie gefragt werden, das Ihre dazu beitragen, um diesen Schwierigkeiten in der Kompetenzüberschneidung Herr zu werden. Aber einfach zu sagen, wir lassen den Zustand bestehen bzw. wir wissen nicht, wie wir das machen sollen, das geht auf die Dauer nicht an.

Nur einen kleinen Hinweis. Betrachten wir einmal die Tätigkeit eines Amtsarztes in der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz oder Deutschlandsberg oder wo immer, denn es wird ja überall so ähnlich sein. Der Amtsarzt ist derart überlastet, denn er ist nicht nur Sanitätsreferent der Bezirkshauptmannschaft, er ist nebenbei auch Chefarzt der Sozialversicherung, Begutachter in amtlichen Sachen des Arbeitsamtes und aller ähnlichen Institute, die mit dem Gesundheitswesen irgendwie in Berührung kommen oder von ihm Gutachten verlangen. Das Zimmer des Amtsarztes ist dauernd von einer ungeheuren Zahl von Hilfe- und Gutachten-Suchenden angefüllt, so daß er andere, für die Volksgesundheit wichtige Agenden vernachlässigen muß. Dann hat auch der Amtsarzt das Bestreben, und ich verarge es ihm auch nicht, eine Privatpraxis zu führen, um seinen Lebensstandard zu erhöhen. So gibt es bestimmte Agenden, die ohne weiteres im übertragenen Wirkungskreis dem Distriktsarzt zugelasst werden könnten. Es wäre schön, wenn die schulärztliche Überwachung nicht nur der Volks- und Hauptschulen, sondern auch der bäuerlichen und gewerblichen Fortbildungsschulen eine Angelegenheit des Distriktsarztes sein könnte. Hier wäre das Land bestimmt imstande, genaue Anweisungen zu geben. Ich könnte mir vorstellen, daß ein junger Bauernsohn froh sein würde, wenn er auf seinen Gesundheitszustand hin untersucht würde. Aber es ist, wie gesagt, nicht meine Sache, sondern die der Fachabteilung, hier eine Dienstanweisung herauszugeben.

Eine gleiche Dienstanweisung fordere ich auch für die Landesbezirkstierärzte, da wir im selben Jahr ein dem Distriktsärztegesetz ähnliches Gesetz beschlossen haben. Hier sind die Verhältnisse noch komplizierter, weil die Tierzuchtförderung z. B. auf die Kammer für Land- und Forstwirtschaft beschränkt ist und hier neben der gesetzlichen Kompetenz noch agrarische Kompetenzen vorhanden sind. Aber auch hier gibt es Kapitel, die bei einigem guten Willen zur gewünschten Dienstanweisung führen. Wir sind gerne bereit, auch hier mit fachlicher Beratung zur Seite zu stehen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum nächsten Abschnitt, den ich einer näheren Beleuchtung unterziehen will, und zwar das des Hebammenwesens. Seitdem ich die Ehre habe, diesem Hohen Haus anzugehören, lese ich in den Erläuterungen zu den Vorschlägen fast immer dasselbe und sehe immer denselben Betrag von 96.000 S ausgewiesen. Ich lese immer, daß die Unterstützung für Hebammen 150 Schilling beträgt und zum ersten Male wird nun darauf hingewiesen, daß die Steiermärkische Landesregierung erwägt, diese monatliche Unterstützung von 150 auf 260 Schilling zu erhöhen. In den Erläuterungen finde ich immer die stereotype Formel, daß das Mindesteinkommen der Hebammen im Jahr 1955 von 4200 auf 6000 Schilling erhöht wurde und daß das Land so und so viele dieser Hebammen, die infolge ihres Alters nicht in den Genuß der Sozialversicherung kommen konnten, eben mit dem vorhin genannten Betrag unterstützen müsse. Meine Herren, ich weiß nicht, wer der Vater dieses Betrages von früher 150 und jetzt 260 Schilling ist, sonst hätte ich ihm nämlich gebeten, zu dieser Unterstützung in Höhe von 260 Schilling auch die notwendige Gebrauchsanweisung zu geben, wie man mit diesem Betrag leben soll. Ich kann mir schon denken, woran dabei gedacht wurde, nämlich, daß die Hebamme sich im Laufe ihrer Arbeitszeit ein Häuschen erspart, ein paar Hühner und Schweine hält und nebenbei vielleicht noch Schneiderei betreibt, so daß es genügend erscheint, wenn sie für eine so lange Dienstzeit gnadenweise gerade noch eine Unterstützung von 260 Schilling auf Antrag zugebilligt bekommt. Die Zeiten sind aber leider schon längst vorbei. Ich habe deshalb im Klub gebeten, im Finanzausschuß den Antrag zu stellen, daß die Mindestrente im ASVG. auch für jene Hebammen in Geltung komme, die infolge fortgeschrittenen Alters nicht in den Genuß der Sozialversicherung gelangen konnten. Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß sich auch die Sozialistische Fraktion unserem Antrag angeschlossen und der Herr Landesfinanzreferent im Finanzausschuß einer weiteren Erhöhung dieses Betrages um 90.000 S zugestimmt hat. Ich glaube, daß nunmehr Gewähr gegeben ist, daß diese Unterstützung für diesen Teil der Hebammen in der Zukunft menschenwürdig sein wird.

Auf Grund persönlicher Erfahrungen auf diesem Gebiete möchte ich noch auf einen Umstand hinweisen. Die Sozialversicherungsträger legen nicht immer jene Haltung an den Tag, wie sie eigentlich einem Sozialversicherungsträger zukommen sollte. Die Sozialversicherung ist aus bester sozialer Gesinnung früher erstrebt, erkämpft und geschaffen worden, zeigt aber den Hebammen gegenüber nicht das nötige Verständnis. Bis vor kurzem erhielt eine Hebamme für alle ihre Arbeiten, die mit einer Entbindung verbunden sind, den Betrag von 170 S, jetzt 240 S. Bedauerlicherweise müssen sie aber oft monatelang auf ihr Geld warten. Die Hebammen müssen inzwischen für die Krankenkasse Erhebungen über die Versicherungszeiten der Patienten pflegen, eine Arbeitsleistung, für die sie nichts erhalten. Bei der bürokratischen Schwerfälligkeit der Anstalten müssen sie monatelang warten. Die Hebammen haben es aus dem Berufsethos vermieden,